

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS
UND THEODOR ESCHENBURG

AUS DEM INHALT

HANS ROTHFELS

Zeitgeschichte als Aufgabe

HELM SPEIDEL

Reichswehr und Rote Armee

WILHELM TREUE

Das Dritte Reich und die Westmächte auf dem Balkan

HELMUT KRAUSNICK

Rommel und der deutsche Widerstand

DOKUMENTATION

Zur Ermordung des Generals Schleicher

BIBLIOGRAPHIE

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von

HANS ROTHFELS und THEODOR ESCHENBURG

in Verbindung mit Franz Schnabel, Ludwig Dehio, Hans Speidel

Werner Conze und Karl Dietrich Erdmann

Schriftleitung:

DR. HERMANN MAU †

München 22, Reitmorstraße 29

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

- Hans Rothfels* Zeitgeschichte als Aufgabe 1
Helm Speidel Reichswehr und Rote Armee 9
Wilhelm Treue Das Dritte Reich und die Westmächte auf
dem Balkan 45

MISZELLE

- Helmut Krausnick* Erwin Rommel und der deutsche Widerstand
gegen Hitler 65

DOKUMENTATION

- Zur Ermordung des Generals Schleicher 71

- NOTIZEN 95

- BIBLIOGRAPHIE 1
-

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart S, Mörikestr. 17, Tel. 7 48 51 / 52;
Vertrieb und Auslieferung: Stuttgart N, Hospitalstraße 12, Telefon 9 10 15 / 9 23 32 —
Preis des Einzelheftes DM 6.—; die Bezugsgebühren für das Jahresabonnement
(4 Hefte) DM 20.— zuzüglich Zustellgebühr. Erscheinungsweise: Vierteljährlich im
Normalumfang von je 112 Seiten (7 Bogen). Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen
und der Verlag entgegen. Geschäftliche Mitteilungen sind nur an den Verlag zu richten.

Druck: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart

HANS ROTHFELS

ZEITGESCHICHTE ALS AUFGABE

1

Es gibt Begriffe und Wortbildungen, die logisch und philologisch unbefriedigend sind und trotzdem sich aufdrängen, weil sie einmal bestehen und einen dringenden Sachverhalt sinngemäß umschreiben. Das gilt schon vom Worte Geschichte selbst in seiner bekannten Doppeldeutigkeit als Geschehenes und als geistige Vergewärtigung von Geschehenem. Es gilt erst recht von einigen der Wortverbindungen. So hat Jakob Burckhardt im Einleitungsabschnitt seiner „Weltgeschichtlichen Betrachtungen“ der Geschichtsphilosophie vorgeworfen, ein „Kentaur“ zu sein, um dann doch der Forderung eines Philosophierens über die Geschichte in höchst bedeutsamer Weise Genüge zu tun. Was er als Widerspruch in den beiden zusammengeführten Worten und damit in der Sache selbst als „*contradictio in adjecto*“ beanstandete, erschien Benedetto Croce als Wiederholung des Gleichen, als „Tautologie“. Alle Geschichte, so erklärte er, sei Philosophie, was ihn dann nicht gehindert hat, seine Reflexionen in der üblichen Weise des Historikers auf eine sehr konkrete Darstellung von Ereignisreihen zu gründen. Manchmal scheint die Sprache besser zu verstehen, was nottut, als der nachsinnende Verstand.

Vielleicht ist dieser Vergleich etwas hoch gegriffen, und er soll gewiß nicht auf der gleichen Ebene fortgesetzt werden. Das Wort Zeitgeschichte weist auf einen schlichteren und zunächst scheinbar sehr unphilosophischen Bereich. Es lassen sich indessen gegen diesen Begriff ähnliche, ja begründetere Einwände erheben sowohl in dem Sinne, daß er logisch Widerspruchsvolles verbinde bzw. der klaren Ausrichtung auf einen Gegensatz entbehre, wie auch in dem, daß er zwei Worte zusammenkopple, die der gleichen Kategorie zugehören. Hat nicht alle Geschichte es mit Zeitlichem zu tun? – Man kann versucht sein, dieser Unklarheit auszuweichen, indem man „Zeit“ durch „Gegenwart“ ersetzt. Aber damit gerät man nur tiefer in Schwierigkeiten hinein. Nach einer geläufigen Auffassung beschäftigt sich der Historiker mit „der Vergangenheit, also der „Nicht-mehr-Gegenwart“¹. „Religion in Geschichte und Gegenwart“, so legt der Titel eines bekannten

¹ Peter Rassow, *Der Historiker und seine Gegenwart* (1948), S. 10.

Nachschlagwerks die beiden Bereiche auseinander. Und wenn man gegen diese Grenzsetzung sich wendet, wie denn der Historiker sehr berechtigterweise am Gegenwärtigen in der Geschichte und am Geschichtlichen in der Gegenwart besonders interessiert ist, so wird die Problematik des Ersatzbegriffes erst recht deutlich. Was ist „unsere“ Gegenwart?² Sicherlich nicht das Neueste, nur weil es jeweils das Neueste ist, „eine Welle im Fluß der Zeit“. Die englische Sprache hat für diesen Durchgang vom Vergangenen zum Zukünftigen den unwillkürlich bezeichnenden Ausdruck der „Current History“ oder der „Current Events“ geprägt. Sie mit einem „laufenden“ Kommentar zu begleiten, der auf das Bewußtsein geschichtlicher Zusammenhänge sich stützt, ist eine Aufgabe, die keineswegs gering geschätzt werden soll, aber es ist nicht die, von der hier die Rede ist, und der die „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ dienen sollen. Auch das Wort „Neueste Geschichte“ würde daher irreführend sein oder mindestens den Akzent in einer falschen Richtung setzen.

Eher könnte man geneigt sein, einer anderen fremdsprachlichen Wortbildung zu folgen, die als „Contemporary History“ oder „Histoire Contemporaine“ längst Bürgerrecht erworben hat. Man könnte also von „Zeitgenössischer Geschichte“ oder „Geschichte unserer Zeit“ zu sprechen vorziehen. Wenn nur der „Zeitgenosse“ nicht so verballhornt wäre und der Begriff „unserer Zeit“ nicht zu aller Unschärfe hinzu einen peinlichen Nebenklang des Anspruchs hätte, als „besäßen“ wir sie oder hätten Anlaß, mit besonderem Stolz auf das Erreichte zu sehen. Wenn Zeitgeschichte hier als Epoche der Mitlebenden und ihre wissenschaftliche Behandlung verstanden werden soll, so in dem Sinne, daß es sich für uns um ein Zeitalter krisenhafter Erschütterung und einer eben darin sehr wesentlich begründeten universalen Konstellation handelt.

Nimmt man das als Bestimmungsgrund – und es wird darauf zurückzukommen sein –, so mag es des Sinnes nicht entbehren, daß das Wort Zeitgeschichte existiert und daß es in einem keineswegs beliebigen Zeitpunkt entstanden ist. Es geht nicht so weit zurück wie die entsprechenden fremdsprachlichen Bildungen³. Nach einem Vorläufer, der sich auf den formalen Begriff der chronologisch angeordneten Geschichte beschränkt, tritt es bestimmter und mit inhaltlicher Bedeutung erst in den neunziger Jahren des 18. Jahrhunderts auf. Es steht in unzweideutigem Zusammenhang mit den revolutionären Ereignissen in Frankreich, also mit einem spezifischen Betroffensein durch die Geschichte. Dieser Hinweis der Wortentstehung möge als Legitimierung gelten und zugleich die allgemeine Richtung andeuten, in der Zeitgeschichte hier als Aufgabe gesehen wird.

² Vgl. dazu die geistvollen und tiefgreifenden Bemerkungen von Hermann Heimpel, *Der Mensch in seiner Gegenwart*. „Die Sammlung“, VI, Sept. 1951, S. 489–511.

³ Vgl. dazu Paul F. Geiger, *Das Wort „Geschichte“ und seine Zusammensetzungen* (Freiburger Dissertation 1908), S. 9 u. 88 ff. – Einzelne Nachweise zur Wortgeschichte verdanke ich Reinhard Wittram. Vgl. auch dessen anregenden Aufsatz, *Das Interesse an der Geschichte*. „Die Welt als Geschichte“, Jahrgang 1952, H. 1, S. 1–16.

2

Ehe diesem Hinweis im Sinn des eigenen Betroffenseins nachzugehen ist, wird zuerst die unmittelbar praktische Bedeutung der Aufgabe, ihre organisatorische Seite und damit der nächste Zweck dieser Zeitschrift kurz zu umreißen sein. Es handelt sich einmal um die Notwendigkeit des Nachholens auf einem Gebiet, auf dem die Forschung in vielen Ländern weit vorwärtsgetrieben worden ist. Man kann gewiß zweifeln, ob in dieser Richtung nicht hier und da des Guten zuviel getan wird. So etwa wenn festzustellen ist, daß von 1300 Doktorarbeiten, die in den Vereinigten Staaten zur Zeit im Gange sind, mehr als die Hälfte sich Fragen des 20. Jahrhunderts widmen⁴. Mit Recht wird in der amerikanischen Diskussion auf die Gefahr und das Mißverständnis dessen, was man „Presentism“ zu nennen pflegt, hingewiesen. Es braucht kaum gesagt zu werden, daß die Gründung dieser Zeitschrift in keiner Weise einer „Kurzatmigkeit“ des geschichtlichen Interesses oder gar einer Vernachlässigung der Wurzelerde das Wort reden soll. Ebenso abwegig aber wäre es, die relative Schwerpunktverlagerung zu übersehen. Sie entspricht nicht nur praktisch unabweislichen Bedürfnissen des Schul- und Hochschulunterrichts, der staatsbürgerlichen Erziehung usw., sondern dürfte auch dem Antrieb eines Epochenwandels entspringen und damit einem echten Bedürfnis der Selbstverständigung.

Wie dem auch sei: Das Ergebnis jedenfalls ist eine Vielfalt und Unübersichtlichkeit der Forschung, der gegenüber in Deutschland die Aufgabe nachholender Bestandsaufnahme und fortlaufender Orientierung eine nächste und dringendste ist, wenn anders unnötige Wiederholung oder unzureichend gegründete Leistungen vermieden werden sollen. Auch die vielfach verstreuten deutschen Beiträge zur internationalen Diskussion auf dem Feld der Zeitgeschichte bedürfen eines technischen Vereinigungspunkts, wie ihn nur eine Spezialzeitschrift bieten kann. In ihrem Rahmen sollen der Bestandsaufnahme insbesondere eine systematische Bibliographie und regelmäßige Forschungsberichte dienen.

Die gleiche Zersplitterung wie auf dem Gebiet der Forschung besteht auch auf dem Gebiet der Materialveröffentlichung. Außer in den großen Aktenpublikationen treten einzelne Quellenstücke oder Quellengruppen vielfach an sehr entlegenen und zufälligen Fundorten zutage. Dokumente, und zwar insbesondere deutsche geschichtliche Dokumente zur jüngsten Vergangenheit, sind ja aus den Bedingungen der Nachkriegszeit heraus weitgehend heimatlos geworden. Immerhin gibt es auch in Deutschland noch sehr erhebliche Bestände amtlichen und privaten Materials, die durch Befragungen wesentlich bereichert werden können. Solche Ergänzungen systematisch durchzuführen, ehe die Zeugen wichtiger Entscheidungen und Vorgänge dahinsterven, ist eine weitere dringende Aufgabe zeitgeschichtlicher Forschung. Sie kann nur durch kooperative Arbeit, die an mehreren Stellen im Gange

⁴ Vgl. *American Historical Review*, Bericht über das New York Meeting, 1951 (vol. LVII, No. 3, p. 799). Dasselbst (p. 798 f.) auch die Diskussion über den „presentism“.

ist, gelöst werden⁵. Über das so gewonnene „sekundäre“ Archivmaterial und die dabei hervortretenden Probleme wie auch über Aktenveröffentlichungen zu berichten, wird der Zeitschrift in besonderem Maße obliegen. Zugleich kann sie für Dokumente geringeren Umfangs selbst ein Sammelbecken darstellen, so daß mindestens ein erheblicher Teil der in Deutschland verfügbar werdenden Einzelquellen an einer Stelle hinfort zu finden sein wird.

An die Quellenlage schließt sich eine andere Aufgabe nicht nur der Vierteljahrshefte, sondern der Zeitgeschichte überhaupt. Sie muß die Grundlagen überprüfen, von denen ihre wissenschaftliche Behandlung abhängt. Deutlicher als für jede andere moderne Epoche liegt für sie, und zwar insbesondere für ihren politischen Sektor, der Fehlschluß des „Quod non est in actis non est in mundo“, ja der vielfach irreführende Charakter amtlichen Materials zutage. Die Technik der Aktenführung besonders in totalitären Staaten mit ihrer Konzentrierung tatsächlicher und ihrer Aufsplitterung formeller Verantwortlichkeiten, der Einfluß der modernen Nachrichtenmittel, Propaganda und Massenkommunikation, all das bedarf sorgfältiger Untersuchung. Ebenso gilt es, methodische Grundsätze für die Benutzung spezifischer Quellengruppen, wie Befragungen und Prozeßakten oder „Fragebogen“, herauszuarbeiten und technische Hilfsmittel für ihre Erschließung bereitzustellen. So sehr man sich gegen weitere Arbeitsteilung wehren mag und auf Gegengewichte bedacht sein sollte, so wenig läßt sich leugnen, daß „Zeitgeschichte als Aufgabe“ ein erhebliches Maß von Spezialisierung einschließen muß und daß schon deshalb eine Spezialzeitschrift gerechtfertigt ist.

3

Indem damit Fragen nicht nur der Arbeitsorganisation, sondern auch der Methodik berührt worden sind, läßt sich ein doppelter Einwand erwarten. Der eine geht dahin, daß Geschichte ein Ganzes sei, in jedem ihrer Teile den gleichen Voraussetzungen der Erkenntnis unterworfen, daß es deshalb auch nur eine historische Methode geben könne. Im Prinzip ist das gewiß richtig. Es gehört zu den unabdingbaren Pflichten des Historikers, die Überlieferung jener durchgehenden Prüfung auf Echtheit und Glaubwürdigkeit zu unterziehen, deren Grundsätze während der letzten 150 Jahre voll entwickelt worden sind. Weder diese Methoden noch das Streben nach Objektivität, das in ihnen lebt, erlauben irgendwelche Abstufungen. Aber das schließt nicht aus, daß es sich um sehr spezifische Anwendungen und sehr spezifische Schwierigkeiten handelt, um eine Anpassung und zugleich eine Bewährung der überlieferten Grundsätze unter Voraussetzungen, wie sie so noch für keine Epoche bestanden haben.

Eben hier wird der zweite und allgemeinere Einwand einsetzen, der dahin geht, daß Zeitgeschichte eben nicht „geschichtsreif“ sei, weil es ihr an den nötigen Unterlagen und dem nötigen Abstand fehle, insbesondere nicht eine Zeitgeschichte, die

⁵ Genannt seien für Deutschland — ohne Anspruch auf Vollständigkeit —: Das Institut für Zeitgeschichte München, das J. G.-Herder-Institut in Marburg (für Ostfragen), die Kommission für die Dokumentation der Vertreibungen; auch das neugegründete Bundesarchiv wird sich der „Zeitdokumentation“ besonders annehmen.

weltweiten Rahmen angenommen hat, deren Quellen teils ins Ungemessene gewachsen, teils in erheblichem Ausmaß zerstört oder vorenthalten sind und die von prinzipiellen Gegensätzen so tief durchzogen ist. Man könnte dem allgemeinen Einwand begegnen unter pathetischer Berufung auf das Notwendige, das in dieser Herausforderung liegt, und unter Anführung großer Beispiele der Geschichtsschreibung. Tatsächlich ist sie ja und gerade in Phasen der Erschütterung zuweilen Zeitgeschichtsschreibung repräsentativen Stils gewesen, eben weil sie um die Krisis wußte. Es genügt, an Thukydides zu erinnern und seine Objektivierung des hellenischen Bürgerkriegs. Aber es hat etwas Mißliches, sich in der Erörterung dieses Einwands hinter allgemeine Postulate und große Figuren zu verschanzen. Auch bleibt das Dilemma begrenzter Einsicht unzweifelhaft bestehen. Nur daß es prinzipiell von aller Geschichte gilt, keinesfalls bloß von zeitnahen oder besonders fragmentarisch erhaltenen Perioden.

Es ist hier nicht der Ort, auf erkenntnistheoretische Fragen einzugehen. Sie würden den Rahmen dieser einleitenden Bemerkungen sprengen, so sehr sie an sich in den Aufgabenbereich einer verantwortungsbewußten Zeitgeschichtsschreibung fallen. Sie wird gewiß keinem naiven Realismus huldigen dürfen, als ob je Geschichte im Sinne geistiger Vergegenwärtigung Geschichte im Sinne des Geschehenen „abbilde“. Wir wissen, daß zu anderen Bedingtheiten hinzu ein subjektiver Faktor in alle geschichtliche Erkenntnis eintritt. Aber wir wissen auch, daß das nicht nur ein Anzeichen der Begrenztheit unseres Vermögens, sondern sehr wesentlich der Tatsache ist, daß Geschichte eben kein wertfreies Gegenüber, sondern etwas für den Menschen Bedeutsames, eine Begegnung mit seiner Vergangenheit wie seiner Zukunft, darstellt. Auf der Möglichkeit solcher Wechselwirkung zwischen dem Menschen und der Geschichte beruht die Würde der Bemühung um sie. Objektivität auf diesem Felde der Erkenntnis heißt daher ganz gewiß disziplinierte Wahrheitssuche, Ausschaltung von Vorurteilen soweit möglich, aber nicht Neutralität in Fragen, die uns wesenhaft betreffen. Immer geht es dabei um Wahrheit im Sinne sowohl der „richtigen“ wie der „werthaft gültigen“ Aussage⁶.

Von solchen Voraussetzungen her stellt die Aufgabe der Zeitgeschichte keinen Sonderfall dar. Sie steht unter besonderen Schwierigkeiten, aber auch unter einem besonderen Impuls. Sie teilt mit allen Formen geschichtlicher Betrachtung das Risiko des Irrtums, ja mit dem menschlichen Leben selbst das eigentümliche Proportionsverhältnis von Wagnis und Gewinn. Je näher wir den Dingen sind, desto leichter mögen wir ihren Kern verfehlen und von vorgefaßten Meinungen abgezogen werden, um so eher aber verfügen wir auch über Möglichkeiten der Korrektur und des Zugangs zu den Gelenkstellen.

Schon für die Frage „mangelnder Unterlagen“ trifft ein solches Proportionsverhältnis in gewissem Ausmaß zu. Die zeitgeschichtliche Forschung steht gewiß vor ungeheuren Lücken und wird sich oft mit einem Nichtwissen bescheiden müssen. Aber es ließe sich ebensowohl sagen, daß sie mindestens für Teilgebiete über eine

⁶ Vgl. dazu Johannes Kühn, *Die Wahrheit der Geschichte und die Gestalt der wahren Geschichte* (1947).

Fülle des Materials verfügt wie keine frühere Epoche und zugleich über eine Wünschelrute des Hervorlockens, die nur ihr erreichbar ist. Die Gefahr liegt eher oder jedenfalls nicht selten in der erstickenden Masse des Stoffes. Demgegenüber wird es auf neuartige Formen der technischen Bewältigung, aber vor allem auch auf eine Intensität des Fragens ankommen, wie sie die Geschichtswissenschaft methodisch gerade für die Epochen spärlicher Dokumentation entwickelt hat. Um die Ansatzpunkte dafür richtig, d. h. nicht im Beliebigen, sondern im Wesentlichen und Strukturellen zu wählen, verfügt die Zeitgeschichte zugleich, wie man doch wohl sagen darf, über Maßstäbe von ungewöhnlicher Fruchtbarkeit⁷.

So ist denn auch der Einwand „mangelnder Distanz“ durchaus zwiagesichtig. Niemand wird die Gefahr der zu nahen Perspektive und einer eilfertigen Aktualisierung leugnen wollen. Die Belege dafür ließen sich häufen. Aber es ließe sich ebenso zeigen, daß etwa die Aufgabe des historischen Verstehens, also des Sich-Hineinversetzens in die Lage der Handelnden wie der Leidenden, durch die Situation des Mitlebens erheblich erleichtert werden kann. Sie braucht nur mit geistiger Disziplin angeeignet zu werden, um ihre objektivierende Wirkung zu erweisen — mitten im Völker- oder Bürgerkrieg. Auch sonst hat Nähe unter Umständen eine eigentümliche Hebelkraft. Und hier kommt jenes „Betroffensein“ zu seinem Recht, das mit dem Wort Zeitgeschichte in seiner Entstehung schon einmal verbunden war und ihm einen spezifischen Inhalt gibt. Wir brauchen uns in den Geist der Epoche nicht aus der Ferne und wesentlich auf dem Wege historischer Intuition einzuleben, er hat uns hart genug bedrängt, um uns des innerlich Zusammenhängenden und des Neuartigen einer universalen Konstellation gewahr werden zu lassen. Sie ist auf ein kurzes und sehr ungewöhnliches Jahrhundert nationaler Vereinzelung gefolgt, das weder Weltkriege noch Weltrevolutionen gekannt hat.

4

Der Begriff von Zeitgeschichte in dem Sinne, wie ihr die Vierteljahrshefte dienen wollen, beruht demnach auf der Ansicht, daß etwa mit den Jahren 1917/18 eine neue universalgeschichtliche Epoche sich abzuzeichnen begonnen hat. Ihre Wurzeln liegen in Grundtendenzen der imperialistischen Politik und der industriellen Gesellschaft, die von einer Behandlung in diesen Spalten nicht durch eine mechanische Zeitgrenze ausgeschlossen sein sollen. Aber selbst vom ersten Weltkrieg, so sehr er revolutionärer Einbruch und Erschütterung der Sekurität gewesen ist, ließe sich mit gutem Grunde sagen, daß er nur ein in die Welt verlängerter nationalstaatlicher Konflikt war. Erst mit dem eigentümlich zusammengeordneten Doppelergebnis, dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg und dem Ausbruch der Russischen Revolution, wurde die Konstellation wirklich universal und wurde zu-

⁷ Vgl. dazu die freilich die heutige Lage nicht überall mehr treffenden Bemerkungen von Justus Hashagen, Beurteilungsmaßstäbe der Zeitgeschichte. *Histor. Vierteljahrsschr.* XXI, S. 441 ff. (1924). — Die Chance des zeitgenössischen Historikers „to understand basic matters that leave no record“, betont auch E. L. Woodward in seinem Vortrag „Contemporary History — Its Validity“. *American Historical Review*, a. a. O., p. 802.

gleich der Konflikt von Völkern und Staaten durch gesellschaftliche Gegensätze tiefgreifender Art durchzogen und durchkreuzt. Schon 1918 ist im Grunde die Antithese Washington—Moskau eine sehr reale gewesen. Es folgen die Jahrzehnte, in denen Demokratie, Faschismus und Kommunismus im „Dreieck“ nebeneinander bestehen, in mannigfachem Gegen- und Zusammenspiel, bis seit 1945 die polare Zweiteilung sich wieder herauszuarbeiten beginnt. Das Gemeinsame und Neue in alledem ist doch wohl, daß ideologische und gesellschaftliche Bewegungen über Landesgrenzen hin in einem Maße sich auswirken, wie es dem nationalstaatlichen Zeitalter fremd geworden war. Statt der früheren vertikalen Frontbildungen haben horizontale sich eingelebt, die ihren Vorklang im Zeitalter der Französischen Revolution hatten, mehr noch aber an die konfessionelle Epoche der europäischen Geschichte erinnern. Sie haben über die Welt hin die Möglichkeit einer universalen Bürgerkriegssituation heraufgeführt.

Es wird aus dieser kurzen Skizze⁸ zu folgern sein, daß Zeitgeschichte als Aufgabe im Prinzip einer Behandlung im internationalen Rahmen bedarf. Das gilt einmal in technischer Hinsicht. Wie schon betont, werden die Vierteljahrshefte sich bemühen, den Anschluß an die ausländische Forschung herzustellen. Die Herausgeber würden im gleichen Sinn die Mitarbeit nichtdeutscher Historiker, die sich um die Klärung wesentlicher Vorgänge und struktureller Züge unserer Epoche bemühen, lebhaft begrüßen. Aber es handelt sich bei dieser so erwünschten Zusammenarbeit um mehr als Technisches und auch um mehr als die sogenannte „globale“ Situation, so sehr sie als solche schon der Zeitgeschichte eine universale Ausrichtung gibt. Es kommen innere Wandlungen hinzu, wie sie in der Erschütterung gewohnter Zusammenhänge, in der Infragestellung der politischen Souveränität, in neuen (etwa den agrarischen) Internationalen und in Grenzsituationen der Existenz zutage treten. Man wird insbesondere sagen dürfen, daß der Mensch nicht mehr so selbstverständlich, wie es noch das Prinzip der Rankeschen Weltgeschichte war, im nationalen Bereich verwurzelt ist. Widerstandsbewegungen und Integrationsbewegungen sind daher Zentralthemen der Zeitgeschichte.

Wie sie über Landesgrenzen hinausgeht und vor der Frage neuer Loyalitäten oder Solidaritäten nicht ausweichen darf, so sollte sie auch mithelfen, die „Sektorengrenzen“ des Politischen, des Wirtschaftlich-Sozialen und des Geistigen zu überwinden. Darin würde ein Gegengewicht mindestens gegen die vor sich gehende Spezialisierung liegen, wie es von der Aufgabe selbst gefordert wird. Weniger als je ist eine Trennung von Innen und Außen, von Staat und Gesellschaft, von Interessen und Weltanschauungen, vom Bild des Menschen und vom Bild der Natur möglich, und die Zeitgeschichte könnte, indem sie dies Zusammensehen sich zum Ziele setzt, nicht nur der historischen Wissenschaft methodisch einen Dienst erweisen, sondern auch am ehesten in der Lage sein, das Strukturhafte und Wesenhafte einer in vielen Beziehungen auf das Totale angelegten Epoche einzufangen. Die Vierteljahrshefte

⁸ Vgl. die Ausführung für die beiden Zwischenkriegsjahrzehnte in des Verfassers „Gesellschaftsform und Auswärtige Politik“ (Laupheim 1951).

möchten mit ihren bescheidenen Mitteln zu einer solchen ganzheitlichen Sicht beitragen.

Freilich wird dies ein Ziel bleiben, das nur hier und da angenähert werden kann. So sehr man universale Weite und sachliche Ausdehnung wünschen und als Orientierungspunkt festhalten muß, so sehr wird nach den praktischen Gegebenheiten Ereignisgeschichte wesentlich politischer und wirtschaftlich-sozialer Art, insbesondere aus dem Bereich der deutschen Geschichte, das Rückgrat bilden. Auch das ist eine Aufgabe der Zeitgeschichte, die nicht gering geschätzt werden darf, ja in mancher Hinsicht Vordringlichkeit hat. Es ist sehr viel noch für die Phase der Weimarer Republik zu tun, die lange Zeit eine Art Stiefkind der Forschung war, und es ist eine unabweiße Verpflichtung gerade der deutschen Wissenschaft, die nationalsozialistische Phase mit aller Energie anzugehen⁹. Nur bruchstückweise konnte das bisher geschehen, und schon melden sich diejenigen, die am liebsten den Mantel des Verdeckens ausbreiten und sich in die Wolke des Vergessens hüllen möchten. Es muß demgegenüber mit aller Klarheit ausgesprochen werden, daß es zur „Zeitgeschichte als Aufgabe“ gehört – wenn anders sie mit offenem Visier betrieben wird –, daß sie an keinerlei heißen Eisen, weder internationalen noch nationalen, sich vorbeidrückt und nicht leere Räume offenläßt, in die Legenden sich einzunisten neigen.

Was in der Behandlung der deutschen Dinge allerdings besonders dringlich gefordert werden muß, ist eine Absetzung gegenüber allen Tendenzen der Selbsterniedrigung wie der Apologetik. Nur nüchterne und freimütige Erörterung auch der am stärksten mit Emotionen geladenen Fragen kann zu einer Bereinigung der Atmosphäre im Inland und Ausland führen. Das Ziel wird hier wie überhaupt größtmögliche Objektivität im Erfassen der Tatsachen sein müssen, aber keineswegs Neutralität gegenüber den Traditionen und Prinzipien europäischer Gesittung.

Unter diesem Gesichtspunkt tritt letzten Endes auch der politische Wert der Zeitgeschichte unmißverständlich heraus. Sie wird zu beweisen haben, daß mit Nähe und stärkster Betroffenheit durchaus ein Abstandnehmen von den Leidenschaften des Tages sich verbinden läßt, ohne deshalb zu relativistischer Skepsis zu führen; daß es vielmehr gerade eine solche geistige Disziplin ist, die als Hilfskraft der Erkenntnis, aber auch der Selbsterziehung in die Sphäre sittlicher Entscheidungen hineinragt, wie sie die Epoche mit neuer Dringlichkeit von uns fordert. Indem die Vierteljahrshefte der Forschung dienen wollen, möchten sie auch mithelfen an der Klärung von Wert- und Willensfragen, die über das stofflich Interessante wenngleich Unsensationelle hinaus eine breitere Öffentlichkeit angehen.

Es fügt sich, daß beide Herausgeber dem Lehrkörper der Tübinger Universität angehören. So möge über dem Versuch, „Zeitgeschichte als Aufgabe“ in das wissenschaftliche und politische Leben einzuführen, der Wahlspruch des Gründers dieser Hochschule stehen:

„Attempto“

⁹ Auf diese beiden Gebiete erstreckt sich wesentlich die Tätigkeit des Instituts für Zeitgeschichte München.

HELM SPEIDEL

REICHSWEHR UND ROTE ARMEE

Vorbemerkungen des Herausgebers

Wir begrüßen die Möglichkeit, einen Artikel des Generals der Flieger a. D. Helm Speidel¹ abdrucken zu können, der auf einem Teilgebiet der viel erörterten, aber im einzelnen noch sehr wenig geklärten deutsch-sowjetischen militärischen Zusammenarbeit die geschichtliche Kenntnis zum erstenmal auf festeren Boden stellt. Der Verfasser gehörte in den Jahren 1927–1933 zu dem sehr begrenzten Kreis von Offizieren, die in diese geheime Arbeit eingeweiht waren. Er hat sie sowohl vom Standpunkt der Planung aus – als Generalstabsoffizier in der Luftwaffenzentrale des Reichswehrministeriums – wie aus dem Erfahrungsbereich der Durchführung – als Flieger in Rußland – gründlich kennengelernt. Sein Einblick in die Zusammenarbeit des ganzen Jahrzehnts vor 1933 wie seine Vertrautheit mit den Bedingungen der Tätigkeit auf sowjetischem Boden geben dem Beitrag einen sehr erheblichen Quellenwert. Das um so mehr, als schon während der Zusammenarbeit selbst – nach des Verfassers Angabe – „laufend und planmäßig die meisten dokumentarischen Unterlagen“ vernichtet worden sind. Auch der Verfasser stützt sich auf keine andere Unterlage als seine Erinnerungen, deren innere Schlüssigkeit indessen für sich selbst spricht und die an Einzelpunkten in ihrer Genauigkeit durch Stichproben bestätigt werden konnten². Sie betreffen zwar vorwiegend nur einen Ausschnitt der gemachten Erfahrungen. Es sind das die auf dem Gebiet der Luftwaffe, die aber nach Ausmaß und Bedeutung den größten und erfolgreichsten Teil der Zusammenarbeit ausgemacht haben.

Es ergibt sich aus dem Vorstehenden, daß der dokumentarische Wert des im folgenden abgedruckten Artikels sich im wesentlichen auf den militärtechnischen Bereich der Zusammenarbeit beschränkt. Damit werden die in dieser Richtung bestehenden, bisher sehr unbestimmten und zum Teil irreführenden Vorstellungen zum erstenmal mit konkretem geschichtlichem Leben erfüllt. Auch hat es über das Ereignismäßige hinaus eine allgemeinere Bedeutung, sich klarmachen zu können, was unter den gegebenen Voraussetzungen einer Entwaffnungspolitik und der gegen sie gerichteten Bestrebungen die Weite des russischen Raumes und die dort bestehenden Bedingungen praktisch bedeutet haben. Den militärpolitischen Bereich hingegen berührt der Artikel kaum, wie denn der Verfasser

¹ Um Verwechslungen vorzubeugen, sei bemerkt, daß der Verfasser der Bruder von Generalleutnant a. D. Dr. Hans Speidel, dem letzten Stabschef von Rommel und Autor der „Invasion 1944“, ist.

² Wo im einzelnen Unstimmigkeiten in Zeugenaussagen oder im Vergleich mit der Literatur bestehen, ist das in Fußnoten angemerkt.

schlüssig macht, daß auf seiner Ebene der Beobachtung von allgemeineren politischen Erwägungen keine Rede war und daß insbesondere der fachlichen Zusammenarbeit jedes konspirative Element durchaus fehlte. Die Zielsetzung deutscherseits nach innen (Tarnung) wie nach außen lag in den Händen höherer Stellen, wobei vor allem naturgemäß die Rolle von Seeckts zur Erörterung steht.

Es wird daher angebracht sein, in diesen Vorbemerkungen mit möglicher Kürze zusammenzufassen, was sich nach dem Stand der Forschung über die allgemeineren Zusammenhänge sagen läßt, von denen die Beziehungen zwischen Reichswehr und Roter Armee ein so wesentlicher Teil sind.

Dabei ist zunächst festzustellen, daß der Rapallo-Vertrag von 1922 nicht, wie oft vermutet worden ist, einen geheimen Anhang hatte, oder einen formulierten militärischen Vertrag nach sich zog: weder ein „Militärbündnis“ noch eine jener „Militärkonventionen“, die aus der Geschichte der Ententen bekannt sind. In dieser Form ist keineswegs etwa vom Reichswehrministerium in die Politik hineinregiert worden. Hingegen steht ebenso außer Zweifel, daß sehr frühzeitig schon zwischen Deutschland und der Sowjetunion allgemeine wirtschaftliche wie insbesondere militärwirtschaftliche und militärtechnische Besprechungen und Abreden begannen. Trotz der Geheimhaltung namentlich auf den letzteren beiden Gebieten sickerte manches davon durch. Und es wird glaubwürdig versichert, daß von Schleicher, in dessen Privatwohnung einige der ersten Zusammenkünfte stattfanden, der weiteren Entwicklung skeptisch gegenüberstand, weil er so viel zu dementieren und „auszubügeln“ hatte³. Übrigens ergab sich zwischen ihm und von Seeckt schon bei einer Lagebesprechung im Dezember 1918 eine Meinungsverschiedenheit dahingehend, daß Schleicher der von Seeckt bereits damals vertretenen These von der wiederzugewinnenden „Bündnisfähigkeit“ die der wirtschaftlichen Gesundung zeitlich weit voranstellte⁴.

In der Tat stand zunächst die Frage wirtschaftlicher Betätigung im Osten durchaus im Vordergrund. — Am 6. Mai 1921 — zwei Monate nach dem englischen Vorgang — kam es zu einem Handelsabkommen Deutschlands mit der Sowjetunion. Die Wiedereröffnung des russischen Marktes wurde ein Hauptanliegen deutscher Politik in der 2. Hälfte des Jahres 1921. Dabei trat ein Interessenkonflikt hervor zwischen der Schwerindustrie (Stinnes) und der im eigenen Rohstoffbezug vom Westen abhängigeren verarbeitenden Industrie (Rathenau), die demgemäß eher dem Gedanken der Bildung eines internationalen Konsortiums für die wirtschaftliche Betätigung im Osten zuneigte. Immerhin: Der deutsche Anteil an der Sowjet-Einfuhr wuchs von 25 Prozent im Jahr 1921 auf 32,7 Prozent im Jahr 1922⁵. Im

³ Aussage des Generals a. D. J. von Stülpnagel (Befragungsprotokoll im Besitz des Instituts für Zeitgeschichte München). — Das Buch von H. R. Berndorff über Schleicher („General zwischen Ost und West“) kann als wissenschaftliche Quelle nur mit starken Vorbehalten benutzt werden.

⁴ F. von Rabenau, Seeckt. Aus seinem Leben. 1918–1956 (Leipzig 1940), S. 117 f. — Walter Görlitz, Der deutsche Generalstab (Frankfurt 1950), S. 301.

⁵ E. H. Carr, German-Soviet Relations between the two World Wars (Baltimore 1951), p. 55.

Auswärtigen Amt pflegte man zu sagen: „Die Bolschewisten müssen uns vom Bolschewismus (d. h. von der Arbeitslosigkeit) retten“.⁶

Aber in die Wiederaufnahme und Steigerung des rein wirtschaftlichen Handelsverkehrs mischten sich von Anfang an sehr deutlich militärpolitische Erwägungen und Ziele. Sie gingen zunächst in doppelter Richtung. Einmal in der eines Aufbaus bestimmter Zweige der sowjetischen Rüstungsindustrie mit deutscher Hilfe, worauf von Moskau wesentlich gedrängt wurde. Zum anderen kam es der Reichswehr auf die Lieferung der nötigsten Artilleriemunition an, die in Deutschland nicht produzierbar und von den Alliierten nicht erhältlich war. Für beide Zwecke wurde eine getarnte „Gesellschaft zur Förderung gewerblicher Unternehmungen“ (GEFU) mit dem Sitz in Berlin und Moskau errichtet. Sie wurde 1925 in das „Wirtschaftskontor“ (WIKO) verwandelt. Es ist hier nicht nötig, den — nur sehr teilweisen — Erfolg der rüstungswirtschaftlichen „Konzessionen“ (Junkers, Krupp, Stolzenberg u. a.) zu verfolgen⁷. Interessanter sind in unserem Zusammenhang die „300 000 russischen Granaten“, deren Anteil an der Stabilisierung der bürgerlichen Republik kaum zu bestreiten sein wird. In welchem Umfang sie wirklich in Straßenkämpfen zur Anwendung kamen, entzieht sich freilich der Kenntnis. Aber ihre Lieferung war symptomatisch für die Abwendung der Sowjets vom Nahziel der Weltrevolution, und sie war eine Tatsache, die für die deutschen Kommunisten eine besondere Belastung darstellen mußte. Ein teilweises Bekanntwerden der Lieferungen verwirrte die Fronten erheblich⁸. Jetzt konnte gesagt werden — und eine SPD-Flugschrift ließ sich den Hinweis nicht entgehen —, daß deutsche Proletarier durch Sowjetgranaten getötet würden. In dieser Richtung haben die Enthüllungen etwa aus dem Kreis der „Weltbühne“ und des „Tagebuch“ einen Teil ihrer Wirkung gehabt. So wandte sich denn in der Reichstagsitzung vom 16. Dezember 1926 der kommunistische Abgeordnete Koenen scharf gegen das „Ammenmärchen“ und kritisierte zugleich die „linkspazifistischen Kreise verirrter Journalisten“, wie verdienstlich auch ihre Bekämpfung der Reichswehr sei⁹. Auch in Scheidemanns großer Rede, die diese Debatte veranlaßte, trat in den diesbezüglichen Teilen die Polemik gegen die Sowjetunion und die deutschen Kommunisten im Grunde stärker hervor als die gegen die Reichswehr. In ihrem Mittelpunkt standen die drei Munitionsschiffe, die aus Leningrad in Stettin angekommen seien, und die Schlußpointe war: „Keine Sowjetmunition für deutsche Geschütze mehr!“¹⁰

Prüft man die Rede Scheidemanns, der ein Artikel im „Manchester Guardian“ vom 2. Dezember 1926 vorausgegangen war, im Lichte heutiger Kenntnis, so enthielt sie eine ganze Reihe von richtigen oder halbrichtigen Angaben, so über die Sondergruppe („R“) im Reichswehrministerium, über GEFU und WIKO, über die

⁶ Wipert von Blücher, *Deutschlands Weg nach Rapallo* (Wiesbaden 1951), S. 151.

⁷ Einige neue Aufschlüsse dazu bei Carr, a. a. O., *passim*.

⁸ Vgl. Ruth Fischer, *Stalin und der deutsche Kommunismus* (Frankfurt 1948, 2. Aufl.), S. 646 ff.

⁹ *Stenographische Berichte*, Bd. 391, S. 8598.

¹⁰ A. a. O., S. 8585.

beteiligten Offiziere, den Junkersvertrag, die Finanzierungsfrage usw. Nachdem sie dann wesentlich die Beziehungen der Reichswehr zu rechtsradikalen Verbänden angeprangert hatte, deutete sie einiges (aber abgesehen von den Munitionsschiffen nur sehr Unbestimmtes) über die Rüstung auf fremdem Boden und den Rüstungsnachschub, über die Gefahr der Durchlöcherung der westlichen Politik Stresemanns und der Gewöhnung an geheime Wege an. Das meiste seiner Ausführungen aber ging ohnehin in dem Dementi des Reichskanzlers Marx, der Rede des früheren Reichskanzlers Wirth, der sich zu den besonderen Bedingungen der Jahre 1920 bis 1923 und dem diplomatischen Wert von Rapallo bekannte, vor allem aber in der Polemik zwischen Mehrheitssozialdemokraten und Kommunisten unter. Zu einer sachlichen Klärung der Tatsachen trug die Debatte ebensowenig bei wie zu einer prinzipiellen (abgesehen von einer tempomäßigen) Änderung der Rußlandpolitik der Reichswehr oder zu allgemein-politischen Reaktionen¹¹.“

Was nun wirklich die Rußlandpolitik der Reichswehr war, wird man am ehesten aus den Seeckt-Papieren zu erfahren hoffen. Aber über ihrem Schicksal hat kein günstiger Stern gestanden. Sie sind zuerst ausgiebig von Seeckts Biographen F. von Rabenau benutzt worden, kommen jedoch in dem hier in Betracht kommenden Band nur in Auswahl zur Verwertung und nicht ohne Anpassung an den Zeitpunkt des Erscheinens (1940). Nach Kriegsende sind sie nach den Vereinigten Staaten gebracht worden und stehen dort in den National Archives der Forschung zur Verfügung. Auf ihnen (oder dem Nürnberg-Material) beruht ein Artikel in „Der Monat“, der im November 1948 unter dem sensationellen Titel „Der Seeckt-Plan“ erschien. Er enthält 3 wichtige Dokumente (von denen eines allerdings schon größtenteils durch Rabenau gedruckt war) und umrahmt sie mit einer recht unzureichenden Einleitung und zwei mehr oder weniger feuilletonistischen Aufsätzen. Sehr viel ernsthafter ist eine Abhandlung „General Hans von Seeckt and Russia“, 1920–1922, von George W. F. Hallgarten, die im März 1949 im *Journal of Modern History* (XXI, pp. 28–34) erschienen ist. Sie benutzt die Seeckt-Papiere gründlicher, hat aber merkwürdigerweise die Veröffentlichung im „Monat“ übersehen und ist selbst weit entfernt von einer vorurteilsfreien Interpretation. Zudem ist der Aufsatz Teil einer ungedruckt gebliebenen größeren Studie und schiebt daher vieles auf im einzelnen nicht nachkontrollierbare Aphorismen und eine längere Schlußanmerkung ab¹². Auf Hallgartens Exzerpte stützt sich dann zum Teil die neueste knappe Darstellung der deutsch-sowjetischen Beziehungen zwischen

¹¹ Tschitscherin beschränkte sich auf den Kommentar: „Made in England“ (Carr, a. a. O., S. 94), der auch das Leitmotiv der kommunistischen Angriffe gegen Scheidemann gewesen war. – Einen Monat nach seiner Rede wurden – in Nachwirkung von Locarno – die alliierten Militärkommissionen aufgehoben.

¹² Auf einem anderen Teil des Seeckt-Nachlasses beruht die wertvolle Studie von Alma Luckau, *Kapp Putsch-Success or Failure* (*Journal of Central European Affairs*, vol. 7, No. 4, pp. 394–405, Jan. 1948). — Erst bei der Korrektur lag der interessante Aufsatz von Margret Boveri (Rapallo, Geheimnis, Wunschtraum, Gespenst — *Mercur* 1952, H. 9, S. 872 ff.) vor, dessen Auffassung, besonders auch bez. des Berndorff-Materials, weitgehend zuzustimmen ist und dessen Fragen z. T. jetzt beantwortet werden können.

den Weltkrieg von E. H. Carr, deren besonderer Wert noch darauf beruht, daß sie einiges russisches Material, insbesondere Auszüge aus dem Trotzki-Archiv in der Wiener Library heranziehen konnte. Aber noch fehlen die deutschen Akten der zwanziger Jahre, und der Seeckt-Nachlaß bedarf einer abschließenden Durcharbeitung¹³.

Gewiß ist das ein Stand der Dinge, der zur Zurückhaltung im Urteil auffordert. Aber über viele Punkte, die hier nur kurz zu berühren sind, wird schon Einverständnis zu erzielen sein. Über Seeckts Ablehnung der Randstaatenpolitik und seine frühe Betonung einer notwendigen, und zwar einer breiten „Berührungsfläche“ mit Rußland, über die wohlwollende Behandlung Radeks als eine Art Ehrengefangener der Reichswehr im Herbst 1919 und über die Unterhaltungen in seinem „Salon“, über Enver Pascha als Vermittler, der schließlich von Trotzki Seite im August 1920, als Polens Zusammenbruch bevorzustehen schien, den Köder einer „Wiederherstellung der Grenzen von 1914“ hinwarf. Es wird von Carr wahrscheinlich gemacht, daß das nicht eine „trozkistische“ Spezialaktion war, wie die spätere Lesart es haben wollte, sondern daß Lenin selbst das Ausspielen der „polnischen Karte“ inspirierte, wie er überhaupt persönlich hinter der Annäherung an die Reichswehr stand. Die Perspektive vom August 1920, was immer ihre Möglichkeiten oder Gefahren, verschwand bekanntlich mit dem „Wunder an der Weichsel“. Es folgten chronologisch dann — nach März 1921 — auf die für Deutschland so enttäuschende Behandlung des oberschlesischen Abstimmungsergebnisses die Entsendung einer militärischen Erkundungsmission nach Moskau und im September 1921 die ersten geheimen Unterredungen in Berlin. Sie fanden zwischen Krassin und General Hasse, dem Nachfolger Seeckts im Truppenamt (Generalstab) statt. Hasse ging dann selbst nach Moskau zu Besprechungen mit dem sowjetischen Generalstabschef Lebedew „auch für den Fall eines polnischen Krieges“¹⁴. Zur direkten Begegnung zwischen Radek und Seeckt scheint es schließlich im Februar 1922 — und zwar auf des ersteren Drängen und mit Autorisation des letzteren durch den Reichskanzler Wirth — gekommen zu sein. Der russische Unterhändler betonte die Notwendigkeit deutscher Unterstützung für die Rüstungsindustrie der Sowjets und die Ausbildung ihres Offizierskorps, er beklagte sich über den deutsch-englischen Flirt und ließ die Möglichkeit eines russischen Angriffs auf Polen im nächsten Frühjahr spielen. Aus einem Brief Seeckts an Hasse vom Mai 1922 geht hervor, daß es damals und in den Monaten darnach zu keinem militärischen Abkommen kam, so sehr der deutsche Chef der Heeresleitung den „Anschein“ eines solchen für international wünschenswert hielt¹⁵.

Nach alledem dürfte sicher sein, daß die militärischen Besprechungen gewiß die Atmosphäre für Rapallo vorbereitet haben. Aber der Abschluß vom 16. April 1922 war das Werk der Diplomaten, nicht der Soldaten. Auf die Verhandlungen selbst braucht hier nicht eingegangen zu werden. Es ist bekannt, daß die russische Initiative von der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes (A. von Maltzahn) und mit einigem

¹³ Es steht zu hoffen, daß er in Bälde in Mikrofilm im Institut für Zeitgeschichte München verfügbar sein wird.

¹⁴ Denkschrift des Majors Tschunke in „Der Monat“, a. a. O., S. 49.

¹⁵ Carr, a. a. O., p. 60.

Zögern von Rathenau aufgenommen und durchgeführt worden ist¹⁶. Ebenso besteht aber kein Zweifel, daß Seeckt, der durch Hasse alsbald benachrichtigt wurde, den Rapalloer Vorgang lebhaft begrüßt und für seine Ziele nutzbar gemacht hat.

Hier liegt offenbar der Schwerpunkt der Frage, inwieweit ein Unterschied zwischen diplomatischem und militärischem Handeln bestand oder inwieweit es eine militärische Rußlandpolitik gab und geben durfte. Es ist darüber zu einer äußerst scharfen Auseinandersetzung zwischen von Brockdorff-Rantzau, der bald erster deutscher Botschafter in der Sowjetunion werden sollte, und Seeckt gekommen¹⁷. In einer Denkschrift vom 15. Juli 1922, die an den Reichspräsidenten und den Reichskanzler ging, nahm Brockdorff aufs entschiedenste Stellung gegen eine Rapallopolitik, die mit dem „Anschein“ militärischer Bindung nur England erneut in die Arme Frankreichs treiben werde. Die deutsch-russische Zusammenarbeit solle „friedlichen Zielen und dem wirtschaftlichen Wiederaufbau dienen“. „Eine ausschließlich nach Osten orientierte deutsche Politik wäre im gegenwärtigen Augenblick nicht nur verfrüht und gefährlich, sondern aussichtslos und darum verfehlt“. Es gelte daher, die Russen von kriegerischen Experimenten abzuhalten und, wenn es doch zu Konflikten komme, deutsche Neutralität zu wahren. – Die Denkschrift wurde am 9. September vom Kanzler Wirth an Seeckt weitergegeben. Er antwortete darauf mit nicht milderer, ja sehr persönlicher Schärfe. „Wer an Uniformkoller leidet“, heißt es da etwa, „und noch nicht begriffen hat, daß jede politische und wirtschaftliche Betätigung letzten Endes auf der Macht beruht, wird keine aktive deutsche Politik treiben. Wer vor allem aber im Rapallo-Vertrag einen politischen Fehler sieht, mag an anderer Stelle taugen, untauglich erscheint er als deutscher Vertreter in Moskau.“

Man sieht, wie stark Erinnerungen an die dem Versailler Vertrag vorausgehenden Konferenzen und überhaupt die Ressortgegensätze die damals schon zu einem heftigen Zusammenprall geführt hatten, sich dem Konflikt beiderseits beimischen. Aber im Gegensatz einer überlegenen diplomatisch-friedlichen und einer „sturen“ aktivistisch-militärischen Zielsetzung geht er keineswegs auf. Wohl begann Seeckt seine Denkschrift mit der klingenden Sentenz: „Deutschland muß aktive Politik treiben“. Und er scheute nicht vor der apodiktischen Feststellung zurück: „Polens Existenz ist unerträglich, unvereinbar mit den Lebensbedingungen Deutschlands. Es muß verschwinden und wird verschwinden durch eigene innere Schwäche und durch Rußland – mit unserer Hilfe.“ Man wird das Rechenhafte, ja Dogmatische dieses Denkens nicht verharmlosen wollen¹⁸, so wenig es wirkliche Prophetie war, d. h. den nur scheinbar vergleichbaren Weg zu 1939 hin vorausbeschrieben hat. Und man wird auch den Realismus bezweifeln, der nicht nur innenpolitischen Antikommunismus und außenpolitischen Prokommunismus getrennt zu halten sich

¹⁶ Dazu vgl. jetzt die Aufschlüsse bei von Blücher, a. a. O., S. 153 f. – Für Rathenau die neueste Studie von Eric C. Kollman, Walther Rathenau and German Foreign Policy (Journal of Modern History XXIV, No. 2, bes. pp. 156–158. – June 1952).

¹⁷ Das Folgende nach den Denkschriften in „Der Monat“, a. a. O., S. 44–47.

¹⁸ Siehe dazu auch die abwägenden Bemerkungen von Hans Herzfeld, Das Problem des deutschen Heeres 1919–1945 (Laupheim 1952), S. 10 f.

zutraute, was auf beschränkte zeitgeschichtliche Sicht berechtigt war, sondern auch die Gefahr, daß im Kriegsfall der Bolschewismus an den Rhein geführt werde, als „politischen Kinderschreck“ bagatellierte. Hier sah Brockdorff-Rantzau mit seiner Warnung vor „roten“ Bundesgenossen wohl klarer. Aber im Entscheidenden gerade der diplomatischen Perspektive erwies sich Seeckt als überlegen, in der Erwägung etwa der Wirkung auf die Tschechoslowakei und insbesondere auf England. Mit Recht bestritt er, daß es um eine Alternative von West- oder Ostorientierung gehe und verwahrte sich gegen die Taktik, seine Absichten „ins Absurde zu übertreiben und diese Übersteigerung zu bekämpfen“.

In der Tat würde man seiner Intelligenz unrecht tun mit der Annahme, daß er auf kriegerische Experimente aus war. Radeks Anklopfen 1922 wurde deutlich abgelehnt¹⁹. Das schloß nicht aus, daß Seeckt im Fall des Konflikts auf die „richtige Seite“ zu treten wünschte und Neutralität für undurchführbar hielt. Aber immer wieder bezeichnete er das deutsche Aktivum als in der Möglichkeit liegend, daß an militärische Abreden geglaubt werde. Dieser Trumpf, so hat es einer seiner Mitarbeiter ausgedrückt²⁰, war „nur wirksam, solange er nicht ausgespielt wurde“. Es läßt sich nicht nachweisen, aber vieles spricht dafür, daß es dieser Trumpf war, der Polens aggressive Absichten gegen Ostpreußen und Schlesien insbesondere zur Zeit der Ruhrkrise entmutigte²¹. Seeckt mag gewünscht haben weiterzugehen in Richtung eines förmlichen militärischen Abkommens, wenn auch nicht im Sinne von Radeks nationalbolschewistischem Plan von 1923²². Was verwirklicht wurde, war — englisch gesprochen — eine typische Politik des „in being“, bei der das potentielle Gewicht der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion als Aktivum im Westen wirkte. Dahinter aber stand als ihr Kern und als Bürgschaft gegen „plötzlichen Wechsel“ (Dirksen) die Beziehung zwischen beiden Armeen und insbesondere — als das Wesentlichste, wie sich jetzt zeigt — die deutsche Rüstungsvorbereitung mit russischer Hilfe. Insgesamt ist das eine Politik gewesen, die von der Reichsregierung gedeckt wurde.

Auch Brockdorff-Rantzau scheint sich, nachdem er Botschafter geworden war, den Anschauungen Seeckts angenähert zu haben²³. Jedenfalls kann die im folgenden

¹⁹ Von Rabenau, a. a. O., S. 309. Vgl. auch F. Friedensburg, Die Weimarer Republik (Berlin 1940), S. 150 f.: „Die Behauptung, die deutsche Regierung Wirth habe im Jahr 1922 einen Krieg an der Seite Rußlands gegen die früheren Feinde erwogen, der Plan sei aber am Einspruch Eberts gescheitert, ist völlig ungläubwürdig.“ — Über Eberts Anerkenntnis einer andererseits notwendigen Rückendeckung gegen polnische Angriffspläne vgl. Blücher, a. a. O., S. 167.

²⁰ Befragung von Stülpnagel, a. a. O.

²¹ Vgl. Carr, a. a. O., p. 70 über Fochs Besuch in Warschau im Mai 1923 und seinen Fehlschlag.

²² Dafür von Rabenau, a. a. O., S. 319. — Im einzelnen ist der Seeckt-Nachlaß für die Ruhrkrise noch nicht ausgewertet.

²³ Von Blücher, a. a. O., S. 172 f. — Danach hat Brockdorff-Rantzau in der Ruhrkrise auf Hilfe der Roten Armee gehofft, was übrigens auch in seiner gegen Seeckt gerichteten Denkschrift schon anklingt („für den Fall zwingender Notwendigkeit“), nur daß er glaubte, „automatisch“ darauf rechnen zu können.

geschilderte Tätigkeit der „Zentrale Moskau“ nicht ohne seine amtliche Mitwirkung und damit auch die des Auswärtigen Amtes erfolgt sein²⁴. Von seinem Nachfolger von Dirksen ist Kenntnis der soldatischen Beziehungen ausdrücklich bezeugt²⁵. Die Militärpolitik Seeckts war, wenn man sie einmal bejahte, aus innen- wie aus außenpolitischen Gründen nur im strengsten Geheimnis durchzuführen. Aber sie war keine Geheimpolitik im Sinn einer unverantwortlichen Kamarilla und so wenig an seine Person gebunden, daß sie seinen Sturz überlebte und durch den Berliner Vertrag von 1926 moralisch gestützt wurde. Es unterliegt keinem Zweifel, daß insbesondere die Kanzler, sowie die Wehr- und Außenminister des Jahrzehnts bis 1933 in die militärische Seite der Rußlandpolitik eingeweiht waren²⁶. Auch die geheime Finanzierung wurde von allen ins Vertrauen zu ziehenden Stellen weitgehend unterstützt²⁷.

Das führt auf allgemeinere Fragen zur Geschichte der Weimarer Republik und auf Folgewirkungen darüber hinaus, die einer besonderen Abhandlung bedürften. Man kann wohl sagen, daß auch in dieser Beziehung sich an den Versailler Vertrag – spezieller an seine beiderseitige Unerfüllbarkeit – ein gefährliches Ferment angesetzt hat. Das heißt in keiner Weise, daß von hier eine gerade Linie zu seiner Liquidierung und der damit verbundenen Liquidierung der Rußlandpolitik geführt hat – oder gar zum Kriegsbündnis von 1939. Es heißt erst recht nicht, daß aus den Vorgängen der zwanziger Jahre eine Analogie für die so grundsätzlich andere Situation der Gegenwart abzuleiten ist. Das auszuführen würde über die Zwecke dieser Vorbemerkungen hinausgehen. Sie sollten nur den Rahmen spannen, in dem der im folgenden beschriebene und erläuterte konkrete Teil des Themas Reichswehr und Rote Armee steht.

H. R.

²⁴ In dem Buch von Edgar Stern-Rubarth, Graf von Brockdorff-Rantzau, Wanderer zwischen zwei Welten (Berlin 1929) ist begreiflicherweise davon nicht die Rede, selbst der Name Seeckts bleibt unerwähnt. Die Resignation in seinem Abschiedsbrief an Hindenburg (a. a. O. S. 159) bezieht sich wohl kaum auf eine Durchkreuzung seiner Politik durch militärische Einflüsse, sondern eher auf ein ihm selbst nun zu gering erscheinendes Maß der Aktivierung. – Es mag angemerkt sein, daß, soziologisch gesehen, das Verhältnis des deutschen Grafen von Brockdorff-Rantzau zum Adelsproß Tschitscherin nicht so unähnlich war dem der früher kaiserlichen zu den früher zaristischen Offizieren in der Roten Armee. (Darüber einige sehr treffende Bemerkungen bei Görlitz, a. a. O., S. 342 f.) Diesem Ausblick kann hier nicht nachgegangen werden. Er hat einiges zu tun mit den Problemen der Säuberungsaktionen von 1937/38 wie mit Hitlers Neid auf Stalin wegen seiner brutaleren Möglichkeiten gegenüber den „Generalen“.

²⁵ Herbert von Dirksen, Moskau, Tokio, London (Stuttgart 1949), S. 62, 81.

²⁶ Dazu liegen Aussagen in Befragungen der Generale Kuntzen, v. d. Bussche und des Generalobersten von Vietinghoff (a. a. O.) vor. Aus der Literatur vgl. von Blücher, a. a. O., S. 153 (für Wirth und Ebert), von Rabenau, a. a. O., passim, für Cuno, S. 319. – Für Stresemann hat Prof. R. Sontag, der die deutschen Akten eingesehen hat, bezeugt, daß er um die deutschen Aufrüstungsmaßnahmen wußte, „erst in Rußland, dann in Deutschland“. (American Historical Review, LV, No. 3 – April 1950 –, p. 738). – Dem Reichswehrminister Groener hat der Verfasser der hier folgenden Ausführungen selbst Vortrag über die Fliegertätigkeit in Rußland gehalten.

²⁷ Vgl. hierzu Abschnitt IV der folgenden Ausführungen und die Anmerkung dazu.

I. ALLGEMEINER CHARAKTER DER MILITÄRISCHEN ZUSAMMENARBEIT.

Der Zwang zur Geheimhaltung der Kooperation von Reichswehr und Roter Armee ist heute nach dem grundlegenden Wandel der politischen Struktur Deutschlands wie den machtpolitischen Umwälzungen in der übrigen Welt weggefallen. Der Forderung geschichtlicher Wahrheit soll daher hier mit einer Festlegung der noch erkennbaren Tatsachen Genüge getan werden, wie sie damals vom Soldaten her gesehen, erlebt und mitgestaltet wurden.

Vor dreißig Jahren wurde von Rathenau und Tschitscherin überraschend jener deutsch-russische Sonderpakt unterzeichnet, der als „Vertrag von Rapallo“ Geschichte geworden ist. Die wichtigsten Ergebnisse des Vertrags sind bekannt: Gegenseitiger Verzicht auf alle Schulden und Schadenersatzansprüche, Anerkennung gegenseitiger wirtschaftlicher Meistbegünstigung, Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen.

Schon vor diesem Vertrag hatten wirtschaftliche und militärische Einzelbesprechungen stattgefunden. Nach dem Abschluß nahmen beide ein lebhafteres Tempo an, ohne zu eigentlichen Verträgen zu führen.

In ihrer praktischen Auswirkung schlossen diese Vereinbarungen die Beteiligung Deutschlands an dem rüstungswirtschaftlichen Aufbau Sowjetrußlands ein und damit zugleich deutsche Ausführungsmöglichkeiten sowie die Aufrechterhaltung eines Teils der deutschen Rüstungstechnik. Insbesondere aber lag das Ziel der „Reichswehrpolitik“ darin, unter Umgehung der Fesseln von Versailles den ausländischen Boden zu benutzen, um eine Stärkung des deutschen Machtpotentials vorzubereiten, dessen Freigabe ja doch, wenn keine allgemeine Abrüstung gelang, irgendwann einmal erfolgen mußte.

Dieser Grundgedanke und die darin liegende Zukunftsmöglichkeit wurden von General von Seeckt frühzeitig ins Auge gefaßt, wie auch die russische Seite den Vorteil der Zusammenarbeit klar erkannte. Im einzelnen waren dabei Leistung und Gegenleistung auf dem militärischen Sektor der Vereinbarungen im Anfangsstadium noch nicht deutlich zu übersehen. Art und Ausmaß konnten sich erst im Laufe der Entwicklung aus der Praxis heraus kristallisieren. Nur die allgemeine Richtung stand für die Reichswehr fest: Es galt in Sowjetrußland diejenigen Arbeits- und Entwicklungsmöglichkeiten zu suchen, die in Deutschland nicht gegeben waren. Der Grundgedanke solcher Zielsetzung war, daß die personell und materiell eng begrenzte Reichswehr unter allen Umständen vermeiden mußte, zu einer geistig, taktisch und technisch zurückgebliebenen Polizeitruppe zu erstarren und damit den Anschluß an die Weiterentwicklung der Kriegskunst zu verlieren. Die Erhaltung und Wahrung einer kontinuierlichen Tradition war gerade in der Periode stürmischer taktischer und technischer Weiterentwicklung in andern Ländern nach dem Ende des zurückliegenden Krieges von entscheidender Bedeutung.

Im Schwerpunkt der damaligen Entwicklung von Taktik und Technik und der sich daraus ergebenden Gestaltung operativer Ideen standen Probleme des Luftkriegs, des Panzerkampfes und des Gaskriegs. Die Zusammenarbeit konzentrierte sich daher in erster Linie auf diese in Deutschland verbotenen Gebiete.

Die Aufgabenstellung bewegte sich dabei in folgender Richtung:

1. Gewinnung einer laufenden theoretischen Orientierung über Taktik, Ausbildung und Technik einer in ihrer Entwicklung von außen her nicht behinderten Militärmacht.
2. Schaffung von eigenen praktischen Ausbildungsmöglichkeiten als Basen für die Gewinnung von ausbildungsmäßigen und taktischen Erfahrungen auf dem Gebiet der verbotenen Waffen.
3. Heranbildung von hochqualifiziertem Personal für solche Waffen, mit dem Ziel, Spezialisten zu gewinnen zur Fortführung der praktischen Entwicklung und zugleich als Stamm für eine etwaige spätere Aufstellung und Ausbildung gleicher Waffen in Deutschland.
4. Schaffung von technischen Erprobungsmöglichkeiten für eine technisch-praktische Fronterprobung neuer Waffen als Fortsetzung und Bestätigung der technisch-theoretischen Entwicklung in Deutschland.
5. Gewinnung von theoretischen Grundlagen auf Grund eigener praktischer Erfahrungen auf taktischem und technischem Gebiet zum Zweck der Gestaltung moderner Ausbildungs- und Einsatzvorschriften.

Aus diesen Überlegungen und Zielsetzungen ergaben sich folgende praktische Forderungen an die Rote Armee:

1. Zurverfügungstellung militärischer Stützpunkte in Sowjetrußland für Zwecke von Luftwaffe, Panzertruppe und Gaskrieg.
2. Aktionsfreiheit für Ausbildung und technische Erprobung auf diesen Gebieten.
3. Gegenseitiger Austausch der Erfahrungen und Erkenntnisse auf diesen Gebieten.

Die Rote Armee sagte die Erfüllung dieser Forderungen zu. Die Realisierung der Zusagen begann auf dem Gebiet der Luftwaffe.

Die Rote Luftflotte war bereit, der Reichswehr eine militärische Flugbasis zur Verfügung zu stellen und bot zunächst den Flugplatz von Odessa an, dessen geographische und klimatische Lage besondere Vorteile geboten hätte. Nachdem die Reichsmarine ihre ursprüngliche Absicht einer Beteiligung an diesem kombinierten Land- und Seeflugplatz rückgängig gemacht hatte, bestand von seiten des Reichsheeres nur noch Interesse an einem Landflugplatz. Moskau bot nun den Flugplatz Lipetz nördlich Woronesch an. Auf ihm wurde im Jahre 1924 mit dem Auf- und Ausbau eines deutschen Flugzentrums begonnen.

Wenige Jahre später – etwa 1927/28 – folgte die Einrichtung einer Schule für Ausbildung und Technik des Gaskampfes in der Nähe von Saratow an der unteren Wolga. (Diese Basis trug den Tarnnamen „Tomka“; ein Ort dieses Namens existierte nicht.)

Schließlich – etwa 1930 – erfolgte die Einrichtung einer Kampfwagenschule in Kasan an der mittleren Wolga.

Diese drei Zentren bildeten die deutschen militärischen Basen für personelle Ausbildung und technische Erprobung der Reichswehr in Rußland. Sie bestanden bis zur Beendigung der deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit im Jahre 1933.

II. FÜHRUNG UND ORGANISATION DER DEUTSCHEN STÜTZPUNKTE IN RUSSLAND.

Die einheitliche Führung der deutschen Stützpunkte auf russischem Boden, ihr äußerer Aufbau und innerer Ausbau, ihre fachliche Leitung auf den Gebieten von Ausbildung und Erprobung, ihre wirtschaftliche und finanzielle Versorgung und nicht zuletzt die Steuerung des Personals erforderten eine klare und bis in die letzten Auswirkungen durchdachte Organisation. Diese konnte nur soweit nach rein militärischen Gesichtspunkten gestaltet werden, als die politischen Faktoren und die durch sie bedingte strenge Geheimhaltung nach innen und außen nicht berührt wurden. Das Ergebnis war eine komplizierte und für Nichteingeweihte undurchsichtige Kombination von militärischen Führungsprinzipien und zivilen Tarnmaßnahmen.

1. Die Organisation der Führung in Deutschland.

Der Chef der Heeresleitung hatte zunächst selbst die Verwirklichung der militärischen Abreden mit der Roten Armee eingeleitet, indem er die Grundlagen von Führung und Organisation der deutschen Stützpunkte auf russischem Boden schuf. Später übertrug er die Verantwortung für alle Fragen der deutsch-russischen Zusammenarbeit dem Chef des Truppenamts, d. h. dem damals illegalen „Chef des Generalstabs“ im Reichswehrministerium.

Im „Generalstab“ des Reichsheeres bearbeitete eine geheime Zentrale für Rußlandangelegenheiten die grundsätzlichen Fragen politischer, wirtschaftlicher und allgemein-militärischer Art, welche die Zusammenarbeit beider Armeen betrafen. Die politischen Probleme wurden in Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt geklärt. Hier wurde auch das Netz des die ganze Organisation durchdringenden Systems der Tarnung in allen Einzelheiten festgelegt.

Während diese Zentrale, als Abteilung „T 3“ bezeichnet, die grundsätzlichen Fragen klärte, wurden die militärisch-fachlichen Aufgaben der Rußlandbasen in verschiedenen „Waffeninspektionen“ des Reichswehrministeriums geplant und bearbeitet. Diese waren die vorgesetzten Kommandostellen der Auslandstützpunkte und ihre Heimatdienststellen im Sinne von Versorgung und Betreuung.

Es unterstanden: Das Zentrum für Fliegerausbildung und fliegertechnische Erprobung in Lipezk der getarnten „Inspektion der Flieger (In 1)“, die Schule für Gaskampftechnik und -ausbildung „Tomka“ bei Saratow der „Inspektion der Artillerie (In 4)“ und schließlich die Schule für Kampfwagenausbildung und -technik in Kasan der „Inspektion des Kraftfahrwesens (In 6)“.

Diese Inspektionen schufen und organisierten die Stützpunkte, gaben die fachlichen und sachlichen Weisungen für personelle Ausbildung und technische Erprobung, steuerten die Personalbewirtschaftung, stellten die finanziellen Mittel durch Abzweigungen von ihrem planmäßigen Haushalt zur Verfügung und führten die Dienstaufsicht über die Tätigkeit in den Stützpunkten.

2. Die Organisation der Durchführung in Rußland.

Die verkehrs- und nachrichtentechnische Abgeschiedenheit der einzelnen Basen in Rußland vom Heimatgebiet, die eigenartige Struktur der deutsch-sowjetischen

Zusammenarbeit, die besonderen Verhältnisse des Gastlandes sowie der Zwang zur Geheimhaltung der Gesamtorganisation gerade auch in Rußland hatten eine zentrale Zusammenfassung der Probleme notwendig gemacht, die nur in Rußland selbst gelöst werden konnten.

Es war daher schon im Jahre 1923 – spätestens 1924 – als erste Grundlage eine Zentrale Moskau – „Z.Mo.“ genannt – eingerichtet worden, deren Leiter der Berliner Zentrale unterstand. Die Aufgaben im großen umfaßten die einheitliche Steuerung aller durch die Verhältnisse des Landes bedingten und für alle drei Stützpunkte gleichermaßen gültigen Maßnahmen auf politischem, wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet. Ferner führte „Z.Mo.“ die laufenden Verhandlungen mit den Spitzenstellen der Roten Armee und sonstigen sowjetischen Regierungsorganen in Moskau. Sie arbeitete mit der deutschen Botschaft zusammen, deren Unterstützung sie in Fragen der Politik in Anspruch nahm. „Z.Mo.“ trieb keine eigene Politik, sondern war ausführendes Organ des Reichswehrministeriums in Berlin auf der einen Seite, der deutschen Botschaft in Moskau auf der andern. Beide Auftraggeber durften jedoch nach außen nicht erkennbar werden.

Das Unterstellungsverhältnis der drei Stützpunkte unter die Zentrale Moskau war durch die Tatsache gegeben, daß „Z.Mo.“ die territorial bedingten Grundlagen für Existenz und Betrieb der Basen schuf und ausbaute sowie die Versorgung jeder Art steuerte. Der militärische Begriff „Territoriale Unterstellung“ kennzeichnet daher am besten das Verhältnis.

3. Die Gesamtorganisation in Deutschland und Rußland.

Aus der Darstellung der Organisation der Führung in Deutschland wie der der Durchführung in Rußland fügt sich das Bild der Gesamtorganisation, wie sie in einer beigegebenen schematischen Skizze aufgezeichnet ist (s. S. 45).

III. DIE ILLEGALE FLIEGERORGANISATION DER REICHSWEHR IN DEUTSCHLAND.

Von den Stützpunkten der Reichswehr auf russischem Boden war das Flugzentrum Lipetsk das wichtigste. Seine Aufgabe und Bedeutung wird jedoch erst verständlich, wenn es in den Rahmen der gesamten Luftwaffenplanung jener Zeit eingefügt wird. Es gilt daher, zunächst einen Einblick in die umfangreiche illegale Fliegerorganisation in Deutschland zu gewinnen, soweit dies zum Verständnis von Lipetsk erforderlich erscheint.

In der bereits erwähnten getarnten „Inspektion der Flieger (In 1)“ im Truppenamt des Reichswehrministeriums wurden alle Maßnahmen getroffen, welche die Vorbereitung einer Wiederaufrüstung auf dem Gebiet der Luftwaffe zum Ziel hatten. Neben der theoretischen Erarbeitung aller Führungsgrundlagen war eine organisatorische Rüstungsplanung auf weite Sicht aufgestellt worden. Diese sogenannte „Fliegerrüstung“ war ein Bestandteil der allgemeinen Heeresrüstung; sie sah die schrittweise Aufstellung von Jagd-, Aufklärungs- und Kurierseinheiten vor, also von Verbänden mit reiner Defensivtendenz.

Diese Planung und ihre organisatorische Verwirklichung erforderte die Bereitstellung und Ausbildung von Personal wie die Schaffung und Erprobung von Material.

Der personelle Bedarf der Luftwaffe konnte zunächst nur aus der Reichswehr selbst entnommen werden. Das wurde indessen bei der quantitativen Begrenzung des zur Verfügung stehenden Menschenreservoirs und bei den qualitativ besonders hohen Anforderungen an das fliegende und fliegertechnische Personal immer schwieriger. So wurden außer den aktiven Offizieren, die auch weiterhin den Grundstock bildeten, bei steigendem Bedarf auch Offizieranwärter vor ihrem Dienst Eintritt ins Heer (Tarnbezeichnung: „Jungmärker“) eingesetzt und schließlich auch ziviles Personal aus den Fliegerschulen in Deutschland.

Ausbildungsmöglichkeiten in Deutschland boten zunächst diese wenigen zivilen Schulen für Sport- und Verkehrsflieger. Sie mußten für militärische Zwecke mitausgenutzt werden, ohne daß das nach außen erkennbar werden durfte. So konnte die Ausbildung aller drei Kategorien von fliegendem Personal in diesen „halbmilitärischen“ Schulen einheitlich bis zum sogenannten „B 2-Schein“ durchgeführt werden. Dieses Ausbildungssystem umfaßte nicht nur die fliegerische Erstausbildung, sondern auch die jährlichen Wiederholungsübungen, die zur Erhaltung der Flugfrische von Flugzeugführern unerlässlich sind. Damit stieg von Jahr zu Jahr die Zahl des in Deutschland fliegenden Personals erheblich, ein Umstand, der die Aufrechterhaltung der Tarnung nach außen zunehmend erschwerte.

Die Verwendungsmöglichkeit der Fliegerschulen fand indessen ihre Grenzen, sobald die fliegerische Fortbildung militärischen Charakter annahm, d. h. sobald die Umschulung auf Kriegsmaschinen zu beginnen hatte. Eine Ausbildung von Jagdfliegern z. B. war in Deutschland nicht möglich.

Außer der Flugzeugführerausbildung fand noch eine theoretische Beobachterausbildung in Deutschland statt (bis 1930), die ihre Greuze ebenfalls darin fand, daß Kriegsflugzeuge nicht eingesetzt werden konnten.

Der Abschluß der fliegerischen Ausbildung war somit nur im Ausland möglich. Hier setzte die Rolle von Lipezk in der Lösung der personellen Bedarfsfrage ein. Ohne Lipezk als letzte Stufe wäre eine militärische Fliegerausbildung nicht möglich gewesen.

So wurden die als Jagdflieger geeignet erscheinenden Flugzeugführer sowie die als Beobachter vorgesehenen und vorgebildeten Offiziere zum Abschluß ihrer Ausbildung nach Rußland entsandt.

Das für die Fliegerrüstung benötigte Material, d. h. Kriegsflugzeuge mit ihrer gesamten militärischen Ausstattung, wurden in dem üblichen Rhythmus von Forschung – Entwicklung – Erprobung – Beschaffung in einer geheimen Abteilung des Heereswaffenamts auf Grund der taktischen Forderungen des Generalstabs technisch vorbereitet. Konstruktion und Bau erfolgte in der Luftfahrtindustrie; die rein fliegerische Erprobung fand auf den Industriepätzen, dann auf dem geheimen Erprobungsflugplatz Rechlin am Müritzsee durch die Reichswehr statt.

Auch diese Seite der Vorbereitung hatte da ihre Grenzen, wo der militärische Charakter eines Flugzeugs nicht mehr zu tarnen war, nämlich nach dem Einbau der militärischen Ausstattung und bei deren taktisch-technischer Erprobung in der Luft. Damit erhielt Lipezk seine zweite Bedeutung. Es war der Ort für die militärische Fronterprobung von Kriegsflugzeugen.

IV. DIE FINANZIERUNG DER ILLEGALEN FLIEGERORGANISATION DER REICHSWEHR.

Die für die Finanzierung aller Rußlandvorhaben der Reichswehr zur Verfügung stehenden Mittel waren begrenzt. Sie konnten alljährlich nur unter großen Schwierigkeiten für die Geheimhaltung aufgebracht werden. Zweckbestimmung und Verteilung sowie ihre Kontrolle erforderten straffe Zentralisierung, um einen höchstmöglichen Nutzeffekt zu erzielen.

Aus dem Gesamthaushalt des Reichswehrministeriums, welcher der Kontrolle des Reichstags unterlag, wurde vor seiner offiziellen Vorlage ein geheimer, sogenannter „blauer Haushalt“ herausgeschnitten.¹ Aus diesem „blauen Haushalt“ waren alle diejenigen Vorhaben einer geheimen Aufrüstung zu finanzieren, welche die Reichswehr der öffentlichen Kontrolle zu entziehen bestrebt sein mußte. Seine Höhe hing ab von der Höhe des jeweiligen Gesamthaushalts, dem Umfang der offenen Vorhaben und der Entscheidung des Reichswehrministers hinsichtlich der geheimen Planungen.

Die Rußlandvorhaben bildeten wiederum nur einen Ausschnitt aus diesen geheimen Planungen. Die an ihnen beteiligten, bereits erwähnten Waffeninspektionen des Reichswehrministeriums „In 1“, „In 4“ und „In 6“ forderten alljährlich entsprechend ihren Vorhaben einen Mittelbedarf an und bekamen nach Genehmigung des Gesamthaushalts ihren „blauen Haushalt“ zugewiesen.

Die für Rußlandvorhaben bestimmten Mittel dieser 3 „blauen“ Einzelhaushalte wurden in der Berliner Zentrale für Rußlandangelegenheiten („T 3“) zu einem einheitlichen Rußlandhaushalt, der noch durch den Eigenbedarf von „Z. Mo.“ erhöht wurde, zusammengefaßt. Diese Zusammenfassung erfolgte in erster Linie für Zwecke der Verwaltung, der Transferierung und des Ausgleichs im großen;

¹ Zu diesem Punkt lagen Aussagen des Generaloberst a. D. von Vietinghoff und des Generals a. D. v. d. Bussche (Befragungen, a. a. O.) vor, die beide von einem „schwarzen“ Etat sprechen, der nach der Bewilligung des „weißen“ herausgeschnitten wurde. Das erscheint als die sozusagen „normalere“ Form der „Frisierung“. — Der Widerspruch löst sich nach Rückfrage beim Verfasser dahin, daß der „blaue Haushalt“ in der internen Planung alle illegalen (schwarzen) Vorhaben umfaßte, von denen der Rußlandkomplex bei weitem der größte war. In diesem Sinne wurde ein blauer Haushalt vorher herausgeschnitten, der lediglich Mitgliedern des Kabinetts und besonders ausgewählten Parteivertretern des Haushaltsausschusses gegenüber vertreten wurde. In der Vorlage für das Plenum wurde er durch einen fingierten Haushalt ersetzt, dessen Forderungen sachlich begründet sein mußten. Nach Genehmigung wurden die „farbigen“ Bestandteile dann wieder herausgeschnitten. — Die Angaben des Verfassers und die ergänzenden Aussagen bezüglich der ins Vertrauen gezogenen Personen umfassen: den Reichsfinanzminister Dietrich, die Staatssekretäre Popitz und Graf Schwerin-Krosigk, den Geheimrat am Rechnungshof Haeckel und die Haushaltsreferenten des Zentrums (Ering) und der SPD (Stücklen).

über die Mittelverwendung im einzelnen hatten ausschließlich die fachlich verantwortlichen Waffeninspektionen zu bestimmen.

Den größten Bedarf an „blauen“ Haushaltsmitteln hatte die illegale Fliegerorganisation der Reichswehr. Die „In 1“ hatte überhaupt nur einen „blauen“ Haushalt, da ihre gesamte Tätigkeit – nicht nur in Rußland, sondern auch in Deutschland – getarnt bleiben mußte. Hier können konkrete Zahlen einen Anhalt geben für die Höhe der eingesetzten Mittel und ihre Verwendung.

Für Zwecke der „In 1“ wurden in dem Jahrzehnt vor 1933 durchschnittlich 10 Millionen Mark im Jahr haushaltsmäßig zur Verfügung gestellt, so daß mit einem Gesamtverbrauch von ziemlich genau 100 Millionen Mark in der gesamten Zeit gerechnet werden kann.

Erfahrungsgemäß entfielen von diesen jährlichen 10 Millionen rund 3 Millionen auf die Durchführung der technischen Vorhaben in Deutschland wie in Rußland (Forschung, Entwicklung, Erprobung, Beschaffung); dieser Betrag wurde an die fliegertechnische Abteilung des Heereswaffenamtes abgezweigt. Rund 5 Millionen entfielen auf die verschiedensten Vorhaben der Fliegerrüstung in Deutschland, wie fliegerische Erstausbildung und Wiederholungsübungen auf deutschen zivilen Fliegerschulen, deren indirekte Subventionierung damit gleichzeitig erreicht wurde; ferner auf Unterhaltung und Betrieb von illegalen Fliegerstaffeln, welche für Truppenübungen zur Verfügung gestellt wurden, und schließlich für sonstige Ausbildungsvorhaben, wie Lehrgänge, Übungsreisen usw.

Für das Flugzentrum Lipezk selbst wurden jährlich genau 2 Millionen eingesetzt, von denen die materiellen und personellen Ausgaben wie die Kosten für die fliegerische Ausbildung zu bestreiten waren.

Aus den insgesamt 20 Millionen „blauer“ Haushaltsmittel, die in 10 Jahren für Lipezk eingesetzt worden waren, konnte jedoch der erste, sehr kostspielige Aufbau des Flugzentrums nicht finanziert werden. Für ihn hatten Sondermittel außerhalb des „blauen“ Haushalts zur Verfügung gestanden. Außerdem war der Ankauf der ersten Ausbildungsflugzeuge für Lipezk – rund 100 Jagdflugzeuge aus den holländischen Fokkerwerken – aus dem sogenannten „Ruhrfond“ finanziert worden, einer Kapitalsammlung für Zwecke des passiven Widerstands im Ruhrgebiet 1923. Nachdem dieser Widerstand zusammengebrochen war, wurde ein Teil der noch verfügbaren Mittel für Zwecke der Luftrüstung zur Verfügung gestellt und für Lipezk verwandt.

Diese beiden Sonderzuwendungen blieben jedoch die einzigen. Alle späteren Vorhaben, einschließlich des laufenden weiteren Ausbaus von Lipezk, mußten aus den jährlichen Haushaltsmitteln bestritten werden. Mit einem Nachtragshaushalt war nie zu rechnen.

Die Zweiteilung der fliegerischen Arbeit in Deutschland und Rußland erforderte einen Mitteleinsatz in zwei verschiedenen Währungen. Diese Komplizierung der Finanzverhältnisse spielte rein haushaltsmäßig keine Rolle. Ein von devisenmäßigen Schwankungen unabhängiger Wechselkurs (1 Rubel = 2,16 Mark) war zwischen den beiden Regierungen vereinbart und diente als Grundlage einer Haushaltsplanung auf weite Sicht.

Die tatsächliche Kaufkraft des Rubels als Binnenwährung im Lande selbst war jedoch wiederholten Schwankungen unterworfen. Das führte zwangsläufig immer wieder zu Änderungen in den haushaltsmäßig vorgesehenen Vorhaben.

Hier begann nun die ausgleichende Tätigkeit der beiden Zentralstellen in Berlin und Moskau. Der im Reichswehrministerium („T 3“) zusammengefaßte Rußlandhaushalt wurde an die „Zentrale Moskau“ transferiert, hier verwaltet und je nach Anforderung den drei Stützpunkten zur Verfügung gestellt. Dazu rief „Z. Mo.“ die Rubelbeträge bei der sowjetischen Regierung in dem Maße ab, wie sie den zwischenstaatlichen Abmachungen entsprachen und im Rahmen der in Berlin festgelegten Haushaltsmittel blieben. „Z. Mo.“ war selbst nur so weit in die direkte Ausgabe von Haushaltsmitteln eingeschaltet, als es sich um zentrale Beschaffung des materiellen Bedarfs aller drei Stützpunkte im Lande handelte, sofern sie eine bestimmte Werthöhe überschritten und bewirtschaftete Materialien umfaßte. Im Bereich der staatlichen Planwirtschaft war dies weitgehend der Fall.

Verringerte sich die innere Kaufkraft des Rubels, so blieb nur übrig, den Umfang des im Lande zu beschaffenden Materials wie die Aufwendungen für Arbeitslöhne herabzusetzen. Die in Sowjetrußland staatlich gesteuerten Lohnerhöhungen als Folge der damals zunehmenden Teuerung machten immer wieder jede Gelddisposition auf dem personellen Aufgabengebiet illusorisch. Denn die Entlohnung der vielen Hunderte von russischen Arbeitern in den Betrieben der deutschen Stützpunkte beanspruchte einen wesentlichen Teil des Mitteleinsatzes.

In solchen Fällen versuchte „Z. Mo.“ durch entsprechende Schwerpunktbildung in den Ausgaben einen Ausgleich zu schaffen. Er gelang nicht immer. Dann blieb nur Verzicht auf die Durchführung einzelner Vorhaben. Eine begrenzte Möglichkeit des Ausgleichs lag schließlich auch darin, daß „Z. Mo.“ Vergünstigungen tariflicher Art bei den sowjetischen Behörden erreichte, wie z. B. Zubilligung der ermäßigten Wehrmachtstarife auf den Staatsbahnen für Transporte der Reichswehr, oder Anrechnung der niedrigen Gestehungskosten für Betriebsstoff u. a.

Die Finanzierung der Unternehmen auf russischem Boden erforderte von deutscher Seite stets große Beweglichkeit und rasches Disponieren. In keinem Fall ist jedoch durch Schwierigkeiten solcher Art eine ernsthafte Einschränkung oder Schädigung der Gesamtvorhaben eingetreten.

V. DIE FLIEGERORGANISATION DER REICHSWEHR IN RUSSLAND.

1. Das Flugzentrum Lipezk.

Rund 400 Kilometer südsüdostwärts von Moskau liegt an dem Fluß Woronesch, unweit von dessen Einmündung in den Don, der sowjetische Kur- und Badeort Lipezk. Auf einer Hochfläche über dem typisch russischen Provinzstädtchen war seit 1924 der weiträumige, aber primitive Flugplatz der Roten Luftflotte von der Reichswehr ausgebaut worden. Um zwei Rollfelder entstand ein umfangreicher Komplex von Flugzeughallen, Werftanlagen, Fabrikations- und Reparaturbetrieben einschließlich eines modernen Motorenprüfstands. Es entstanden Verwaltungs- und Wohngebäude, ein Lazarett, das auf das Modernste mit allen klinischen Einrich-

tungen ausgestattet war, Funk- und Fernsprechbetriebsanlagen, Bahmanschlüsse usw.

Im weiten Bereich des nach damaligen Begriffen hochmodernen Fliegerhorsts war die deutsche Fliegerkolonie untergebracht, nach außen getarnt als die „4. Eskadrille“ eines russischen Fliegerverbands, der symbolisch durch die Anwesenheit einiger veralteter Aufklärungsflugzeuge vertreten war. Regie und Betrieb der ganzen Anlage waren ausschließlich deutsch. Der gesamte Komplex war nach außen sorgfältig abgesperrt und von sowjetischer Miliz bewacht. Das deutsche Personal hatte jedoch innerhalb wie außerhalb dieser Begrenzung volle Bewegungsfreiheit.

Das deutsche Personal setzte sich zusammen einmal aus dem ganzjährig in Lipezk stationierten „Stammpersonal“ (militärisch und zivil, fliegerisch und fliegertechnisch), das durchschnittlich etwa 60 Köpfe umfaßte; zum andern aus dem Personal der während der Sommermonate nach Lipezk verlegten militärischen Ausbildungslehrgänge (etwa 50 Köpfe). Hinzu kam schließlich das Personal der technischen Erprobung (zwischen 70 und 100 Köpfen), so daß während der Sommermonate mit einer durchschnittlichen Belegung durch etwa 200 Deutsche gerechnet werden konnte. Diese Zahl stieg während der Schwerpunktverlagerung auf die technische Erprobung nach 1950 auf etwa 300.

Führung und Organisation des Fliegerzentrums erfolgte nach rein militärischen Gesichtspunkten. Das zivile Personal ordnete sich in vorbildlicher Disziplin unter.

Die Aufgabenstellung für das Flugzentrum Lipezk ergab folgendes Programm:

1. Ausbildung des zivilen fliegenden Stammpersonals zu Jagdfliegern und Jagdfluglehrern;
2. Ausbildung des zivilen technischen Stammpersonals aller Sparten für leitende technische Stellen einer Luftwaffe;
3. Durchführung von Jagdfliegerlehrgängen für das aktive Personal der Reichswehr (Offiziere und „Jungmänner“);
4. Durchführung von Lehrgängen für Flugzeug-Beobachter (Offiziere);
5. Durchführung der taktisch-technischen Erprobung von Kriegsflugzeugen;
6. Sammlung von Erfahrungen taktischer, technischer und organisatorischer Art auf allen Gebieten.

Als zusätzliche Aufgabe kam hinzu: die Ausbildung von technischem Bodenpersonal der russischen Luftwaffe in laufenden Lehrgängen.

Der Schwerpunkt der Aufgabenstellung änderte sich im Lauf der Geschichte von Lipezk je nach den Planungen der Fliegerrüstung und in innerer Wechselwirkung mit den wachsenden Möglichkeiten einer freieren Betätigung in Deutschland (z. B. der Beobachterausbildung in Braunschweig seit 1931).

Der zeitliche Ablauf war etwa folgender:

1924 : Ausbau durch deutsches Personal und Material;

- 1925 : Beginn von Auffrischungslehrgängen für ehemalige Kriegs-Jagdflieger (bis 1927) sowie Neuausbildung des Stammpersonals zu Jagdfliegern und Jagdfluglehrern;
- 1926 : Beginn der Ausbildung von Reichswehroffizieren zu Jagdfliegern;
- 1928 : Beginn der Ausbildung von „Jungmärkern“ zu Jagdfliegern (bis 1933); Beginn der Beobachter-Lehrgänge (bis 1930); Aufnahme planmäßiger technischer Versuche und Erprobungen auf breiter Basis (bis 1933);
- 1930—1933: Jagdfliegerausbildung und technische Erprobung;
- 1933 : Auflösung von Lipezk.

Die Rote Luftflotte war in Lipezk vertreten durch eine größere Anzahl von Soldaten, die in besonderen fliegertechnischen Lehrgängen durch deutsche Lehrer (Werkmeister und Mechaniker) in allen technischen Sparten ausgebildet wurden. Die Lehrgangsteilnehmer bildeten zugleich die technischen Hilfskräfte, die in der täglichen Praxis des deutschen Flugbetriebes als Bodenpersonal verwendet wurden. Dazu kam eine ziemlich große Zahl von russischen Zivilarbeitern, die in den umfangreichen technischen und wirtschaftlichen Betrieben benötigt wurden.

Ein russischer Verbindungsoffizier als Vertreter der Roten Luftflotte stand dem deutschen Leiter gegenüber. Er wurde bald zu einem unentbehrlichen Helfer der deutschen Kolonie.

2. Die fliegerische Ausbildung in Lipezk.

a) Grundlagen und Besonderheiten der Ausbildung.

Durchführung und Ergebnis der Jagdflieger- und Beobachterausbildung hingen ab von den zur Verfügung stehenden materiellen und personellen Möglichkeiten sowie von den geistigen Grundlagen, auf denen sich die Ausbildung aufbauen mußte.

Die materiellen Voraussetzungen waren gegeben durch die zur Verfügung stehenden Zahlen und Typen von Flugzeugen. Diese veralteten von Jahr zu Jahr mehr; Bestand und Einsatzbereitschaft nahm zudem durch natürlichen Verschleiß laufend ab. Durch „Ausschlachten“ und Zusammenbau von noch brauchbaren Zellen und Motoren konnten nur in begrenztem Umfang „neue“ Flugzeuge bereitgestellt werden.

Mit Ersatz und Ergänzung aus der Heimat war nie zu rechnen. Denn es war weder fabrikatorisch noch finanziell möglich, die für die laufende Luftrüstung in Deutschland entwickelten Flugzeugtypen auch für die Ausbildung in Rußland zur Verfügung zu stellen. So klaffte hier eine von Jahr zu Jahr immer stärker fühlbar werdende Lücke zwischen der Qualität des für die Ausbildung verfügbaren fliegerischen Materiales und den Leistungen der für den taktischen Einsatz weiter entwickelten modernen Rüstungstypen. Damit klaffte zwangsläufig auch eine Lücke zwischen dem tatsächlichen Ausbildungsstand des fliegenden Personals und den theoretisch zu fordernden Ausbildungszielen. Man war sich dieser Diskrepanz durchaus bewußt, vermochte sie jedoch in der Praxis nicht zu ändern.

Die personellen Voraussetzungen waren gegeben durch das verfügbare Menschenmaterial. Mit dem Ansteigen der geheimen Rüstung wurde es indessen immer schwieriger, qualitativ voll befriedigendes Personal zu gewinnen. So sehr man in der Heimat auf Auslese bedacht war, so blieb wenig Spielraum für die Fortsetzung eines solchen Ausleseprozesses während und nach der Ausbildung in Rußland. Das in Lipezk ausgebildete fliegende Personal bildete eine feststehende Größe in der Rüstungsplanung. Es mußte daher in Kauf genommen werden, daß ein – tatsächlich sehr kleiner – Teil des fliegenden Personals, der nicht alle Anforderungen erfüllte, durch die gesamte Ausbildung in Lipezk durchgeschleust ward.

Die geistigen Grundlagen der Ausbildung waren veraltet. Zwar verfügten Lehrer und Schüler zu einem Teil noch über gewisse Kriegserfahrungen, die praktisch jedoch kaum mehr als subjektive Kriegserinnerungen bedeuteten. Ausbildungs- und Einsatzvorschriften aus der Endzeit des Kriegs waren vorhanden. Doch zwischen dem Kriegsende und dem Beginn der Wiederausbildung in Rußland lag eine unüberbrückbare Spanne von vielen Jahren (bei der Beobachterausbildung z. B. von 10 Jahren!). Technik und Taktik ausländischer Luftmächte hatten sich gerade in dieser Zeitspanne stürmisch weiterentwickelt.

Das Charakteristische der Ausbildung in Lipezk war nun, daß diese nicht auf der Basis erprobter Erfahrungsgrundsätze durchgeführt werden konnte, die sich zu einem feststehenden Ausbildungsprogramm verdichtet hatten. Es mußten aus der Praxis der Ausbildung heraus gleichzeitig deren theoretische Grundlagen erarbeitet, entwickelt und festgelegt werden. Aus den so gewonnenen Erkenntnissen formte sich erst ein Ausbildungssystem, das wiederum durch neue taktische Erprobungen bestätigt werden mußte.

Diese Wechselwirkung gestaltete die gesamte Ausbildung zu einem interessanten, abwechslungsreichen und befruchtenden Experiment. Die Voraussetzungen und Bedingtheiten der Ausbildungstätigkeit in Lipezk stellten alle Beteiligten vor immer neue Aufgaben. Durchführung und Ergebnis sind daher nicht mit dem Maßstab zu messen, der an die normale Ausbildungstätigkeit einer bestehenden Luftwaffe gelegt werden muß. Um so höher ist zu bewerten, was unter Erschwerungen aller Art durch Improvisation, Phantasie und durch ein bewegliches System von Aushilfen tatsächlich erreicht worden ist: die Bereitstellung von gut ausgebildetem, in der fliegerischen Praxis erfahrener Personal für Jagd- und Aufklärungsverbände einer zukünftigen Luftwaffe.

Auf der anderen Seite wurden unvermeidliche Mängel wieder ausgeglichen durch Vorteile, die weniger auf dem Gebiet der technischen Möglichkeiten und der Ausbildungsmethoden lagen als auf dem des psychologischen Milieus jener Jahre.

Der Flieger ist in besonderem Maße ein Mensch der inneren wie der äußeren Freiheit. Je mehr ihm beide Freiheiten offenstehen, um so stärker entwickelt sich in ihm die fliegerische Passion und damit die persönliche Leistung. Die geographische, politische und berufliche Enge des damaligen Deutschland war hinter dem Flieger von Lipezk versunken. Sein erhöhtes Lebensgefühl in der Weite des russischen Raums kannte weder Gefahren noch Unmöglichkeiten.

Aus solchen psychologischen Bedingungen heraus entwickelte sich in Lipezk aus einem Schulbetrieb eine „Forschungsstätte“, in der das Nebeneinander von Lehrer und Schüler durch ein Miteinander gemeinsamer Arbeit und Zielstrebigkeit ersetzt wurde: durch die des Suchens und des Erprobens neuer Ideen und ihrer Verwirklichung. Es ergaben sich so Möglichkeiten einer ursprünglich-schöpferischen Tätigkeit, wie sie Soldaten selten und nur dann vergönnt ist, wenn überkommene Grundlagen fraglich geworden sind oder ein völlig neuer Anfang gefunden werden muß.

Aus solcher geistigen Umwelt heraus wurden in Lipezk Ausbildung, Taktik, Organisation und Technik gestaltet. Es ging nicht nur um Einzelprobleme, sondern um eine alles umfassende Neuordnung. In dieser Tatsache liegt vielleicht das wichtigste Ergebnis der Ausbildung in Rußland begründet. Es wurden die geistigen Grundlagen einer zukünftigen Luftwaffe in der fliegerischen Praxis erarbeitet.

b) Die Ausbildung der Jagdflieger.

Das Personal der Jagdfliegerausbildung setzte sich aus verschiedenen Kategorien zusammen. Da war zunächst eine Gruppe von Offiziersjagdfliegern aus dem Weltkrieg, dann das zivile Stammpersonal, schließlich junge Offiziere der Reichswehr, und endlich als Kern die „Jungmärker“. — Aus der Reihenfolge der Aufzählung, die sich mit der zeitlichen Reihenfolge der Ausbildung der einzelnen Kategorien deckt, wird ersichtlich, daß eine fortschreitende Verjüngung der Jagdflieger durchgeführt wurde. Es hatte sich erneut bestätigt, daß die Flugfrische gerade der Jagdflieger infolge der starken psychischen und physischen Beanspruchungen stärker an das Lebensalter gebunden ist als bei jeder andern Kategorie von Flugzeugführern. Es kam die weitere Überlegung hinzu, daß ein Jagdflieger auch deshalb in möglichst jungen Jahren ausgebildet werden mußte, damit er möglichst lange als Jagdflieger in der personellen Fliegerausrüstung eingesetzt werden konnte. Das Erfahrungsergebnis war, daß seit 1928 nur noch die gerade schulentlassenen „Jungmärker“ ausgebildet worden sind. Sie haben sich vorzüglich bewährt.

Während die aktiven und zukünftigen Angehörigen der Reichswehr nur in den Sommerlehrgängen ausgebildet wurden, flog das zivile Stammpersonal ganzjährig. Aus ihm war bereits 1925 eine sogenannte „Jagdlehrstaffel“ gebildet worden, welche nach Abschluß der eigenen Ausbildung im Lauf der folgenden Jahre durch Erprobung der taktischen Einsatzmethoden und Kampfformen die Grundlagen für eine Ausbildung der Jagdflieger erarbeitete. Diese Erprobung fand vorwiegend im Winterhalbjahr statt (bei Schnee wurden die Flugzeuge auf Kufen gesetzt), während die Staffelangehörigen im Sommer als Jagdfluglehrer eingesetzt wurden.

Die Ausbildung der Jagdlehrgänge erfolgte nach den üblichen Leitsätzen einer organischen Steigerung des taktischen Fliegens vom Einzelflug über die Kette bis zum Staffilverband. Der Staffilverband (9 Flugzeuge) war die größte geschlossene Einheit, in der in Lipezk geflogen wurde; bei Luftkampfübungen konnten 2 Staffeln gegeneinander arbeiten.

Die Flugzeuglage war zahlenmäßig noch relativ günstig. Jedoch veralteten und

verbrauchten sich die holländischen „Fokker D-XIII“ mehr und mehr. Vor allem war die Ausbildung in großen Höhen infolge der geringen Steigleistungen der englischen „Napier“-Motoren wie infolge Mangels an Sauerstoffgeräten unzureichend. Es war zum Teil eine Folge dieses rein technischen Zwanges, daß sich der Schwerpunkt der Ausbildung immer mehr auf das Gebiet der Tiefangriffe verlagerte. Doch wurde auch ihre taktische Bedeutung frühzeitig erkannt. Bereits Ende der 20er Jahre wurden die Jagdmaschinen zusätzlich mit Bombenabwurfteinrichtungen versehen und taktisch erprobt, womit der erste „Jabo“ (= Jagdbomber) geschaffen war.

Dem straffen Ausbildungssystem und der fliegerischen Disziplin der Lipezker Jäger war es zu verdanken, daß trotz des rücksichtslosen, fast kriegsmäßigen Einsatzes die unvermeidlichen Verluste gering blieben. Das Ergebnis der Jagdfliegerausbildung in Lipezk von 1925 bis 1933 war die Bereitstellung von rd. 120 vorzüglich ausgebildeten Jagdfliegern, die – wie sich später erwies – nach einer ganz kurzen Umschulung auf modernsten Jagdmaschinen einsatzbereit waren.

c) *Die Ausbildung der Flugzeugbeobachter.*

Die Schüler der Ausbildungslehrgänge waren ausnahmslos taktisch geschulte Offiziere der Reichswehr mit Truppenerfahrung in Krieg und Frieden. Die meisten von ihnen waren schon im Krieg als Flugzeugführer oder Beobachter geflogen. Damit schienen zunächst besonders günstige Voraussetzungen für die Ausbildung gegeben. Es wurde jedoch bald erkennbar, daß die Flugfrische der älteren Offiziere rasch nachließ. In der Folgezeit wurden daher nur noch sehr junge, taktisch geschulte, aber fliegerisch noch nicht vorgebildete Offiziere in die Beobachterausbildung übernommen.

Die Ausbildungsdauer betrug 1 Jahr. Bei der halbjährigen Vorausbildung in Berlin hatte der Schwerpunkt auf der Theorie der Lufttaktik und auf der praktischen Beherrschung der Funktechnik gelegen. Ihr folgte die ebenso lange praktisch-fliegerische Ausbildung in Lipezk. Diese zeitliche und örtliche Trennung von theoretischer und praktischer Ausbildung war eine sich aus den Verhältnissen ergebende Notlösung, deren Nachteile in Kauf genommen werden mußten.

Die günstigen klimatischen Verhältnisse des Großraums um Lipezk erlaubten an sich ein Optimum an Flugstunden. Doch litt die Ausbildung des Einzelnen in der Luft unter dem immer krasser werdenden Mißverhältnis zwischen der Zahl der Beobachter und der einsatzbereiter Flugzeuge. Zudem beeinträchtigte auch hier die geringe Steigfähigkeit der veralteten Maschinen sowie der Mangel an Sauerstoffgerät die Ausbildung in kriegsmäßigen Höhen.

Trotz aller Erschwerungen wurde die Ausbildung intensiv durchgeführt, vor allem in Navigation, Funk-, Bild- und Schießpraxis, in geringerem Umfang auch im Bombenwurf. Die Anwesenheit von Jägern auf dem gleichen Platz erlaubte ein enges Zusammenarbeiten bei Luftkampfübungen.

Den Höhepunkt der Beobachterausbildung bildete die Verlegung des ganzen Lehrgangs auf einen russischen Truppenübungsplatz in der Nähe von Woronesch. Hier war die Möglichkeit gegeben, taktisches Fliegen in Zusammenarbeit mit rus-

sischen Erdtruppen zu üben, vor allem Artillerie einzuschießen. Dabei wurden neue Einschießverfahren für Artilleriefieger ausgearbeitet und praktisch erprobt. Ein weiterer Gewinn lag in der Tatsache, daß der Flugbetrieb unter den primitivsten feldmäßigen Verhältnissen durchgeführt werden mußte, so daß die Offiziere an erschwerte Arbeitsbedingungen, wie sie im Ernstfall wahrscheinlich sind, gewöhnt wurden.

Gerade auch in Woronesch war der einzelne Flug nie Selbstzweck der Ausbildung, sondern stets Mittel zum Zweck der Schaffung theoretischer und praktischer Grundlagen für Einsatz und Einsatzvorschriften.

Das zahlenmäßige Gesamtergebnis der Beobachterausbildung in Lipezk war von 1928 bis 1930 die Bereitstellung von rd. 100 Offizier-Flugzeug-Beobachtern für Aufklärungsverbände.

3. Die technische Erprobung in Lipezk.

Die „Erprobungsgruppe“ wechselte jährlich in Stärke und Zusammensetzung je nach der Schwerpunktbildung in der Aufgabenstellung der einzelnen Rüstungsphasen. Sie umfaßte unter Leitung von Offizieren des Heereswaffenamtes technische Spezialisten aller Sparten, die teils aus den fliegertechnischen Abteilungen dieses Amtes und dessen Erprobungsstelle Rechlin, teils aus verschiedenen zivilen Produktionsfirmen stammten. Das Personal kam in kleinen Gruppen auf dem Landweg über Moskau, die Rüstungsflugzeuge wurden aus Deutschland überflogen, das übrige Material kam auf dem Seeweg über Leningrad.

Zu diesem Material gehörten – neben den Flugzeugen selbst – alle die Geräte und Einrichtungen, die zur militärischen Ausrüstung der Kriegsflyzeuge gehörten. Auch diese Geräte waren in Deutschland so weit erprobt, als es ohne Gefährdung der Tarnung möglich gewesen war. Als Beispiel: Bildgerät konnte in der Heimat voll erprobt werden, da seine Herstellung erlaubt und ziviler Bedarf für Luftbildunternehmen und für Exportzwecke gegeben war. Dagegen konnten u. a. Bomben, Bordwaffen, optisches Gerät, wie Bombenzielgeräte oder Spiegelreflexvisiere für Jagdflugzeuge, nur im taktischen Einsatz aus und in der Luft in Rußland erprobt werden.

Bei dieser in Lipezk stattfindenden „Fronterprobung“ handelte es sich im wesentlichen um diejenigen Flugzeugmuster mit ihrer militärischen Ausrüstung, die nach entsprechender Prüfung als reif für die Serienfertigung durch die Industrie erklärt werden konnten. Diese selbst wurde jedoch nicht durchgeführt, zumal sie zur Ansammlung rasch veraltenden fliegerischen Geräts geführt haben würde. Es wurden nur alle technischen Grundlagen für die Serienfertigung ausgearbeitet und bereitgelegt.

Die Richtigkeit dieses Prinzips bestätigte sich, als man nach der Erprobungsperiode 1931 sich entschloß, trotz der unaufhaltsam fortschreitenden Entwicklung von Taktik und Technik das in diesem Jahr bewährte Material, d. h. die Flugzeugmuster mit ihren Einbauten als Standardtypen der Luftrüstung anzunehmen. So kam es, daß je 2 Typen von Fernaufklärern (zugleich als leichte Bomber verwend-

bar), von Nahaufklärern und von Jagdflugzeugen in dem Augenblick erprobt und serienreif zur Verfügung standen, als 1933 der Aufbau der neuen Luftwaffe begann.

VI. DIE TARNUNG DER ILLEGALITÄT.

Die Fliegerorganisation der Reichswehr in Rußland bildete mit ihrer Heimatorganisation eine untrennbare innere Einheit, die wiederum nur ein Ausschnitt aus der umfassenden Gesamtorganisation der Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee war. Diese stand unter dem Zeichen der Illegalität, diesseits wie jenseits der Grenzen, und damit unter dem Zwang zur vollkommenen Tarnung. Die Einzelheiten der Zusammenarbeit und die sie umgebende Atmosphäre können nur verstanden werden, wenn die Darstellung der illegalen Tatsachen ergänzt wird durch eine Skizzierung der tatsächlichen Tarnung der Illegalität.

Die außergewöhnlichen Umstände einer zwischenstaatlichen Zusammenarbeit, die nach innen und außen geheimzuhalten war, erzwangen eine Reihe von außergewöhnlichen Maßnahmen. Wollte man die vielfältigen Methoden der Tarnung auch nur einigermaßen lebensnah zu schildern versuchen, so müßte man sich einer Darstellungsform bedienen, die den Rahmen einer nüchternen geschichtlichen Rückschau sprengen würde.

Trotzdem soll nicht darauf verzichtet werden, wenigstens einige Probleme der Tarnung zu streifen, weil erst damit die Schwierigkeiten sowohl wie die Leistungen ins rechte Licht treten.

Zunächst lag gemäß den politisch-geographischen Voraussetzungen zwischen den beiden Organisationsräumen Deutschland und Rußland ein Gürtel fremder Hoheitsgebiete auf der Erde, auf See und in der Luft. War Polen damals als politisch feindlich zu bezeichnen, so konnten die 3 baltischen Randstaaten immerhin als neutral bewertet werden. Westlich dieses trennenden Ländergürtels wurde auf deutschem Boden jede militärische Betätigung mißtrauisch von zwei Seiten her überwacht, von den offiziellen und inoffiziellen Organen der alliierten Kontrollkommissionen wie von Teilen der deutschen Öffentlichkeit. Östlich des „Eisernen Vorhangs“ aber forderte der sowjetische Partner aus außen-, vor allem aber aus innerpolitischen Gründen größte Vorsicht und Zurückhaltung. So lag zwischen den beiden Aktionsräumen der Reichswehr ein breiter Streifen von gefährlichen Grenzen und Hindernissen.

Es galt also, mit einem wohlorganisierten System der Geheimhaltung alle Organe des Rußlandkomplexes eng zusammenzubinden. Dieser Organismus umfaßte den Chef des Truppenamtes im Reichswehrministerium in Berlin ebenso wie den jüngsten Panzerfahrer oder Flugzeugmechaniker in Rußland; den Reichswehroffizier nach seinem Ausscheiden aus dem Heer ebenso wie den zivilen „Jungmärker“ vor seinem Eintritt in den aktiven Dienst. Mit einer Verschwiegenheit, die letzten Endes nur Ergebnis freiwilligen Entschlusses sein konnte, wurden die in der illegalen Tätigkeit liegenden Risiken für Leben und Existenz in Kauf genommen. Denn es bestand kein Zweifel, daß im Falle der Aufdeckung des ganzen Systems schwerwiegende inner- wie außenpolitische Auswirkungen zu erwarten waren, denen gegen-

über die beteiligten offiziellen Stellen ihr „Gesicht wahren“ mußten. Über die persönlichen Konsequenzen für die wirklichen Akteure war sich jeder klar.

Die Verschwiegenheit wurde im Ministerium selbst fast zu einem Kult gestaltet. Auch in den unmittelbar beteiligten Dienststellen waren nur diejenigen Offiziere unterrichtet, deren Mitarbeit unbedingt benötigt wurde. Alle Fäden liefen in jener bereits erwähnten geheimen Zentrale für Rußlandangelegenheiten zusammen. Von ihr wurde – unter andern Aufgaben – auch der gesamte personelle und materielle Verkehr zwischen Deutschland und Rußland gesteuert. Diese Aufgabenstellung ging jedoch in der Praxis weit über die Möglichkeiten einer militärischen Kommandostelle hinaus, mußten doch sowohl zivile Behörden wie Verkehrsorganisationen, Firmen und Privatpersonen eingeschaltet werden.

Als Aushilfe hatte die Zentrale in Berlin daher zwei als öffentlich-rechtlich eingetragene Handelsgesellschaften getarnte Außenstellen eingerichtet. Unter dem Deckmantel eines privatwirtschaftlichen Handelsverkehrs mit der Sowjetunion unterhielten diese „Firmen“ die Verbindung mit der Gegenzentrale in Moskau („Z. Mo.“). Beide Stellen waren die eigentlichen Träger des gesamten Verkehrs über die Grenzen in beiden Richtungen.

Vor allem die Materialtransporte hatten, besonders während der zeitlich gestaffelten Aufbauperioden der einzelnen Stützpunkte, einen ungeheuren Umfang angenommen. Bis zum letzten Nagel beruhte die Arbeit auf deutschem Import, da die Russen aus ihrem Lande nur das Rohbaumaterial lieferten (Stein und Holz). Doch machten Transporte solcher Art keine ernsthaften Schwierigkeiten. Anders verhielt es sich mit der alljährlichen Überführung von Ausbildungs- und Erprobungsmaterial von Deutschland nach Rußland und zurück. Mit dem wachsenden Umfang von Ausbildung und Erprobung nahmen diese Transporte immer größere Ausmaße an. Im gleichen Maße stiegen die Schwierigkeiten der Tarnung. Denn ein großer Teil des zu befördernden Materials trug mehr oder weniger deutlich militärischen Charakter. Die Steuerung dieser Transporte wurde daher im Zusammenhang mit den politischen und verkehrstechnischen Gegebenheiten zu einem besonders komplizierten Problem.

Polen schied von vornherein als Durchgangsland aus. Für den Landtransport stand somit nur die Eisenbahnstrecke Königsberg–Kowno–Dünaburg–Smolensk–Moskau zur Verfügung. Sie führte durch Litauen und Lettland, was praktisch hieß, daß sie sechs verschiedenen Grenz- und Zollkontrollen unterlag. Diese waren möglichst zu vermeiden, nicht zum wenigsten auch – die deutschen. Infolgedessen beschränkten sich die Materialtransporte auf dem Landweg im wesentlichen auf solche Güter, die im Rahmen des normalen Warenaustausches zwischen Deutschland und Rußland im Transit durch zwei Zwischenstaaten noch unauffällig verfrachtet werden konnten.

Der Luftweg kam nur für gelegentliche Transporte besonders hochwertiger Güter in Frage, da kein echter Lufttransportraum zur Verfügung stand. In erster Linie wurden die Maschinen für Ausbildung und Erprobung in größten Höhen und ohne Zwischenlandung in den Randstaaten überflogen.

So lag der Schwerpunkt auf dem Seetransport, der freilich jahreszeitlichen Beschränkungen je nach der Eislage im Finnischen Meerbusen unterworfen war. Die Masse der Güter ging vom Freihafen Stettin nach Leningrad. Aber auch dieser Weg hatte seine Schwierigkeiten. Besonders geheimes und nicht zu tarnendes oder gefährliches Gerät wie Flugzeugsbomben und sonstige Munition konnten nicht in Stettin verladen werden. Dieses Material wurde irgendwo auf kleinen Seglern, die mit Offizieren bemannt waren, verfrachtet, und „schwarz“ über die Ostsee gefahren. Totalverluste waren dabei nicht zu vermeiden. Auf den Gegenkursen ergaben sich Schwierigkeiten anderer Art. So mußten z. B. die Särge mit den Leichen der in Lipezk abgestürzten Flieger in Kisten verpackt und als „Maschinenteile“ deklariert werden. Sie wurden aus dem Freihafen Stettin mit Hilfe einiger ins Vertrauen gezogener Zollbeamter herausgeschmuggelt. Die illegale Seetransportorganisation der Reichswehr beschränkte sich jedoch nicht nur auf den Weg von Stettin nach Leningrad und zurück. Sie brachte es unter anderem auch fertig, Flugmotoren englischen Ursprungs aus Rußland zur Reparatur im Herstellerwerk nach England zu verschiffen und dort wieder abzuholen. Auch hierbei blieb die Tarnung gewahrt.

Die Tarnung des personellen Verkehrs war ebenfalls bis ins Letzte durchorganisiert. Alle Offiziere, die zu längerem Aufenthalt nach Rußland reisten, wurden vorher mit ihrem Einverständnis verabschiedet und offiziell aus der Rangliste gestrichen. Niemand, auch nicht die nächsten Angehörigen, durften über die wahren Gründe des Ausscheidens und den neuen Beruf unterrichtet werden. Eine sorgfältig durchdachte und individuell gestaltete „Sprachregelung“ stellte die Tarnung auf diesem Sektor sicher. Zwar war die Wiedereinstellung nach Rückkehr zugesagt, doch bestand kein gesetzlicher Anspruch dieser Art, keinesfalls konnte er mit rechtlichen Mitteln erzwungen werden; zumal dann nicht, wenn in der Zwischenzeit das Tarnungssystem etwa zerrissen worden sein sollte. Darin lag ein Teil des persönlichen Risikos, das zu übernehmen war.

Die Reise erfolgte mit echten Pässen und gültigen Transitvisen. Nur die Namen und Berufsangaben waren falsch. Selbst die Kleidung war individuell festgelegt, um eine zu auffällige zivile Uniformität zu vermeiden. Die kleinen Gruppen von Reisenden, die stets mit dem Nordexpress Paris-Riga fuhren, wurden bereits auf lettischem Boden in Dünaburg durch Organe des sowjetischen „Inturist“ unauffällig betreut. Die Grenz- und Zollkontrolle auf der sowjetischen Grenzstation wurde bei den durch ein vorzüglich funktionierendes Meldesystem stets angekündigten Reichswehr-Reisenden höflich und großzügig durchgeführt. Diese privilegierte Behandlung stand in auffälligem Gegensatz zu der der spärlichen echten Zivilreisenden, welche den „Eisernen Vorhang“ zu jener Zeit durchschreiten konnten.

Die Rückreise erfolgte teils auf gleichem Weg, teils in größeren Gruppen auf sowjetischen kombinierten Fracht- und Passagierschiffen von Leningrad über die Ostsee. Dieser letztere Weg vermied zwar zwei Transitländer, barg aber andere Gefahren in sich, namentlich die Zoll- und Grenzkontrollen in den deutschen Häfen. Aber auch solche Schwierigkeiten wurden überwunden, indem man z. B. bei Nacht über die Dämme des Kaiser-Wilhelm-Kanals unbemerkt an Land ging.

Entscheidend für die Aufrechterhaltung der Tarnung in Rußland selbst war die Tätigkeit der „Zentrale Moskau“. Sie war das geheimnisvolle Schaltwerk der Reichswehrregie in Rußland. Trotzdem das schlichte Gebäude in der einst vornehmen Worowskaja Uliza unmittelbar neben einer ausländischen diplomatischen Mission sich befand, blieb die Tätigkeit in seinem Innern durch 10 Jahre hindurch wenn auch nicht unbeobachtet, so doch ungestört. Z. Mo. führte nicht nur die umfangreichen Materialtransporte und die zentrale Beschaffung des Bedarfs in Rußland selbst, sowie die Verhandlungen über große und kleine Fragen mit den sowjetischen Zentralstellen durch, sondern übte auch die vielseitigen Funktionen eines „Reisebüros“ aus, in dem die zahlreichen Rußlandfahrer vom Augenblick der Ankunft in Moskau bis zur Vorbereitung der Ausreisen sorgfältig betreut wurden. Hier war ferner die Zentrale eines regelmäßigen Kurierdienstes, der alle Stützpunkte mit der Heimat verband. Für die Beförderung der dienstlichen und privaten Post nach und von Deutschland stand der diplomatische Kurierdienst der Deutschen Botschaft bzw. des Auswärtigen Amtes zur Verfügung. Hier war schließlich auch die Finanzzentrale der Reichswehr in Rußland, wie schon ausgeführt worden ist. In ihren vielseitigen Aufgaben wurde Z. Mo. von den sowjetischen Zentralstellen verständnisvoll unterstützt.

In Zusammenfassung der geschilderten Maßnahmen läßt sich sagen, daß die Tarnung diessseits wie jenseits des „Eisernen Vorhangs“ bis zuletzt gewahrt geblieben ist.

VII. EINDRÜCKE UND ERFAHRUNGEN AUS DER ZUSAMMENARBEIT MIT DER ROTEN ARMEE.

1. Psychologische Ausgangslage.

Zwar bestanden zwischen Deutschland und der Sowjetunion, die beide einen Krieg verloren hatten und sich als Parias der damaligen Welt isoliert fanden, gewisse Gemeinsamkeiten. Aber die Ausführung der militärischen Vereinbarungen, die alljährlich ergänzt und ausgebaut wurden, erwies sich in vieler Hinsicht als schwierig. Das lag einmal an der noch im vollen Gang befindlichen revolutionären Entwicklung der sowjetischen Staats- und Gesellschaftsordnung, zum anderen an psychologischen Voraussetzungen.

Zwischenstaatliche Vereinbarungen bleiben erfahrungsgemäß auch bei sorgfältiger Formulierung ihrer Einzelheiten auslegungsfähig. Man machte bald die Erfahrung, daß der Sowjetrusse vermeidet, sie de jure zu brechen, aber geneigt ist, sich de facto seinen Verpflichtungen, soweit zweckmäßig, zu entziehen, während er gleichzeitig starr auf Erfüllung seitens des Andern beharrt. Diese frühzeitig gewonnene Erkenntnis wurde im Lauf der Jahre immer wieder bestätigt.

So führte der Russe alle damaligen Verhandlungen mit einer gewissen reservationalis. Zudem blieb die Tatsache, daß das besiegte Deutschland der Besieger des eigenen Landes gewesen war, ein gefühlsmäßiges Hemmnis. Die Erkenntnis der – nach sowjetischer Auffassung vorläufigen – kulturellen und technischen Rückständigkeit des Ostens gegenüber dem Westen bildete weiterhin eine Quelle nationalen Ressentiments. Und schließlich blieb im Russen stets die latente Befürchtung wach,

nicht auf der Basis von Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit behandelt, also letzten Endes doch „betrogen“ zu werden. Diese Sorge wurde zum Komplex einer Mentalität, die der Russe aus seinem eigenen Bewußtsein auf die des Westens projizierte.

Das Ergebnis war ein der deutschen militärischen Seite unverständlicher Grad von Mißtrauen, das weiterhin genährt wurde durch die Besorgnis, die im Lande offen in Erscheinung tretenden Mißstände würden den Besuchern aus dem Westen nicht verborgen bleiben. Die aus solchen Ressentiments geborenen Minderwertigkeitskomplexe wurden oft abrupt abgelöst durch ein Überlegenheitsbewußtsein, das in der altrussischen, durch die Revolution nur verstärkten Idee der Berufung zu einer im tiefsten religiös bestimmten Menschheitsmission wurzelte. Das gleiche Bewußtsein führte aber auch zur Bedenkenlosigkeit in der Wahl der Mittel, wenn der politisch-weltanschaulich bestimmte Zweck sie zu rechtfertigen schien. Alle diese und andere Faktoren ließen bei Verhandlungen und Gesprächen eine seltsam widerspruchsvolle Atmosphäre entstehen, deren fühlbare Auswirkung die weitgehende Unberechenbarkeit des Denkens und Wollens der andern Seite war.

Zu dieser inneren Verfassung gesellte sich eine äußere Verhandlungsform, die durch starren Schematismus, umständlichen Bürokratismus, und, wenn dies zweckmäßig schien, durch lähmende Langsamkeit gekennzeichnet war. Vereinbarungen waren selten endgültig. Auf der mittleren Ebene wich man dem Abschluß letzten Endes durch die Erklärung der eigenen „Unzuständigkeit“ und die Berufung auf eine höhere Entscheidung aus, die oft genug nicht eintraf.

Mit solchen Imponderabilien war bei der Zusammenarbeit zu rechnen. Sie erforderten auf deutscher Seite eine besonders geduldige Verhandlungstaktik und den Versuch immer erneuter Einfühlung in die rätselhafte Psyche des Partners.

2. Zusammenarbeit auf taktischem Gebiet.

Die praktische Auswirkung dieser psychologischen Situation wurde frühzeitig erkennbar. Die Russen versuchten mit allen Mitteln der deutschen Seite tieferen Einblick in ihre militärischen Verhältnisse zu verwehren; sie versuchten, sich möglichst einer Gegenleistung zu entziehen, oder sie wenigstens zu verzögern. Umgekehrt waren sie bestrebt, in größtmöglichem Umfang in den deutschen Bereich Einblick zu gewinnen. Dies wurde von der Reichswehr weitgehend ermöglicht. So nahmen sowjetrussische Generale und Generalstabsoffiziere an der getarnten Generalstabsausbildung des Reichswehrministeriums in Berlin teil; sie konnten ohne Beschränkung die deutschen taktischen und operativen Grundsätze und Vorschriften studieren. Dabei war immer wieder festzustellen, daß die sowjetischen Offiziere die deutschen Lehrgangsteilnehmer an Lerneifer fast übertrafen. Sie eigneten sich die deutschen Vorschriften trotz der sprachlichen Schwierigkeiten in einem Maße an, das sie schließlich den meisten ihrer deutschen „Mitschüler“ überlegen machte. Allerdings – und das schien typisch zu sein – bezog sich diese Beherrschung des Stoffes mehr auf die gedächtnismäßig-formale Erlernung als auf die inhaltliche Durchdringung und Anwendung. – In zunehmendem Maße nahmen

andere Offiziere der Roten Armee, später auch der Roten Luftflotte, an Generalstabsreisen, Kriegsspielen, Truppenübungen und -versuchen in Deutschland teil.

Der Reichswehr fehlte auf der andern Seite die Möglichkeit, die entsprechende Entwicklung russischer Führungsgedanken und ihre praktische Verwirklichung kennenzulernen; an sowjetischen Generalstabsreisen und ähnlichen Schulungs- und Forschungsvorhaben teilzunehmen gelang nie.

Auch Manöverbesuche waren von Anfang an der russischen Seite zugestanden worden. Seit 1925 nahmen umgekehrt höhere Offiziere der Reichswehr an größeren Truppenübungen der Roten Armee teil. Sie erschienen aus Geheimhaltungsgründen zunächst in Zivil und als „Kommunistische deutsche Arbeiterdelegationen“ getarnt, während in späteren Jahren die Besuche in Uniform erfolgten. Doch die organisierte und geführte Teilnahme an Manövern gibt fremden Beobachtern niemals einen wirklichkeitsechten Einblick in die wahren Verhältnisse, am wenigsten in der Heimat der „Potemkinschen Dörfer“!

Der Austausch der geistigen Grundlagen auf dem Gebiet der Kriegführung war somit durchaus einseitig; die Deutschen gaben, die Russen nahmen. Sämtliche Vorschriften, alle taktischen und operativen Studien, die Richtlinien für Ausbildung und Einsatz, selbst die organisatorischen Planungen der illegalen Aufrüstung, kurz ein Material, das in der Reichswehr selbst strengster Geheimhaltung unterlag, wurde Moskau zur Verfügung gestellt. Dies geschah ohne Vorbehalte und ohne Gegenleistung.

Die taktische Zusammenarbeit in der Truppenpraxis, soweit sie im Bereich des Flugzentrums Lipetz zur Auswirkung kam, blieb ebenfalls in relativ bescheidenen Grenzen. Die Initiative dazu ging immer wieder und ausschließlich von deutscher Seite aus.

Ein Zusammenwirken in der Luft, das für die deutsche Seite aus taktischen und technischen Gründen besonders bedeutungsvoll gewesen wäre, kam nach langen Verhandlungen nur einmal zu begrenzter Verwirklichung. Das immer wieder angestrebte Vergleichsfliegen deutscher und russischer Jagdverbände, das der Erprobung der beiderseitigen Luftkampftaktik dienen sollte, wurde zugesagt, verzögert, verschoben und schließlich abgesagt. Die Gründe der Ablehnung waren in diesen wie in andern Fällen weniger durch die sonst fast krankhaft in Erscheinung tretende „Spionenfurcht“, als durch die Besorgnis bedingt, Einblick in eigene Schwächen und Unzulänglichkeiten gewähren zu müssen.

Im Rahmen der Beobachterausbildung war immer wieder versucht worden, Einsatzaufträge jeder Art in Verbindung mit russischen Truppenübungen zu lösen, um eine wirklichkeitsnahe Ausbildung zu erzielen. Es gelang zwar, diese Zusammenarbeit, vor allem im Raum um Woronesch, befriedigend durchzuführen, jedoch kam es trotz genauester Vereinbarung von Zeit und Raum immer häufiger vor, daß die deutschen Flugzeuge eingesetzt wurden –, die russischen Erdtruppen aber nicht erschienen.

Von größerem Wert war die Zusammenarbeit mit der russischen Artillerie. Es wurden nicht nur eine vollständige Ausbildung der Beobachter auf diesem Sonder-

gebiet und die Gestaltung neuer Einschießverfahren erreicht. Bei der engen Zusammenarbeit, die zumeist harmonisch verlief, gelang es zugleich, Einblick in den ausgezeichneten Ausbildungsstand der russischen Artillerie zu gewinnen. Aber auch hier kam es mit zunehmender Häufigkeit vor, daß die deutschen Flugzeuge funklar über dem Ziel waren, während die russischen Batterien nicht antworteten. Die Absichtlichkeit solcher von den Russen stets höflich bedauerter „Mißverständnisse“ war nie nachzuweisen; doch waren sie kaum aus sprachlichen Verständigungsschwierigkeiten zu erklären.

Diese und zahlreiche andere, sich immer häufiger wiederholende Erfahrungen des Ausweichens ließen auf ein russisches Desinteressement an der deutschen Beobachterausbildung schließen. Als jedoch nach 1930 die Beobachterausbildung nach Deutschland verlegt wurde, löste diese Maßnahme einen unverkennbaren Schock auf der andern Seite aus. Die Russen sahen in ihr den Beginn eines sich möglicherweise fortsetzenden Abbaus von Lipezk, sowie vor allem wohl ein Symptom der zunehmenden Bewegungsfreiheit in Deutschland, die den Wert des deutsch-russischen militärischen Austausches mindern mußte. Trotzdem war die Reichswehr im folgenden Jahr einigermaßen überrascht, als die Russen bei den routinemäßigen Verhandlungen in Moskau plötzlich ihr größtes Interesse an der deutschen Beobachterausbildung bekundeten und die Rückverlegung nach Lipezk beantragten. Darüber hinaus stellten sie noch eine völlig neue, früher nie diskutierte Forderung auf: Die Reichswehr, so wünschten sie, sollte in Zukunft auf breiter Basis „Geschlossene Nachtbombenverbände“ in Rußland ausbilden. Der Grund dieses Wunsches war wohl die Annahme, die Existenz solcher Bomber, die tatsächlich nicht zur Verfügung standen, sei ihnen bisher verheimlicht worden.

Dieser Fall schien typisch für die russische Mentalität und Verhandlungstaktik zu sein. Er zeigte, wie militärisch-fachliche Fragen nicht zu trennen waren von politischen Überlegungen, aber auch nicht von dem latenten Mißtrauen in die Aufrichtigkeit des Andern.

Die Ablehnung der neuen Forderungen wurde ausgeglichen durch die Zusage, daß Lipezk als technischer Erprobungsplatz nicht nur weiterbestehen, sondern in gesteigertem Umfang ausgenützt werden sollte. Dies entsprach sowohl den eigenen Absichten und Bedürfnissen, wie auch den schon seit langem erkennbaren Wünschen der Russen. Ihr Interesse hatte sich im Lauf der Jahre in zunehmendem Maße vom fliegertaktischen auf den fliegertechnischen Sektor verlagert.

3. Zusammenarbeit auf technischem Gebiet.

Auch auf dem Gebiet der Technik war ein wechselseitiger Austausch von Anfang an vereinbart. Aber auch er entwickelte sich ziemlich einseitig zugunsten der russischen Seite. Das lag – wenigstens in den ersten Jahren – weniger an dem Bestreben, den Deutschen Wesentliches vorzuenthalten, als vielmehr an der Tatsache, daß in der Roten Luftflotte kaum etwas Erhebliches vorzuzeigen war.

Als symptomatisch für die Lage auf russischer Seite Ende der 20er Jahre mag eine Unterhaltung mit einem höheren sowjetischen Fliegeroffizier gelten, der anläßlich

einer der seltenen Besichtigungen russischer Flugzeuge auf die Primitivität ihrer Konstruktion und Ausrüstung angesprochen wurde. Seine aufschlußreiche, aber gesunden Menschenverstand verratende Antwort lautete: „Wir Russen haben es bis jetzt noch mit einem primitiven Menschenmaterial zu tun. Wir sind gezwungen, das Flugzeug dem Typ des Flugzeugführers, über den wir nun mal verfügen, anzupassen. In dem Maße, in dem es uns gelingt, einen neuen Menschentyp heranzuzüchten, wird auch die technische Entwicklung des Materials vervollkommen werden. Beide Faktoren bedingen einander. Man kann nicht primitive Menschen in komplizierte Maschinen setzen. Wir sind erst auf dem Wege einer Entwicklung zur ausgeglichenen Qualität beider Faktoren.“

In den späteren Jahren wurde die technische Entwicklung in der Roten Luftflotte forciert. Ihre Phasen im einzelnen zu verfolgen, wurde der deutschen Seite auf jede Weise erschwert. Umgekehrt interessierten sich die Russen in zunehmendem Maße für die technische Erprobungstätigkeit in Lipezk. Laufend beschäftigten sich kleinere Gruppen von Fliegeroffizieren und Technikern mit den Einzelheiten der deutschen Arbeiten. Später erschienen große Kommissionen von führenden Persönlichkeiten und Spezialisten aller Fachgebiete aus der luftwaffentechnischen Versuchsanstalt „Zagi“ und nahmen während der ganzen Erprobungsperiode an den technischen Versuchen teil.

Der abschließende Höhepunkt war stets Aufstellung und Vorführung des gesamten deutschen technischen Apparats vor einer russischen Kommission. So wurde auch das bereits erwähnte Erprobungsprogramm von 1931, das die Frontreife sämtlicher deutscher Rüstungsflugzeuge ergeben hatte, ohne jede Einschränkung vorgeführt. Dabei stand das technische Material nicht nur zur Besichtigung und Untersuchung zur Verfügung, sondern die Flugzeuge konnten von Piloten der Roten Luftflotte nachgeflogen werden. Übrigens zeigte sich dabei, daß die zweifellos besonders ausgesuchten Erprobungspiloten die ihnen fremden Maschinen ausgezeichnet beherrschten.

Bei allen Gelegenheiten wurde festgestellt, daß die russischen Fachleute äußerst interessierte Beobachter waren, und eine erstaunliche Beherrschung von technischen Einzelgebieten zeigten. Zweifelhaft blieb nur, inwieweit sie genug geistige Beweglichkeit besaßen, um das Einzelne im Gesamtzusammenhang zu sehen. So interessiert sie waren, so äußerten sie sich nie über die gewonnenen Eindrücke, weder positiv, noch negativ. Sie vermieden es sorgfältig, Erstaunen, Überraschung, Anerkennung, Zweifel, Ablehnung und ähnliche subjektive Stellungnahmen auch nur durch Haltung oder Mienenspiel erkennen zu lassen. Die Maske fiel nie.

Als Gegenleistung für deutsche Vorführungen erfolgte nur ein einziges Mal eine großangelegte Vorführung russischer Flugzeuge und fliegertechnischen Geräts auf dem Chodinkafeld bei Moskau. Die äußere Aufmachung war gut, der sachliche Gewinn klein. Nicht nur in diesem Fall, sondern auch bei sonstigen Gelegenheiten entsprach zwar die technische Aufmachung dem versprochenen Vorführungsprogramm. Tatsächlich jedoch hatte das gezeigte Material vorwiegend Museums-

Wirklich neue Flugzeugentwicklungen, über deren Existenz man auf deutscher Seite genau unterrichtet war, wurden zwar schließlich bestätigt und ihre Besichtigung nach dauerndem Drängen auch in Aussicht gestellt. Im letzten Augenblick verhinderten jedoch unvorhergesehene und stets tief bedauerte Schwierigkeiten die Erfüllung der deutschen Wünsche.

Die russische Seite bekam somit vollen Einblick in die deutsche Technik. Die Berichte der Kommissionen wurden durch die Tatsache ergänzt, daß Tag und Nacht russisches Personal in den deutschen Betrieben tätig war. Die Grenzen zwischen offiziellem Interesse und inoffizieller Orientierung verschwammen. Demgegenüber mußte sich die deutsche Seite darauf beschränken, in einige Randgebiete der russischen Luftwaffentechnik begrenzten Einblick zu erhalten.

4. Erfahrungen im persönlichen Bereich.

Die isolierte deutsche Kolonie in Lipezk war in der Gestaltung ihres persönlichen wie dienstlichen Lebens völlig abhängig von dem guten oder schlechten Willen der Roten Luftflotte. Diese hatte es in der Hand, die Deutschen zu einem Leben hinter Stacheldraht zu zwingen (wie es in einer andern deutschen Basis mehr oder weniger der Fall war), oder ihnen die gewünschten und gewohnten Freiheiten zu gewähren.

Trotz des systematischen Bestrebens der Sowjetrussen, Ausländern Einblick in die Verhältnisse des Landes zu verwehren, gab die Rote Luftflotte weitgehende Bewegungsfreiheit auf der Erde wie in der Luft. Andererseits war es klar, daß innerhalb des Lagerlebens und des Flugbetriebs eine unauffällige, aber systematische Überwachung bestand. Einmal kontrollierte der russische Verbindungsoffizier den gesamten Verkehr mit der Außenwelt. Nur der interne deutsche Kurierdienst nach Moskau war frei von Überwachung. Zum andern übte das militärische Personal der Roten Luftflotte, das im technischen Flugbetrieb eingesetzt war, eine ständige Kontrolle aus. Diese Spezialisten, die übrigens eifrige, tüchtige und bescheidene Mitarbeiter waren, hatten unsichtbar die Hand am Lebensnerv des Flugzentrums, dessen Stilllegung ihnen jederzeit möglich gewesen wäre.

Abgesehen von diesen Möglichkeiten war die Freiheit in der Luft fast unbegrenzt. Kleinere Sperrgebiete über Industrieanlagen störten nicht. Weg, Ziel und Auftrag jeden Flugs entzogen sich der russischen Kontrolle. Der Luftraum über Rußland war für die Deutschen frei.

Auch im inneren Leben der Kolonie herrschte weitgehende Freiheit. Der russische Verbindungsoffizier erfüllte in jeder Phase seine Aufgabe in verständnisvoller Weise und enthielt sich jeder Einmischung. Seine Mithilfe, vor allem in der täglichen Versorgung der Deutschen, war unentbehrlich; trotz der Schwierigkeiten und Schwankungen in der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung hatte die deutsche Kolonie niemals Mangel zu verspüren. So unterlagen Arbeit und tägliches Leben in Lipezk keinerlei Einschränkungen. Die Russen gewährten eine großzügige Gastfreundschaft.

Doch zu menschlichen Bindungen führte dies Verhältnis nicht. Die sachliche

Zusammenarbeit brachte zwar zwangsläufig persönliche Berührungen mit sich. Jedoch wurde von der andern Seite der gesellschaftliche Verkehr zwischen Individuen oder im kleinen Kreis offensichtlich gemieden. Auch der ständige Verbindungsoffizier hielt sich betont zurück. So kam es nur von Zeit zu Zeit zu gegenseitigen Masseneinladungen offiziellen Charakters. Sie zeigten auf russischer Seite stets das gleiche Bild eines Aufwands an kostbaren Delikatessen und reichlichem Alkohol, der in schreiendem Gegensatz zu der Hungersnot der Bevölkerung draußen stand. Die Fähigkeit, das Peinliche eines solchen inneren Widerspruchs zu empfinden, schien auf die Deutschen beschränkt zu sein. Die Unterhaltung beschränkte sich im wesentlichen auf die in landesüblicher Weise gehäuften Tischreden und Trinksprüche; die Haltung der einzelnen russischen Offiziere blieb stets reserviert und korrekt.

So war es nie möglich, dem russischen Menschen näherzutreten. Es konnte sich daher auch nicht die kameradschaftliche Gesinnung entwickeln, die Offiziere verschiedener Nationen – insbesondere die Flieger aller Völker – ganz selbstverständlich zu verbinden pflegt. Die weltanschaulichen und gesellschaftlichen Gegensätze standen einander unvereinbar gegenüber, verstärkt und versteift durch die Polarität westlichen und östlichen Denkens. Doch traten solche „weltanschaulichen“ Gegensätze, die zwischen den Staatsverfassungen der beiden Länder und den Ideen und Ideologien ihrer Menschen bestanden, niemals in der sachlichen Zusammenarbeit oder in der persönlichen Begegnung betont in den Vordergrund. Im Laufe des langen Zusammenwirkens ist von sowjetischer Seite niemals der Versuch einer Beeinflussung im politisch-weltanschaulichen Bereich gemacht worden. Umgekehrte Tendenzen verboten sich im Gastland von selbst.

VIII. ABRUCH DER MILITÄRISCHEN ZUSAMMENARBEIT.

Mit der Entstehung des Dritten Reichs waren die politischen und psychologischen Grundlagen erschüttert, auf denen fast ein Jahrzehnt lang mit der Sowjetunion zusammengearbeitet worden war. Bei der scharf betonten Kampfstellung der nationalsozialistischen Partei gegen den Bolschewismus schien die Fortführung der militärischen Zusammenarbeit im Sinne der bisherigen „Reichswehrpolitik“ in Frage gestellt.

Die unmittelbare Reaktion der Sowjetrussen auf die innerpolitischen Veränderungen in Deutschland entsprach indessen, soweit sie den militärischen Sektor betraf, zunächst nicht den von der Reichswehr gehegten Befürchtungen. Das Flugzentrum Lipetsk arbeitete 1933 wie in den vergangenen Jahren planmäßig weiter, ohne in der Durchführung seiner Aufgaben behindert zu werden.

Von seiten der Reichswehr wurde die Frage der Aufrechterhaltung und weiteren Ausnützung der Ausbildungs- und Erprobungsbasen in Rußland aus sachlichen Erwägungen heraus einheitlich bejaht. Für sie hatte sich hinsichtlich der Zusammenarbeit mit der Roten Armee nichts geändert. Ja, bei der zu Anfang des Jahres 1933 in Berlin herrschenden Unklarheit über Entwicklung und Richtung, Umfang und Zeitmaß der offenbar bevorstehenden Aufrüstung gewann die Frage einer Über-

brückung der um so fühlbarer werdenden Rüstungslücke erhöhte Bedeutung. Solange in Deutschland selbst die Voraussetzungen für einen offenen Ausbildungs- und Erprobungsgang auf dem Gebiet der bisher verbotenen Waffen noch nicht in größerem Umfang gegeben waren, erschien die Weiterführung der Basen in Rußland dringender denn je!

Im Sommer 1933 gab jedoch Hitler den Befehl zur Liquidierung aller militärischen Verbindungen mit Rußland². Die Zusammenarbeit der Reichswehr mit der Roten Armee sollte beschleunigt abgewickelt werden. Dieser Entschluß bedeutete den Bruch mit einer Planung auf weite Sicht, und zugleich die Aufgabe von Vielem, was in jahrelanger Arbeit unter großen Schwierigkeiten und Risiken aufgebaut worden war.

Im Herbst 1933 entsandte der Chef des Truppenamts im Reichswehrministerium einen Generalstabsoffizier nach Rußland mit dem Auftrag, die Beziehungen auf dem Gebiet der Luftwaffe zu liquidieren. Es wurden dabei keinerlei Weisungen gegeben, welche Gründe für den Kurswechsel der Reichswehr der Roten Luftflotte gegenüber vertreten werden sollten. Auch für die praktische Durchführung der Abwicklung, welche Forderungen gestellt, welche Konzessionen gemacht, welche Ziele grundsätzlich erreicht werden sollten, bestand keine Anweisung. Es war zugegebenermaßen schwierig zu übersehen, wie die Reaktion in Rußland sein würde. Auch herrschte in Berlin selbst zwischen Reichswehr und Partei ein noch weitgehend ungeklärter Zustand. Tatsächlich war es wohl so, daß keine führende Persönlichkeit in Berlin die Verantwortung für die Lösung dieses so diffizil gewordenen Problems übernehmen wollte.

So erhielt der Beauftragte uneingeschränkte Vollmacht, die bestehenden Bindungen in einer Weise zu lösen, die einmal den deutschen Interessen, auf der andern Seite der Lage und den gegebenen Möglichkeiten in Rußland entsprach.

Die Durchführung des Auftrags entbehrte nicht der Dramatik. In Lipetsk waren Jagdfliegerausbildung und technische Erprobung des Sommers abgeschlossen. Der Flugbetrieb ruhte, die Erprobungsmaschinen standen startbereit für den Rückflug nach Deutschland. Die Gesamtatmosphäre war gespannt. Auf beiden Seiten herrschte eine noch größere Zurückhaltung als bisher. Anzeichen von Sabotage, auf die man glaubte gefaßt sein zu müssen, waren nicht erkennbar. Immerhin konnte es als Symptom der veränderten Stimmung gelten, daß auf den Leiter des Flugzentrums von einem unbekanntem Täter bei Nacht geschossen worden war.

Die Verhandlungen über Auflösung und Übergabe begannen sofort. Von seiten der Roten Luftflotte war der örtliche Verbindungsoffizier, ein Fliegeroberst, zur Führung der Verhandlungen bevollmächtigt. Als Ziel wurde von deutscher

² Nach H. v. Dirksen (a. a. O., S. 124f.) lag die Initiative für den Abbruch bei den Sowjets. — Aus vielen inneren und äußeren Gründen verdient die oben wiedergegebene Lesart eindeutig den Vorzug, womit nicht gesagt ist, daß auf der diplomatischen Ebene die Auffassung des Botschafters subjektiv irrtümlich war. Die Sowjets mochten es so erscheinen lassen. — Was die Sendung v. Bockelberg betrifft, so kann sie nach Ansicht von Speidel, der selbst der von Berlin mit der Liquidierung auf dem Gebiet der Luftwaffe beauftragte Generalstabsoffizier war, nur den Charakter eines beschwichtigenden Höflichkeitsbesuchs gehabt haben.

Seite angestrebt, für das noch anwesende deutsche Personal freie Ausreise zu erreichen, sowie alles bewegliche deutsche Eigentum, das einen Entwicklungs- oder Gebrauchswert hatte, nach Deutschland zu verbringen. Aber ob die Russen überhaupt einen Abtransport von Menschen und Material zulassen würden, schien in der damaligen Lage eine durchaus offene Frage zu sein. Sie hatten die Entscheidung darüber allein in der Hand. Alles nicht bewegliche deutsche Eigentum – wie Flugzeughallen, Werkstätten, Unterkünfte, Lazarett usw. – mußte ohnehin den Russen übergeben werden. An einen Abtransport auch nur von Teilen dieser Einrichtungen war aus verkehrstechnischen und finanziellen Gründen nicht zu denken.

Die theoretische „Rechtslage“ war an sich einfach. Die deutsche Seite hatte Anspruch auf alles, was aus Deutschland eingeführt, in Rußland gekauft, und an Ort und Stelle geschaffen worden war. Die praktische Lage war jedoch anders: Die Reichswehr konnte offenbar nur beanspruchen, was sie abtransportieren in der Lage war. Es ging darum, die wertvollsten Flugzeuge, Maschinen, Werkzeuge und Spezialeinrichtungen in die Hand zu bekommen. Die Voraussetzung dafür aber war, daß das erforderliche rollende Material zur Verfügung gestellt wurde, und dies war eine völlig offene Frage. So ging es darum, die Erbschaft beider Partner klarzustellen und gegeneinander aufzurechnen.

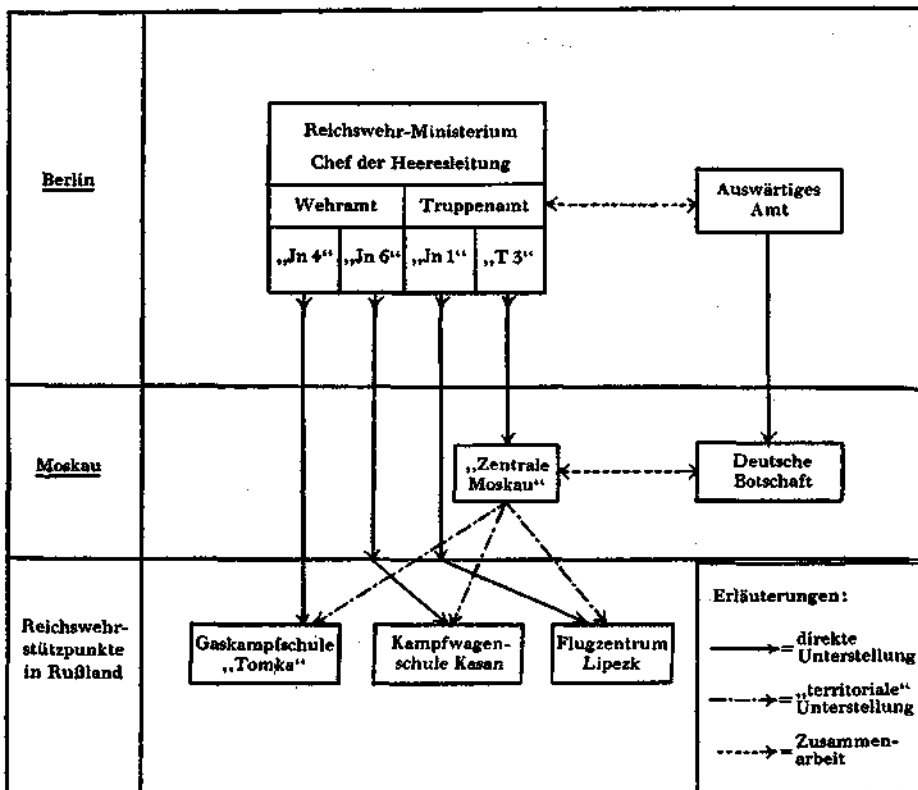
Bei den Besprechungen über die Einzelheiten zeigte sich jedoch bald, daß der russische Vertreter anders dachte und handelte. Noch einmal trat die zähe Verhandlungstaktik der Russen in Erscheinung, die erneut zum Ausgangspunkt zurückkehrt, wenn der Gegenspieler glaubt, Übereinstimmung und Abschluß erreicht zu haben. In den immer langwieriger werdenden Verhandlungen wurde das Bestreben deutlich erkennbar, die Verhandlungen aus einem unerkennbar bleibenden Grund zu verschleppen.

Das Moment, das die Verhandlungen schließlich auf einen toten Punkt brachte, war die Frage der Erprobungsflugzeuge. Auf ihren Besitz legten die Russen wie auch die Deutschen den größten Wert. Handelte es sich doch in diesem Jahr um die neuesten, seit 1931 weiterentwickelten und verbesserten Frontflugzeuge, welche die Grundlage einer bevorstehenden materiellen Aufrüstung in Deutschland bilden sollten. Eine Einigung erschien aussichtslos, zudem drängte die Zeit. Welche Entwicklung in den Wochen und Monaten der Verhandlungen die Beziehungen zwischen dem Dritten Reich und der Sowjetunion genommen hatten, blieb dem deutschen Verhandlungspartner unbekannt. Er war von der Heimat völlig abgeschnitten und auf sich selbst gestellt. Das Verhalten des russischen Partners jedoch ließ immer stärker auf eine Verschärfung der zwischenstaatlichen Spannungen schließen.

So blieb nichts anderes übrig, als die örtlichen Verhandlungen abzubrechen und in den entscheidenden Fragen mit dem Oberkommando der Roten Luftflotte in Moskau unmittelbar zu verhandeln. Zum ersten Male erfolgte die Reise unter starker G.P.U.-Bewachung, nachdem die Benützung des eigenen Flugzeugs abgelehnt worden war.

In Moskau führte die Aussprache zu einer beide Teile befriedigenden Lösung. Der sowjetische Fliegergeneral war eine klare, soldatische Persönlichkeit. Er zeigte

Verständnis für die Situation und erwies sich als großzügig und entgegenkommend. Das Ergebnis war sein Einverständnis damit, daß das gesamte bewegliche Material nach den Vorschlägen des deutschen Vertreters abtransportiert werden sollte, und zwar einschließlich der Erprobungsflugzeuge. Als Gegenwert wurde die Überführung der gesamten bodenständigen Einrichtungen in Lipezk in den Besitz der Roten Luftflotte anerkannt. Diese wurde damit Erbe eines organisatorischen und technischen Musterbetriebes, eines Fliegerhorstes von weitläufiger, solider Bauart und mit modernsten Einrichtungen versehen. Mit Lipezk wurden ferner sämtliche Jagdflugzeuge des Ausbildungsbetriebs – etwa 50 Fokker D XIII – der Roten



Luftflotte zur Verfügung gestellt. Dieser Entschluß, der zugleich als freundschaftliche Geste wirkte, fiel deshalb leicht, weil der Betriebszustand dieser Maschinen ihre Überführung auf dem Luftweg nach Deutschland ohnehin ausschloß.

Nachdem die Transportmittel zu Land und See in dem erforderlichen Umfang zugesagt worden waren, vollzog sich der Abtransport von Menschen und Material in den folgenden Wochen reibungslos. Flugzeuge starteten nach Westen, Güterzüge rollten nach Norden, Frachter fuhren von Leningrad nach deutschen Häfen.

Das deutsche Flugzentrum Lipezk hatte aufgehört zu bestehen. Eine entscheidende Phase in der Vorbereitung der kommenden Luftwaffe hatte ihren Abschluß gefunden.

IX. DIE BILANZ DER ZUSAMMENARBEIT VON REICHSWEHR UND ROTER ARMEE.

Eine um Objektivität bemühte Bewertung der geschilderten Vorgänge wird davon ausgehen müssen, daß es sich hier um einen Teilbereich der Rüstungsvorbereitung sowohl wie des Verhältnisses zwischen zwei Nachbarn handelte, eines Verhältnisses, für das in dem Jahrzehnt von 1923 bis 1933 besondere Voraussetzungen einmaliger Art bestanden.

Innerhalb dieses Teilbereichs konnte nur das Ergebnis auf dem Sektor der Luftwaffe (Lipezk) in wohlfundierter Art dargestellt werden. Da hier aber nach Zeitraum, Umfang und Auswirkung der Schwerpunkt lag, so kann Lipezk als Maßstab für die Bewertung der gesamten Zusammenarbeit genommen werden.

Nach den bisherigen Feststellungen möchte es zunächst so erscheinen, als ob der Gewinn des gegenseitigen Austausches auf der russischen Seite der größere war. Ihr wurde mehr und vorbehaltloser gegeben. Dafür erlaubte ihre „militärische Gastfreundschaft“ der deutschen Seite, das zu erreichen, was von Anfang an der unmittelbare Zweck der Zusammenarbeit mit der Roten Armee war: personelle Ausbildung und technische Erprobung auf den verbotenen Gebieten von Luftkrieg und Panzerkampf.

Hält man sich auf dieser Ebene der Betrachtung, so läßt sich abschließend die Bilanz der Zusammenarbeit etwa auf folgenden Nenner bringen:

Der Gewinn der Roten Armee lag vorwiegend auf theoretischem Gebiet. Sie erhielt von der Reichswehr deren taktische und technische Erkenntnisse übermittelt und damit gewisse Grundlagen für Reorganisation und Führung der sowjetischen Wehrmacht, im besonderen der Luftwaffe. Wie weit das in der Länge der Entwicklung von praktischer Bedeutung gewesen ist, wird sich schwer abschätzen lassen.

Der Gewinn der Reichswehr lag viel unmittelbarer auf praktischem Gebiet. Sie erhielt von der Roten Armee die Arbeitsmöglichkeiten, um die Grundgedanken der Führung in der Praxis zu erproben, und zugleich einen Stamm von Spezialisten heranzubilden. Damit wurde überhaupt erst die Voraussetzung für den Aufbau einer neuen Wehrmacht, im besonderen einer Luftwaffe, geschaffen.

Das trug seine Frucht, als Deutschland die militärische Bewegungsfreiheit zurück erhielt. Personell standen zu diesem Zeitpunkt bereit: einmal die in Lipezk ausgebildeten Jagdflieger und Flugzeugbeobachter, ferner die auf Grund der in Rußland gewonnenen Erfahrungen in Deutschland ausgebildeten Flieger (Flugzeugbeobachter und Flugzeugführer für Aufklärungsverbände). Es konnte mit einem „fliegenden Personal“ von rund 450 Mann, meist Offizieren, gerechnet werden. Hinzu trat ein zahlenmäßig entsprechender Stamm von hochqualifiziertem technischem Bodenpersonal. Materiell standen die in Lipezk erprobten Frontflugzeuge mit ihrer militärischen Ausrüstung als Standardtypen bereit, welche die Basis einer bis ins einzelne vorbereiteten und nunmehr ausgelösten Serienfertigung in der Industrie bildeten. Dazu kam als Drittes noch das Vorhandensein einer hochqualifizierten Luftwaffenführungsgruppe im Reichswehrministerium, aus der bei Bildung des Reichsluftfahrtministeriums der Generalstab der neuen Luftwaffe entstand.

Ebenso bedeutungsvoll wie diese zahlenmäßig erfaßbaren Tatsachen waren letzten Endes die ideellen Ergebnisse des Jahrzehnts vor 1933. Die operativen Ideen hatten sich geklärt, das taktische Denken konnte wieder über den begrenzten Rahmen reiner Theorie hinausgreifen. Ausbildungs- und Einsatzvorschriften waren als geistige Grundlagen für die Zukunft bereitgelegt. Die technische Entwicklung hatte das Vakuum der Nachkriegszeit überwunden und aufgeholt, was inzwischen erarbeitet worden war. Die persönlichen Einsatzerfahrungen hatten das Kernpersonal einer zukünftigen Luftwaffe zu hochwertigen Fachleuten und Lehrern des kommenden Nachwuchses geschult.

Mit alledem hatte sich das Schwergewicht der Aufrüstungsvorbereitungen vom Schreibtisch auf den Flugplatz verlagert.

Nicht zu unterschätzen ist schließlich, was diese Wandlung auf psychologischem Gebiet bedeutete. Die Hunderte von neuen Fliegern hatten die inneren Belastungen des verlorenen Kriegs überwunden, ihr Selbstvertrauen wuchs, der fliegerische Geist war wieder erwacht.

Diese materiellen und ideellen Auswirkungen der Arbeit in Lipezk waren das Ziel der Reichswehr gewesen. Im Rahmen eines militärtechnischen Zusammenwirkens fachlicher Art hatte der Erfolg für sie entschieden.

WILHELM TREUE

DAS DRITTE REICH UND DIE WESTMÄCHTE AUF DEM BALKAN

Zur Struktur der Außenhandelspolitik
Deutschlands, Großbritanniens und Frankreichs 1933-1939

Vorbemerkung des Herausgebers

Mit den im folgenden behandelten Vorgängen hat sich von der deutschen Seite her eine Literatur unter den Stichworten „Werdende Großraumwirtschaft“, „Gruppenautarkie und Freihandel“, „Großraumordnung“ usw. befaßt, die in ihren Thesen wie in der zugrunde liegenden Statistik zu sehr der Entstehungszeit verhaftet ist, um hier ohne weiteres den Leitfaden bilden zu können. Das ausländische Schrifttum (z. B. Paul Einzig, *Appeasement before, during and after the War* — London 1942 —; John Hargrave, *Montagu Norman* — New York 1942 —; Elizabeth Wiskemann, *Prologue to War* — New York 1940 —; dazu die Bücher von Antonin Basch) enthält zwar viele in Deutschland noch unbekannt Einzelheiten, ist aber auch stark kriegsbedingt und zudem schwer erhältlich. Der Verfasser hat sich wesentlich auf zeitgenössische publizistische Quellen gestützt, auch im Einzelfall

Ebenso bedeutungsvoll wie diese zahlenmäßig erfaßbaren Tatsachen waren letzten Endes die ideellen Ergebnisse des Jahrzehnts vor 1933. Die operativen Ideen hatten sich geklärt, das taktische Denken konnte wieder über den begrenzten Rahmen reiner Theorie hinausgreifen. Ausbildungs- und Einsatzvorschriften waren als geistige Grundlagen für die Zukunft bereitgelegt. Die technische Entwicklung hatte das Vakuum der Nachkriegszeit überwunden und aufgeholt, was inzwischen erarbeitet worden war. Die persönlichen Einsatzerfahrungen hatten das Kernpersonal einer zukünftigen Luftwaffe zu hochwertigen Fachleuten und Lehrern des kommenden Nachwuchses geschult.

Mit alledem hatte sich das Schwergewicht der Aufrüstungsvorbereitungen vom Schreibtisch auf den Flugplatz verlagert.

Nicht zu unterschätzen ist schließlich, was diese Wandlung auf psychologischem Gebiet bedeutete. Die Hunderte von neuen Fliegern hatten die inneren Belastungen des verlorenen Kriegs überwunden, ihr Selbstvertrauen wuchs, der fliegerische Geist war wieder erwacht.

Diese materiellen und ideellen Auswirkungen der Arbeit in Lipezk waren das Ziel der Reichswehr gewesen. Im Rahmen eines militärtechnischen Zusammenwirkens fachlicher Art hatte der Erfolg für sie entschieden.

WILHELM TREUE

DAS DRITTE REICH UND DIE WESTMÄCHTE AUF DEM BALKAN

Zur Struktur der Außenhandelspolitik
Deutschlands, Großbritanniens und Frankreichs 1933-1939

Vorbemerkung des Herausgebers

Mit den im folgenden behandelten Vorgängen hat sich von der deutschen Seite her eine Literatur unter den Stichworten „Werdende Großraumwirtschaft“, „Gruppenautarkie und Freihandel“, „Großraumordnung“ usw. befaßt, die in ihren Thesen wie in der zugrunde liegenden Statistik zu sehr der Entstehungszeit verhaftet ist, um hier ohne weiteres den Leitfaden bilden zu können. Das ausländische Schrifttum (z. B. Paul Einzig, *Appeasement before, during and after the War* — London 1942 —; John Hargrave, *Montagu Norman* — New York 1942 —; Elizabeth Wiskemann, *Prologue to War* — New York 1940 —; dazu die Bücher von Antonin Basch) enthält zwar viele in Deutschland noch unbekannt Einzelheiten, ist aber auch stark kriegsbedingt und zudem schwer erhältlich. Der Verfasser hat sich wesentlich auf zeitgenössische publizistische Quellen gestützt, auch im Einzelfall

auf Aktenfunde. Die dokumentarisch bereits etwas besser geklärte, aber einen Spezialfall darstellende nationalsozialistische Wirtschaftspolitik gegenüber der Tschechoslowakei ist bewußt beiseite gelassen worden. Es handelt sich im folgenden daher um ein Gebiet der Forschung, für das die Unterlagen erst sehr teilweise zur Verfügung stehen. Der Verfasser selbst betrachtet seine Studie als einen Versuch, „ein paar Lichtungen und Schneisen in dieses Dickicht zu schlagen“. Sie erscheint trotz ihres vorläufigen Charakters wertvoll nicht nur wegen der bisher fehlenden „Konfrontation“ der von den beiden hier in Betracht kommenden Lagern betriebenen Außenhandelspolitik, sondern vor allem auch, weil sie durchgeführt wird unter steter Besinnung auf die Strukturzusammenhänge zwischen Wirtschaft und Politik nebst ihren „weltanschaulichen“ Beimischungen und Begründungen, – weil sie also auf Zusammenhänge gerichtet ist, um deren Klärung es dieser Zeitschrift wesentlich gehen muß.

H. R.

Mit* zwei großen Vierjahresplänen versprach Hitler in seinem Aufruf vom 1. II. 1933 an das deutsche Volk, „das große Werk der Reorganisation der Wirtschaft unseres Volkes“ zu lösen. Der eine sollte die Arbeitslosigkeit bekämpfen und beseitigen, der andere den deutschen Bauern der „Verelendung“ entreißen. Die mit den Maßnahmen im Rahmen beider Vierjahrespläne verbundenen Mehrbeschäftigungen und Erhöhungen des Nationaleinkommens steigerten den Bedarf an Rohstoffen erheblich. Der plötzlich erhöhten Nachfrage fühlte sich der Handel, dessen Lagerbestände während der Krisenjahre geschrumpft waren, nicht gewachsen. Die Beschaffung von Rohstoffen inländischer Herkunft war, wenn nicht einfach, so doch möglich; die Einfuhr von Rohstoffen aus dem Auslande kostete Devisen. Die Steigerung der Devisenanforderungen aus der Besserung der Geschäftslage in Deutschland traf zusammen mit der schnellen Abnahme der Devisenbestände der Reichsbank durch die Entwicklung der internationalen Finanzpolitik und der deutschen Schuldentzahlungen.

Diese Erscheinungen erzwangen eine neue Stellungnahme des Nationalsozialismus, der sich nicht mehr in der von der Verantwortung freien Opposition und Obstruktion, sondern in der Regierung befand, zu den Fragen der internationalen und der Weltwirtschaft einerseits, der Autarkie andererseits. Schacht hat 1933/35 verschiedentlich auf die Unmöglichkeit einer auch nur annähernd autarken Wirtschaft in Deutschland hingewiesen¹. Das Bekenntnis zum „Gütertausch mit dem Ausland“ und zur Weltwirtschaft von seiten eines so kenntnisreichen Wirtschaftlers, der zu jener Zeit auf seinem Fachgebiet an verantwortlicher und auch noch an einflußreicher Stelle stand, befand sich in diametralem Gegensatz zu der tradi-

* Bei der Beschaffung des Materials sind mir die Herren Dr. phil. Klaus Müller (Hannover) und cand. phil. Hans Schiefer (Göttingen) behilflich gewesen; beiden bin ich zu Dank verpflichtet.

¹ Z. B. in „Rheinische Wirtschaftszeitung“ 27. 5. 1934 und „Deutschland und die Weltwirtschaft“, Vortrag in der T. H. München 7. 12. 1935.

tionellen Parteidoktrin, welche die Wirtschaft als Kampf, und die Autarkie als eine Grundforderung der deutschen Souveränität und Ehre empfand².

Gegenüber den Partei-Ideologen vermochte sich Schacht, seit einigen Monaten Reichswirtschaftsminister, im September 1934 mit seinem „Neuen Plan“ durchzusetzen: „Meine Überlegung“, so hat er es nachträglich formuliert, „ging von der einfachen Forderung aus, niemals mehr zu kaufen, als bezahlt werden kann . . . Wenn man keine Devisen hat, um überall zu kaufen, dann interessiert die Frage der Billigkeit des Preises nicht mehr. Dann rückt die Frage in den Vordergrund, ob überhaupt noch eine Möglichkeit besteht, die gewünschte Ware irgendwo zu bekommen, auch wenn der Bezug teuer ist. Konnte man nicht Verkäufer finden, die bereit waren, nicht gegen Bezahlung in ihrer Währung zu verkaufen, sondern gegen einen anderen Gegenwert? Dieser andere Gegenwert konnte nur unsere deutsche Ware sein. Ich mußte also nach Agrar- und Rohstoffländern Ausschau halten, die bereit waren, deutsche Waren abzunehmen, wenn wir ihnen ihre Agrar- und Rohstoffe abnahmen. Mit solchen Ländern mußte man bilaterale handelspolitische Abmachungen treffen³.“

Diese Formulierungen enthalten den Kern der nationalsozialistischen Außenhandelspolitik – wobei zunächst noch für eine ganz kurze Zeit der Handel vor der Außenpolitik und damit auf diesem Feld gewissermaßen noch Schacht vor Hitler stehen durfte. Noch war es ihm erlaubt, auf die Grenzen der nationalsozialistischen Politik wie auf die Gefahren einer übertriebenen Kontrolle und Lenkung hinzuweisen⁴, während er gleichzeitig betonte, der Neue Plan dürfe „nicht ausschließlich als eine augenblickliche Notmaßnahme gewertet werden, sondern er ist . . . ein Stück Wirtschaftspolitik auf lange Sicht“⁵.

Die Außenhandelspolitik des Neuen Planes nahm ihre Hauptrichtung demgemäß nach den Agrar- und Rohstoffländern des Südostens, die zugleich arm an Industrie waren. Ein kurzer Blick auf diese Partner und ihre internationale Stellung ist daher angebracht. Ein Jahr nach der Gründung des Dritten Reiches wurde am 9. 2. 1934 zwischen Rumänien, Jugoslawien, Griechenland und der Türkei jener Balkanpakt geschlossen, der die Linie früherer Bemühungen um regionale Verteidigungen wie die Kleine Entente, den italienisch-österreichisch-ungarischen Pakt und den Baltischen Pakt fortsetzte und sich wie diese gegen die „Revisionsgefahr“ von außen, in diesem Fall aber auch von innen (Bulgarien) wandte. Der revisionistische Balkanstaat schloß sich erst 1938 der Entente an. Zugleich aber bemühte man sich in Fortsetzung von Konferenzen der Jahre 1930 und 1931 um eine engere Verbindung aller südosteuropäischen Länder in wirtschaftlicher, tech-

² Eine beispielhafte Formulierung bei Dr. (später Prof.) Hunke in der von diesem herausgegebenen führenden nationalsozialistischen Wirtschaftszeitung „Die Deutsche Volkswirtschaft“ 1934 Nr. 16.

³ Hj. Schacht: „Abrechnung mit Hitler“, Hamburg 1948 S. 12.

⁴ Z. B. Rede über Außenhandelsfragen, Weimar (29. 10. 1934) und Aufsatz „Ziele deutscher Wirtschaftspolitik“ in „Deutscher Beamtenkalender“ 1935.

⁵ Beamtenkalender 1935 a. a. O.

nischer, kultureller und schließlich in politischer Beziehung, d. h. um eine Art Balkansolidarität. Eine Konferenz im Mai 1932 in Konstantinopel hatte zur Regelung der Tabakwirtschaft, die zweite Balkankonferenz im Oktober 1931 und die Balkanwoche in Konstantinopel im Juni 1932 zur Gründung einer Balkanhandelskammer geführt, die im Dezember 1932 eröffnet werden konnte. Die Schaffung einer entsprechenden Landwirtschaftskammer, der schrittweise Aufbau einer Postunion, Einigungen über Straßen- und Eisenbahnverkehrsfragen, und schließlich erste vorsichtige Gespräche über eine künftige Zollunion auf der 4. Balkankonferenz im November 1933 erlaubten die Hoffnung, daß über Minoritätenprobleme und andere schwierige Fragen hinweg die Konsolidierung Südosteuropas nicht unmöglich sein würde⁶.

Die Wendung der deutschen Außenhandelspolitik zu diesen Südoststaaten ist in ihrem dann bereits gefährlich erscheinenden Umfange international nur langsam und voll wohl erst 1936 erkannt und dann zunächst einmal in das traditionelle Bild von Deutschlands „Drang nach dem Südosten“ eingeordnet worden, der in den britischen Korrespondenzen häufig auch allgemeiner als „Drang nach dem Osten“ bezeichnet wurde. Indem man in England an Naumanns „Mitteleuropa“-Buch aus dem Jahre 1915 erinnerte, das schon 1916 in englischer Übersetzung vorgelegen hatte, wies man auf die Möglichkeit hin, daß das nationalsozialistische Deutschland zunächst wirtschaftlichen Einfluß gewinnen und danach auf dieser Grundlage „a political structure of German hegemony“ errichten könnte⁷. Es ist nicht ohne Interesse, die ersten Befürchtungen dieser Art⁸ – denen auf Jahre hinaus keine Entlastungsmöglichkeiten an die Seite gestellt werden konnten – mit Schachts offenbar betont friedlichen Formulierungen anlässlich eines Interviews mit dem berühmten französischen Journalisten Jules Sauerwein drei Wochen zuvor zu konfrontieren: „Ich bin eine Art Hausierer. Im Flugzeug fliege ich von einer Hauptstadt des Balkans zur anderen. Man empfängt mich liebenswürdig, denn ich komme im Namen einer Großmacht: Seine Majestät der Kunde. Wenn man heutzutage bei den schweren Zeiten einen Kunden kommen sieht, der erklärt, ich kaufe alles, was Sie mir verkaufen wollen, so ist das ein guter Fund, selbst wenn der Kunde hinzufügt, daß er nur mit Ware zahlen kann“⁹.

Daß die Balkanstaaten seit Begründung ihrer Selbständigkeit bzw. seit Kriegsende große und häufig unüberwindliche Schwierigkeiten beim Absatz ihrer Agrarprodukte gefunden hatten, war bekannt. Die Kleine Entente zeigte sich außerstande, Abhilfe zu schaffen: die noch immer halbagrarische Tschechoslowakei konnte nicht den Getreideüberschuß ihrer Verbündeten aufnehmen. Und Frank-

⁶ Survey of International Affairs 1934 by Arnold J. Toynbee, Oxford 1935, S. 508 ff. — Für die politische und kulturelle Seite vgl. T. J. Geshkoff, A Road to Peace in South-Eastern Europe (1940); R. J. Kerner and H. N. Howard, The Balkan Conferences and the Balkan Entente 1930—1935 (1936) und L. S. Stavrianos, Balkan Federation (1944).

⁷ Survey of International Affairs 1936 by Arnold J. Toynbee, Oxford 1937 S. 526.

⁸ Bulletin of International News 4. 7. 1936 („Dr. Schacht in the Balkans: The Economic Background“).

⁹ Interview 16. 6. 1936.

reich fehlte trotz seiner langen Tradition politischer Anleihen und Wirtschaftsverträge die Einsicht, daß die teure Gründung und politische Stützung der Kleinen Entente unvollständig und gefährdet blieb, solange nicht die Wirtschaft der in ihr verbundenen Staaten ausreichend gefördert wurde. Vor allem war es eben kein „majestätischer Kunde“. Seit 1930 hatte es immer wieder die Ordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kleinen Entente betrieben; aber um 1935 brauchte es kaum nennenswerte Getreideeinfuhren. Die Sowjetunion andererseits war für Rumänien und Jugoslawien einer der gefürchtetsten Rivalen auf dem Getreideweltmarkt. Verschärfend kamen die Sanktionen gegen Italien hinzu, das mit billigen Textilwaren, vor allem aber mit Agrarimporten, Rumäniens und Jugoslawiens bester Handelspartner gewesen war. England und Frankreich mußten daher insbesondere Jugoslawiens Beteiligung an den Sanktionen 1935 und 1936 mit besonderen Getreideeinfuhrkonzessionen erkaufen, ohne daß die zunehmenden Exportschwierigkeiten der beiden Balkanstaaten auf den Märkten Großbritanniens, Frankreichs und der Tschechoslowakei ausgeglichen werden konnten.

Hier lag Deutschlands große, in diesem Umfang unerwartete Chance. Es konnte durch stattliche Getreidekäufe Sympathien gewinnen, damit die internationalen Marktverhältnisse zu seinen Gunsten verändern und so eine Sphäre politischen Einflusses errichten – was alles nur möglich war, weil im Dritten Reich über die früheren Ansätze der französischen Balkanwirtschaftspolitik hinaus die Entwicklung des Außenhandels am wenigsten den Interessen der einzelnen Kaufleute überlassen blieb, sondern vom Staate unter politischen, in erster Linie unter rüstungspolitischen und strategischen Gesichtspunkten gelenkt und bestimmt wurde. Während England, Frankreich und die Tschechoslowakei gemeinsam nur 25 % des jugoslawischen Getreideexportes aufnahmen, erbot Schacht sich, für Deutschland 60 % zu nehmen¹⁰ und obendrein einen Preis zu zahlen, der 30 % über dem des Weltmarktes lag. Daß das ein Köder war, der Abhängigkeit zur Folge haben würde, erwies sich ungeachtet der Tatsache, daß Jugoslawien zunächst auf Kredit liefern mußte. Mit diesem ersten Schritt war der Weg betreten, der zur Verdrängung der Westmächte aus Jugoslawien führen sollte. Gerade weil Deutschland das in manchen nationalsozialistischen Kreisen angestrebte Ziel der Autarkie aufgegeben hatte, war es jetzt ideologisch beweglich genug und in der Lage, Frankreich und England über die Wirtschaft auch politisch Schritt für Schritt aus dem europäischen Südosten zu verdrängen und die Kleine Entente zu paralysieren.

Während Deutschland zunächst den hohen Preis für das gekaufte Getreide schuldig blieb und die jugoslawische Regierung einstweilen ihren Bauern Vorschußzahlungen leistete, verkaufte das Dritte Reich einen erheblichen Teil des eben erworbenen Getreides in Rotterdam und London zum Weltmarktpreis und darunter gegen Devisen, die für wehrwichtige Rohstoffeinkäufe Verwendung finden konnten. Man überspielte also die Westmächte zweimal. Wenig später erklärte sich „Seine Majestät der Kunde“ den südosteuropäischen Gläubigern gegenüber außer-

¹⁰ Bulletin of International News 4. 7. 1936 S. 5.

stande, seine Schulden in voller Höhe in Devisen abzudecken, dagegen bereit, an Stelle der Devisen gewisse deutsche Waren zu liefern – in erster Linie Waffen. Um ihre eingefrorenen Guthaben überhaupt in irgendeiner Form verwenden zu können, mußten die Regierungen dieses „Angebot“ akzeptieren, zumal sie nicht nur die den Lieferanten gewährten Vorschüsse in irgendeiner Form wieder in ihren Beständen brauchten, sondern außerdem auch eine Markabwertung befürchteten, von der man gerade um jene Zeit in Deutschland sprach. Infolgedessen bestellten die Südoststaaten fortan viele Waren, die früher aus Westeuropa bezogen worden waren, in Deutschland, obgleich die westeuropäischen Länder durch Deutschlands Vermittlung schließlich doch einen beträchtlichen Teil des südosteuropäischen Agrarüberschusses aufgenommen hatten.

Schachts Reise als „Hausierer“ im Juni 1936 nach Wien, Belgrad, Athen, Sofia und Budapest — der im Mai 1935 Görings „Hochzeitsreise“ unmittelbar nach Abschluß des französisch-sowjetischen und des tschechoslowakisch-sowjetischen Vertrages nach Budapest, Sofia, Ragusa und Belgrad vorangegangen war — stellte an sich schon einen vollen Erfolg dar und wurde von ähnlichen Erscheinungen, wengleich geringeren Ausmaßes, in anderen Wirtschaftsbereichen unterstrichen.

Schon im März 1936 war es zwischen Krupp und dem Eisenwerk Zenica in Bosnien zu einem Vertrag über die Modernisierung eines Walzwerkes im Werte von 160 Mill. Dinar gekommen, obgleich die englischen und tschechischen Angebote preislich günstiger gelegen hatten als die deutschen Bedingungen. Der Grund für diesen Erfolg war, daß in Deutschland eingefrorene jugoslawische Guthaben bestanden, in den westeuropäischen Ländern dagegen nicht. Noch im gleichen Monat folgte aus dem nämlichen Grunde ein weiterer Auftrag einen Brückenbau betreffend an Krupp. Und schließlich endeten die am 17. III. begonnenen deutsch-jugoslawischen Verhandlungen am 1. IV. mit einem Verrechnungsabkommen, in dem Jugoslawien zur Auflösung seiner Forderungen an Deutschland in einer Höhe von 470 Mill. Dinar sich zu verstärktem Import aus Deutschland verstehen mußte. Das geschah, indem man einmal einige Wochen später große Aufträge für Eisenbahnmateriale nach Deutschland vergab und zum anderen am 12. VI. (also während Schachts Aufenthalt in Belgrad¹¹) die Einschränkung der Handelsbeziehungen zu den Niederlanden, Großbritannien, den USA und anderen Ländern zugunsten des Dritten Reiches beschloß. Mit Recht konnte der jugoslawische Premierminister

¹¹ Vgl. IMT XXVII, S. 148 (Dok. PS - 1501, Niederschrift des Ministerrates am 27. 5. 1936, o. Unterschrift). „... Göring: Stellt zur Debatte Übernahme eines spanischen Zinnvorkommens, das von schwedischer Seite angeboten wird. — Schacht: Grundsätzlich einverstanden, besonders wenn im Partnergeschäft deutsche Leistungen durch Maschinenlieferungen erfolgen. — Göring: Bittet Min. Schacht, bei demnächstigen Besuch [auch] in Belgrad bezüglich Jugoslawien in diesem Sinne zu verhandeln. — Schacht: Kupferausbeutung in Jugoslawien muß unmittelbar erfolgen unter Ausschluß der Franzosen, die Kupfer nur gegen Devisen verkaufen. ...“ (Die Erwähnung des spanischen Erzvorkommens rollt die interessanten wirtschaftlichen Hintergründe der „weltanschaulich“ verbrämten Militärhilfe für Franco auf, die hier nicht behandelt werden können. Viel Material dazu in „Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik“, Serie D, Bd. III.)

Stojadinowitsch bei der Grundsteinlegung für das neue Werk in Zenica vom „Beginn einer neuen Wirtschaftspolitik“ sprechen. In schneller Folge trafen nun weitere deutsche Besuche ein – das eine Mal war es der Präsident der Handelskammer Düsseldorf, das andere Mal im September eine Gruppe von 11 deutschen Wirtschaftsjournalisten, und gegen Ende des Jahres sprach man von der Gründung einer deutschen Bank in Jugoslawien.

Bei so vielfältigen Bemühungen um die Verbesserung der deutsch-jugoslawischen Beziehungen stieg Deutschlands Anteil an der jugoslawischen Ausfuhr von 16,88 % im Jahre 1935 auf 25,44 % im ersten Halbjahr 1936, während gleichzeitig Italien seine führende Stellung im jugoslawischen Export an Deutschland abtrat, indem sein Anteil von 20,5 % auf 1,97 % sank. Jugoslawiens Einfuhr kam gleichzeitig zu 23,55 % aus Deutschland, zu 17,35 % aus der Tschechoslowakei, zu 11,44 % aus Großbritannien und nur zu 0,01 % aus Italien¹².

In England betrachtete man diese Stärkung der deutschen Position auf dem Balkan zwar mit Aufmerksamkeit, erkannte jedoch nicht oder wollte nicht sehen, daß es sich um mehr als Wirtschaftsfragen, nämlich um Große Politik handelte. So eigenartig es scheint, so trifft es im ganzen doch zu, daß man auf der einen Seite wohl mit Zitaten aus Naumanns und Friedrich Lists Werken wie mit Erinnerungen an frühere deutsch-türkische Beziehungen schnell bei der Hand war, gemäß der Struktur spätliberaler Wirtschaftsauffassung jedoch außerstande war, den grundsätzlich richtig erkannten Gefahren praktisch zu begegnen. Staatlich gelenkte Wirtschaft auf der einen und ein an den Prinzipien des Individualismus festhaltendes Wirtschaftsdenken auf der anderen Seite standen einander gegenüber. Dabei war die britische Seite geneigt, sich mit vorübergehenden deutsch-jugoslawischen Spannungen, mit dem Mangel an jugoslawischen Reisedevisen in Deutschland und gelegentlichen Schwankungen in der deutschen Getreideeinfuhr aus Jugoslawien zu beruhigen und Deutschlands Fortschritte in Jugoslawien sowohl als kurzfristig wie als singulär zu bagatellisieren¹³, während doch gleichzeitig in Griechenland und Bulgarien, Ungarn und Rumänien sich der gleiche Vorgang aus gleichen Ursachen und auf fast die gleiche Weise abspielte. Es war nur eine geringe Abhilfe, wenn Frankreich in Anknüpfung an seine älteren Traditionen im Februar 1936 in einem Handelsvertrag mit Rumänien diesem die Mittel zum Ankauf französischer Waffen zur Verfügung stellte.

Hätte es sich bei diesem ganzen Prozeß um einen rein wirtschaftlichen Vorgang gehandelt, so wäre er auf die Dauer vielleicht wirklich – wie man in England zuversichtlich hoffte – kaum mit Erfolg zu wiederholen gewesen. In der Tat versuchten die Südoststaaten 1936/37 verschiedentlich, sich wieder von Deutschland zu lösen¹⁴ oder die Lockerung der Beziehungen zu anderen Handelspartnern

¹² Survey . . . 1936 a. a. O. S. 551.

¹³ Manchester Guardian 16. 9. 1936.

¹⁴ Vgl. dazu als illustratives Dokument: IMT XXVII, S. 128 ff. (Dok. 1501 – PS), die vorgelegte „Aufzeichnung über die Versorgungslage auf dem Betriebsstoffgebiet und ihre Auswirkungen für die Wehrmacht“, v. 9. 3. 1936, o. Unterschrift. „ . . . III. Die Abhängig-

zugunsten Deutschlands aufzuhalten. Zu diesem Zeitpunkt war aber Deutschlands Ausfuhr nach den Südoststaaten gegenüber 47,5 Mill. RM im ersten Halbjahr 1934 bereits auf 174,2 Mill. RM im ersten Halbjahr 1936 gestiegen. Und inzwischen war nicht allein der zweite Vierjahresplan mit dem wichtigen Bereich der Kunststoffentwicklung ins Leben gerufen worden, der die Verlagerung der Außenhandelsbeziehungen erleichterte, sondern das Dritte Reich konnte hinter seine außenhandelspolitischen Bemühungen mehr und mehr auch den Druck planwirtschaftlicher Lenkung und, nach der „Wiederherstellung der Wehrhoheit“, machtpolitische Stärke setzen. So wurde die internationale wirtschaftliche Konkurrenz in Südosteuropa in den letzten drei Jahren vor Ausbruch des Krieges immer deutlicher eine Auseinandersetzung zwischen staatlich kontrolliertem, gelenktem und selbst betriebenem Außenhandel auf der einen Seite und liberalkapitalistischer Privatwirtschaft auf der anderen Seite, die – ohne staatliche Unterstützung, ohne echte Zusammenarbeit, behindert durch Konkurrenztreiben aus den eigenen Reihen usw. – sich als unterlegen erwies. Dies um so mehr, als die grobe Anfangstechnik des Neuen Planes, auf die Schacht selbst früh aufmerksam gemacht hatte, ständig verfeinert und immer besser auch auf die Bedürfnisse der Südoststaaten abgestimmt wurde.

Am wichtigsten war freilich, daß sich in Deutschland die Auffassung einer angemessen erweiterten Autarkie durchzusetzen begann. Daß das Dritte Reich in den Grenzen der Weimarer Republik und selbst nach der Rückgliederung des Saargebietes keiner Autarkie fähig war, wurde zwar von den Sachkennern gegen Hitlers Phantasien aufrechterhalten¹⁵. Doch mit den von Görings Vierjahresplan erwarteten Ergebnissen, nach Durchführung des Anschlusses Österreichs an das „Altreich“ und

keit der Gesamtversorgung von der Einfuhr. Die in starkem Maße in den letzten Wochen aufgetretenen Einfuhrschwierigkeiten, die durch eine Häufung wirtschaftspolitischer Ereignisse im Außenhandel hervorgerufen sind, gefährden nicht nur die Vorrathaltung der Wirtschaft, sondern auch die Fortsetzung der Bevorratungspolitik der Wehrmacht. Sie erschüttern damit die unerläßliche Voraussetzung für die Durchführung des Motorisierungsprogramms der Wirtschaft und daher auch für die Mobilisierung der Wehrmacht in dem für den Kriegsfall vorgesehenen Umfang an mobilisierten Fahrzeugen.

Insbesondere sind starke Ausfälle entstanden:

1. durch das russische Ausfuhrverbot für Mineralöle, durch die der etwa 20% des deutschen Marktes versorgende Benzolverband bereits in beträchtliche Schwierigkeiten geraten ist.
2. durch die plötzlich wesentlich höheren Forderungen der Rumänen, die Treibstoffe nur gegen Bardevisen oder aber in Mark bei starker Preissteigerung zu liefern bereit sind. Der Anteil der rumänischen Zufuhren an der Deckung des deutschen Bedarfs betrug im letzten Jahr über 40%. Die Firma Olex, deren Anteil am deutschen Markt 11% beträgt, hat wegen der Stockung der rumänischen Lieferungen schon jetzt ihr Geschäft erheblich vermindern müssen und wird vor der Einstellung der Marktversorgung stehen, wenn bis zum Juni 1936 keine Abhilfe geschaffen ist.

Die Einengung der Zufuhren läßt für die anderen großen Verteilungsorganisationen im gleichen Zeitraum ähnliche Stockungen erwarten. . . .“

¹⁵ Vgl. a. a. O., S. 153 f., die Aktennotiz des Oberst i. G. Thomas vom 2. 9. 1936:

„Präs. Schacht rief mich heute 13.00 Uhr zu sich und bat mich, dem Herrn Kriegsminister folgendes zu übermitteln:

nach der Gewinnung ausreichender Einflußsphären auf dem Balkan erschien es durchaus möglich, mit Hilfe eines solchen großen und reichen Versorgungsraumes zu dem Gedanken der Rohstoff-Freiheit und selbst der Autarkie zurückzukehren. Dieser Gedanke lag um so näher, als die Verdichtung der deutsch-südost-europäischen Wirtschaftsbeziehungen 1936 keineswegs, wie man in England hoffte, ihren Höhepunkt erreicht hatte, sondern 1937 fortgesetzt werden sollte und konnte.¹⁶ Der einzige britische Trost war, daß ihre Geschwindigkeit sich zu verlangsamen schien, so daß Optimisten ihr Ende für die nahe Zukunft voraussagen zu können

Sch. sei mit schwersten Sorgen vom Führer zurückgekehrt, da er dem vom Führer geplanten Wirtschaftsprogramm nicht zustimmen könne.

Der Führer wolle auf dem Parteitag über Wirtschaftspolitik sprechen und dabei zum Ausdruck bringen, daß wir uns jetzt mit aller Energie durch Inlandserzeugung vom Auslande freimachen würden. Sch. bittet dringlichst, daß der Reichskriegsminister den Führer vor diesem Schritt warnt. Betont der Führer vor den Massen in Nürnberg dieses Vorhaben, so wird er bei den Zuhörern großen Beifall haben, aber damit die gesamte Handelspolitik zum Scheitern bringen. In unserer Notlage gibt es nur eines, die Exportförderung. Jede Drohung gegen das Ausland erzielt aber die gegenteilige Wirkung.

Es muß dem Führer immer wieder gesagt werden, daß wir mit den deutschen Werkstoffen noch nicht so weit sind. Auf dem Treibstoffgebiet haben wir Rückschläge, auf dem Gummi-gebiet gibt es nicht vor Mitte nächsten Jahres größere Mengen. Das Renn-Verfahren auf dem Erzgebiet macht große Schwierigkeiten. Wenn wir jetzt unseren Entschluß, uns wirtschaftlich selbständig zu machen, erneut nach außen hinauswerfen, drücken wir uns selbst die Gurgel zu, denn wir können die notwendige Übergangszeit nicht mehr durchhalten. Außerdem sei immer wieder darauf hinzuweisen, daß deutsche Werkstoffe vorläufig viel zu teuer sind, um im Export verwandt zu werden, und der Export allein ermöglicht die weitere Rüstung. Wenn die Ernährungslage des Volkes nicht gefährdet werden solle, müsse der Führer von seinem Plan Abstand nehmen. Präs. Schacht schloß, daß er nochmals inständigst bitte, diese seine Warnung zu hören und er sie an den Herrn Kriegsminister übermittele, da er an der morgigen Besprechung beim Führer nicht teilnehme. gez. Thomas 2./9.“

¹⁶ Vgl. Dok. NI – 051 (Nürnberg, ungedruckt): „Ministerpräsident Generaloberst Göring über die Durchführung des Vierjahresplanes, Rede im großen Sitzungssaal des Preußenhauses am 17. Dezember 1936. Nach einem kurzen weltpolitischen Überblick über die Gefahren des Bolschewismus und der Weltrevolution erklärte Göring u. a.: . . . In bezug auf die Ausfuhr erwähnte er ihm zugetragene Stimmen, wonach die Ausfuhr oft an den Bestimmungen scheitere. Er habe wiederholt gesagt, daß, wenn ein wertvolles Ausfuhrgeschäft zu machen sei, man jede Bestimmung umgehen müsse, um das Geschäft unbedingt zu sichern. (Heiterkeit.) Wer viel riskiere, der müsse auch einen entsprechenden Gewinn haben. Aber dabei muß das Grundinteresse entscheidend sein und Disziplin gehalten werden. Die Geschäfte, namentlich die der Ausfuhr, können nicht starr behandelt werden. Man kann hier nicht immer nach festen Vorschriften arbeiten. Wenn mir jemand 10 Waggon Kupfer bringen kann, die er aber um 40 Prozent höher als Weltmarktpreis bezahlen muß, so soll er das tun . . .

Die Auseinandersetzung, der wir entgegengehen, verlangt ein riesiges Ausmaß von Leistungsfähigkeit. Es ist kein Ende der Aufrüstung abzusehen. Allein entscheidend ist hier der Sieg oder Untergang. Wenn wir siegen, wird die Wirtschaft genug entschädigt werden. Man kann sich hier nicht richten nach buchmäßiger Gewinnrechnung, sondern nur nach den Bedürfnissen der Politik. Es darf nicht kalkuliert werden, was kostet es. Ich verlange, daß Sie alles tun und beweisen, daß Ihnen ein Teil des Volksvermögens anvertraut ist. Ob sich in jedem Fall die Neuanlagen abschreiben lassen, ist völlig gleichgültig. Wir spielen jetzt um den höchsten Einsatz. Was würde sich wohl mehr lohnen, als Aufträge für die Aufrüstung? . . .

meinten. Tatsächlich verdoppelte sich 1937 die deutsche Getreideeinfuhr aus Rumänien, stieg die aus Jugoslawien erheblich, etwas weniger stark die aus Bulgarien, Griechenland und Ungarn.

Deutlich erwies sich, daß es sich nicht um den gelegentlichen Handel mit gewissen Getreidemengen handelte, sondern um prinzipielle Veränderungen, die auf lange Sicht die gesamte Volkswirtschaft einiger Südoststaaten beeinflußten. Deutschland kaufte 1937 nicht mehr nur jugoslawische Getreidevorräte und Erze, sondern begann, Wünsche zu äußern und Kapitalien für deren Erfüllung zur Verfügung zu stellen. Wenn Rumänien und Bulgarien zum Anbau von Sojabohnen angeregt wurden, so bot Deutschland nicht allein eine Abnahmegarantie, sondern auch die Mittel zum experimentellen und schließlich zum großangelegten Übergang von alten zu neuen Anbauweisen. Das Ziel ging sichtlich auf einen „kolonialen“ Status, d. h. auf die Umformung der südosteuropäischen Wirtschaft, ihre Anpassung an und Einordnung in die deutsche Planwirtschaft in der Art, daß die Balkanstaaten auf Industrie bemerkenswerten Umfanges hätten verzichten und landwirtschaftliche Rohstoffbasen mit niedrigem Lebensstandard bleiben müssen. Das war freilich schwer zu erreichen. Man stieß nicht allein auf Traditionalismus, Mißtrauen, politische Befürchtungen und Indolenz im Südosten, sondern seit 1937 auch immer mehr in Deutschland selbst auf das Problem, Güter zu finden, die man im Überfluß hatte und der Südosten brauchen konnte und kaufen mochte.

Wohl stiegen die deutschen Importe aus dem Südosten im Laufe der Jahre weiter, aber die Exporte dorthin sanken vielfach ab. Das führte zu immer wieder als irrig sich erweisenden Spekulationen in den westeuropäischen Staaten, die allen Analysen der Wirtschaftspresse zum Trotz in Handels- und Rechnungsbilanzsystemen des 19. Jahrhunderts ohne Berücksichtigung des Faktors Machtpolitik zu denken pflegten. Tatsächlich waren alle eingefrorenen Reichsmarkkonten der Südoststaaten ein politisches Erpressungsmittel, so wenig ihr Ansteigen dem Ansehen des Dritten Reiches auf dem Balkan dienlich war. Es traf sich daher gut, daß Deutschland gerade um diese Zeit in der Lage war, größere Mengen der ersten, qualitativ nicht vollwertigen und schnell überholten deutschen Zell- und anderen Kunststoffzeugnisse aus dem deutschen Markt zu ziehen und auf den südosteuropäischen umzulenken. Gleichzeitig gelang es der nationalsozialistischen Politik, die südosteuropäischen Staaten nicht nur wirtschaftlich immer enger an Deutschland zu binden, sondern auch untereinander in ein harmonischeres politisches Verhältnis zu bringen, was alles die Stärke des deutschen und das Sinken des westeuropäischen Einflusses

Glauben Sie nicht, meine Herren, daß ich Ihre Vertragsabschlüsse nicht alle kenne. Ich habe einen guten Nachrichtendienst. Ich weiß, wo um ein Cent für die Tonne hin und her gehandelt wird. Sichern Sie sich, und selbst unter Verlust, die Rohstoffe. Ich bin bereit zu helfen, jede Menge lohnt . . . Verfahren Sie im übrigen wie ein Trüffelschwein, das seine Nase überall hineinsteckt und die Werte findet. (Große Heiterkeit.) Den Einwand, daß man bei der Verhüttung heimischer Erze zwei statt eines Hochofens benötigt, laß ich nicht gelten. Es geht hier um die Rentabilität des ganzen deutschen Lebens und nicht um die Rentabilität einer einzelnen Unternehmung . . .

Wir stehen bereits in der Mobilmachung und im Krieg, es wird nur noch nicht geschossen . . .“

illustrierte¹⁷. Nichts war für den Führungswandel auf dem Balkan in den 30er Jahren so bezeichnend wie die Tatsache, daß es 1937 wieder zu Zollunionsbesprechungen kam. Hatten sie sich um 1931/32 im Bereich Frankreichs als Gründungs- und Schutzmacht der Kleinen Entente abgespielt, so bildeten sie nun ein Wahrzeichen für den lenkenden politischen und wirtschaftlichen Einfluß des Dritten Reiches, das danach strebte, die Kleine Entente zu zerbrechen, die Tschechoslowakei zu isolieren, und eine engere südosteuropäische Einigung als Einleitung für die größere umfassende „Neuordnung Europas“ zuwege zu bringen. Das Dritte Reich wurde in diesen Bemühungen gewissermaßen unterstützt, indem die Außenhandelsvertreter anderer Staaten, vor allem Frankreichs und Englands, sich geradezu freiwillig aus den umkämpften Südostmärkten zurückzogen. Die beiden Staaten selbst schwankten zwischen Resignation (appeasement) und lahmer Interventionspolitik, hielten im übrigen aber an der Politik des Schutzes der nationalen Landwirtschaft und der Bevorzugung der Mitglieder des Commonwealth fest.

Die Frage, ob der Höhepunkt der nationalsozialistischen Außenhandels-offensive im Südosten erreicht sei, beantwortete im Sommer 1937 die Zeitschrift „L'Europe Centrale“¹⁸ in negativem Sinne. Es kam hinzu, daß gegen Ende des Jahres 1937 und während des Jahres 1938 die weltwirtschaftlichen Verhältnisse sich entschieden verschlechterten, was bedeutete, daß für die Südoststaaten, selbst wenn sie danach suchten, immer weniger Aussicht auf neue Märkte bestand. Schon konnte man sich fragen, ob die gelegentlichen und nahezu un gelenkten politischen Finanzhilfen Frankreichs und der Tschechoslowakei, die im Januar 1937 eine Anleihe in Höhe von 500 Mill. Tschechenkronen für rumänische Waffenkäufe gab, angesichts der starken deutschen Stellung in Rumänien auf lange Sicht nicht eher dem Dritten Reich als Westeuropa nutzen würden. Es war doch nur eine schwache Gegendemonstration, wenn Antonescu sich am 9. 12. 1937 anlässlich des Besuches von Delbos auf dessen Balkanreise in Bukarest zur Einheit der Sicherheit von West- und Osteuropa bekannte und die „genaue Übereinstimmung der Anschauungen“ betonte¹⁹. Im gleichen platonischen Sinne bestätigte Stojadinowitsch dem Franzosen 5 Tage später in Belgrad, es sei nützlich, „die Zusammenarbeit im alten Geiste der Freundschaft und des Vertrauens“ fortzusetzen. Die Tatsache, daß die südosteuropäischen Staaten überall Vorteile, von allen Mächten Kredite und Waffen zu erhalten bestrebt waren und 1937–1938 allen Besuchern und bei den entsprechenden Gegenbesuchen allen Premierministern die gleichen herzlichen Zukunftsversprechungen im Gedanken gemeinsamer Vergangeneit machten, brauchte die deutsche Führung nicht besorgt zu machen. Tatsächlich konnte sie ihren Einfluß im Südosten fortwährend verstärken und vertiefen. Die Tagungen der Kleinen Entente im Mai und September in Genf, im August 1937 in Sinaia hätten auch dann nur noch eine Schattenbedeutung gegenüber früheren Jahren gehabt, wenn Rumänien und Jugoslawien sich dort nicht so offenkundig allen neuen Bindungen entzogen hätten. Auch anläß-

¹⁷ „Die Deutsche Volkswirtschaft“ 1937 Nr. 11.

¹⁸ 19. und 26. 6. 1937.

¹⁹ Survey . . . 1937 a. a. O. S. 341.

lich der beiden Tagungen des Wirtschaftsrates der Kleinen Entente im Februar und im Oktober hatten sie sich aus jeder Maßnahme herausgehalten, die ihre Wirtschaftsbeziehungen zu Italien oder Hitler ungünstig hätte beeinflussen können. Ja, in Sinaia sprach man offiziös davon, daß Jugoslawien sich von einem neuen Donauplan keine größeren Vorteile versprach, als es bereits aus den bilateralen Verträgen mit Deutschland und Italien zu ziehen vermochte. Und es war bekannt, daß Rumänien, dessen von Hitler geförderte extreme Rechte sich scharf gegen die Kleine Entente und die Tschechoslowakei wandte, zu einer sehr ähnlichen Auffassung neigte, obgleich Frankreich mit der Einstellung seiner Geld- und Waffenhilfe drohte.

Die nur in ihren Grundzügen eben angedeutete Entwicklung wurde verstärkt durch den „Anschluß“ Österreichs und des „Protektorats“, das alte, natürliche Wirtschaftsbeziehungen zu Jugoslawien, aber auch zu Ungarn, Rumänien und Bulgarien besaß. Schacht und die vorzüglichsten, äußerst geschickt formulierten Berichte der Reichskreditgesellschaft in Berlin, die auch im Auslande aufmerksam gelesen wurden, hielten zwar weiter an der Schauseite einer gesunden, auf gute internationale Beziehungen bedachten Wirtschaftspolitik fest. Aber Schachts Einfluß war seit den Tagen des Neuen Planes sehr gesunken. Und vollends, als Funk die Reichsbank übernahm, zeigten die Jahresberichte dieses Institutes, das alsbald ein neues Statut erhielt und dem Führerprinzip eingeordnet wurde, daß die Jahre seit 1934 auch wirtschaftspolitisch nicht ein Interim, sondern eine Vorbereitungsperiode gebildet hatten. Die Ausdehnung und Konsolidierung des Einflusses im Südosten, die Erweiterung des unmittelbaren Machtbereiches durch „Ostmark“ und „Protektorat“ hatten nun auch die offene Formulierung der neuen Außenwirtschaftsauffassung zur Folge, die sich eindeutig von der Idee der Weltwirtschaft wie der Goldwährung abwandte, da beide wie Funk es auf der Frühjahrsmesse 1938 in Leipzig ausdrückte, nur „internationale Abhängigkeit“ bedeuteten. Hitler hielt auf dem Parteitag des Jahres 1938 an der Forderung dauernder und vollständiger Unabhängigkeit von anderen Nationen mit Nachdruck fest und erklärte eine wirkungsvolle „Blockade“ bereits zu jenem Zeitpunkt für vollkommen unmöglich, betonte jedoch andererseits am 30. 1. 1939 vor dem Reichstage, daß Deutschland „exportieren oder sterben“ müsse. Freilich lag darin kein Widerspruch gemäß der im Dritten Reich entwickelten Auffassung, daß die Grundlagen der Existenz, auch soweit sie den Außenhandel betrafen, im engsten Einflußbereich einer Großmacht liegen müßten und daß die kleinen Staaten sich solcher machtpolitischen Versorgungs- und Lebensraumbildung unterzuordnen hätten. Der „Großwirtschaftsraum“ hatte die Aufgabe, der Großmacht im Kriege und Frieden Nahrungsmittel und Rohstoffe in ausreichender Menge und Sicherheit zur Verfügung zu stellen. Die Grenzen eines solchen für Deutschland notwendigen Versorgungsraumes einigermaßen genau zu umreißen, lehnte man 1938 im Dritten Reich noch ab, da die Welt eben erst begonnen hatte, sich den Bedürfnissen der Großen entsprechend neu zu formieren²⁰. Daß der Südosten und

²⁰ Vgl. W. Grävell: Großräume im Außenhandel, in „Deutsche Wirtschaftszeitung“ 23. 2. 1939; auch „Deutsche Wirtschaftszeitung“ 11. 11. 1937 S. 1349/52.

die Tschechoslowakei dazu gehören müßten und würden, stand allerdings bereits außer Zweifel.

Die Westmächte bemühten sich nun doch ihrerseits im Frühjahr 1938, dem durch den „Anschluß“ verstärkten Druck des Dritten Reiches zur Donau und über Wien in den Südosten durch politische Kredite zu begegnen. Die Türkei erhielt 10 Mill. £ zur Modernisierung ihrer Bergwerke, Eisenbahnen und Hafenanlagen, und weitere 6 Mill. £ zum Ankauf von Waffen, was in Deutschland richtig als eine Gegenmaßnahme gegen nationalsozialistische Expansionsbestrebungen beurteilt und daher heftig kritisiert wurde²¹. Verhandlungen über ähnliche Finanzhilfen an Polen, Rumänien, Griechenland und Jugoslawien waren nun, einige Jahre nach dem Beginn der deutschen Südostoffensive, anscheinend im Gange²².

Auch wurde im Herbst 1938 von der britischen Regierung ein interministerielles Komitee unter der Leitung von Sir Frederick Leith-Ross, dem Hauptwirtschaftsberater der Regierung, eingesetzt, um die Möglichkeiten einer Verstärkung des britischen Handels mit den Donau- und Südoststaaten zu untersuchen. Großbritannien betonte sein Interesse am bulgarischen und griechischen Bergbau, den man der deutschen Rüstungsindustrie nicht in die Hände fallen lassen wollte; und das in den jugoslawischen Bleibergwerken bei Trepcza angelegte britische Kapital wurde 1938 von 1,25 auf 1,65 Mill. £ erhöht. Mit großer Aufmerksamkeit verfolgte man in Deutschland diese Anzeichen verstärkten englischen Interesses am Südosten wie etwa die schon lange vor dem Abschluß (16. 9. 1938) bekannt gewordene Tatsache, daß ein britischer Importeur eine größere Lieferung rumänischen Weizens gekauft hatte. Ja man führte sogar eine Unterbrechung der Wirtschaftsverhandlungen zwischen Großbritannien und den USA auf den britischen Wunsch zurück, größere Mengen von Weizen und Erdöl aus politischen Gründen in Rumänien zu kaufen.

Schien sich also im Südosten bis hin zur Türkei ein Außenhandelskrieg zwischen den Westmächten und dem Dritten Reich um dessen „Versorgungsraum“ zu entwickeln, so betont andererseits Allan G. B. Fisher in den von Toynbee herausgegebenen Surveys für das Jahr 1938²³, daß Englands und Frankreichs Aktivität in dieser Hinsicht weit geringer war, als die Balkanstaaten es gerne gesehen hätten. Beide Staaten blieben schließlich doch sehr zurückhaltend, sobald eine „Hilfsmaßnahme“ gegen Deutschland „demanded a revision of other parts of their national commercial policies“. Dazu kam noch, daß die Südoststaaten seit alters und nach wie vor als unsichere Schuldner galten, die wenig geneigt waren, aufgenommene Anleihen zu verzinsen. Das Dritte Reich war offensichtlich eher als jene, in altem Rentabilitätsdenken befangenen Mächte bereit, sich seine Südosteuropapolitik auf lange Sicht etwas kosten zu lassen. Und während Göring und seine Mitarbeiter die Bedeutung der Wirtschaft sehr genau erkannten, ja, sogar überschätzten und entsprechend handelten, wich die britische Regierung sowohl der Kritik des Präsidenten des Board of Trade im Unterhaus (15. 6. 1938) wie französischen Andeutungen bei

²¹ Z. B. Nationalzeitung 12. 10. 1938.

²² Survey . . . 1938 vol. I . . . Oxford 1941 S. 45.

²³ A. a. O. S. 45.

den Verhandlungen in London (April 1938) mit der Erklärung aus, sie wolle ihre Bemühungen einstweilen auf die Lösung der Minoritätenfrage konzentrieren²⁴.

Wieweit in Wirklichkeit die Balkanstaaten nach deutscher „Hilfe“ verlangten oder lieber britisch-französische Unterstützung akzeptiert hätten, ist ohne sehr umfangreiche Quellenstudien nicht zu entscheiden. Toynbees Surveys waren stets geneigt, bei den Südoststaaten eine traditionelle und natürliche Sympathie für die beiden Westmächte und eine entsprechende Zurückhaltung gegenüber Deutschland vorauszusetzen. Das entsprach vielleicht nicht ganz den Tatsachen, trug aber dazu bei, daß man die von Jahr zu Jahr wachsenden nationalsozialistischen Erfolge und damit die Stellung Deutschlands auf dem Balkan überhaupt unterschätzte. Klärlich hatte dann die Münchener Konferenz zur Folge, daß die südlich der Tschechoslowakei gelegenen Staaten ihre Beziehungen zu Deutschland und anderen Mächten, wie auch ihre Außenhandelssysteme vollends einer sorgfältigen Überprüfung unterzogen. Göring sprach es damals deutlich genug aus, daß der Erfolg seines Vierjahresplanes von der politischen Expansion des Dritten Reiches nach Südosten entscheidend abhing²⁵. In der Tat machte – ganz abgesehen von ihren direkten wirtschaftlichen Folgen – die Gebietsvergrößerung stärkere Getreide- und Rohstoffimporte sowohl nötig wie möglich. So hatte der deutsche Druck auf den Balkan, allen Wunschträumen britischer Traditionalisten zum Trotz, keineswegs seinen Höhepunkt überschritten. Im Gegenteil: Hatte Schacht sich 1934 noch als „Hausierer“ auf dem Balkan bezeichnet, so standen die Südoststaaten nun nicht allein unter wachsendem militärischen Einfluß Deutschlands, sondern dieses kontrollierte auch in den friedlichsten Zeiten die Straßen-, Eisenbahn- und Flußschiffahrtsverbindungen zwischen dem Südosten und dem übrigen Europa. Der mit großem Nachdruck begonnene Ausbau des Wiener Hafens, die Anlagen in Linz, die Kanalplanungen, die den Südosten über Wien mit Stettin, Bremen und Westdeutschland und dieses für 1200-t-Schiffe mit dem Schwarzen Meer schon 1945 verbinden sollten, zeigten, wie man mit allen Mitteln bestrebt war, den Südosten fest mit dem Dritten Reich zu verbinden. Die nationalsozialistischen Zeitschriften jener Jahre, von Görings repräsentativem „Vierjahresplan“ bis zur großsprecherischen, den Herrenrassenjargon pflegenden, aber über die Vorhaben des Dritten Reiches oft gut informierten Zeitschrift „Die Deutsche Volkswirtschaft“ des Professors Hunke, quollen über von Projekten und Zukunftsbildern in bezug auf die enge Verknüpfung Deutschlands mit dem Balkan.

Die Gegner des Dritten Reiches wiesen demgegenüber auf die riesigen, wie sie meinten, untragbaren Kosten und die angesichts des Arbeiter- und Materialmangels in Deutschland viel zu großen Bauvorhaben hin, die niemals termingemäß fertiggestellt werden könnten. Sie übersahen dabei, daß dies nicht kurzfristige Vorhaben waren und das Dritte Reich so wenig wie Sowjetrußland nach den Rentabilitätsgesichtspunkten „kapitalistischer“ Mächte kalkulierte. Viel wichtiger war, daß die deutschen Kapitalanlagen auf dem Balkan ständig im Wachsen begriffen waren

²⁴ The Times 30. 4. 1938.

²⁵ Le Temps 20. 9. 1938.

(in Jugoslawien zwischen 1934 und 1938 von 55 auf 820 Mill. Dinar, während das tschechische Kapital d. h. der französische Einfluß von 775 auf 450 Mill. Dinar zurückgegangen war) und daß durch Österreichs beträchtliche Guthaben bei den Südoststaaten mit dem „Anschluß“ die deutsche Zahlungsbilanz mit diesen eine fühlbare Entlastung erfuhr.

Wie sehr sich Deutschlands Stellung auf dem Balkan bis zum Sommer und Herbst 1938 gestärkt hatte, geht aus dem Umstand hervor, daß man offen erklären konnte, die Zeit für „unnatürliche“ Versuche, einen südosteuropäischen Wirtschaftsraum im Sinne der großen Mächte von Versailles aufzubauen, sei nun endgültig vorüber. Als Museumsstück bezeichnete der „Völkische Beobachter“ Hodzas Donauföderationsplan vom Jahre 1936, der von den natürlichen Entwicklungen überholt worden sei²⁶. Hatte Schacht einst eine große Werbereise durch die Hauptstädte des Südostens unternommen, so stand die Fahrt seines Nachfolgers Dr. Funk im Herbst 1938 nach Jugoslawien, der Türkei und Bulgarien auf einem ganz anderen Niveau nationalsozialistischen Selbstbewußtseins. Funks Reise wurde von der deutschen Presse ganz offen als eine Maßnahme gegen die politischen Kreditaktionen des Westens bezeichnet²⁷. Absichtlich oder zufällig verlief sie vom 18. 9. bis in den Oktober hinein vor dem eindrucksvollen Hintergrund der Schwäche der von ihren Protektoren unzulänglich beschützten Tschechoslowakei. Funk unterließ es am 30. 9. in Belgrad nicht, deutlich auf die Lehren hinzuweisen, die man am besten aus den Münchener Tagen ziehen sollte: daß nämlich Jugoslawien nur in enger Anlehnung an das Dritte Reich eine befriedigende Zukunft habe. Vom „Versorgungsraum“ des Dritten Reiches sprach man in Berlin; in Belgrad bevorzugte Funk für die gleiche Tatsache den höflicher verschleiern den Begriff „Großwirtschaftsraum“, in dem ein Netz moderner Verkehrswege die nun zu erschließenden Bodenschätze und mit deutscher Hilfe aufzubauenden Industrien untereinander verbinden sollte. Daß seine Reise politischen Zwecken diene, bestritt er, betonte aber zugleich, daß Wirtschaftspolitik nicht zu trennen sei von allgemeiner Politik, sich vielmehr dieser anpassen müsse. Demgemäß bot das Handelsabkommen, das Deutschland und Jugoslawien am 23. 10. 1938 unterzeichneten, dem jugoslawischen Bauern erheblich über den Weltmarktpreisen liegende Aussichten. Welche Folgen freilich die Hingabe an solche Lockungen haben konnte, zeigte ein nachbarliches Beispiel. Bulgarien war, als Funk in Sofia eintraf, bereits enger mit Deutschland verbunden als Jugoslawien. Das Dritte Reich hatte 1938, wie zu Beginn seiner Südostexpansion, einen erheblichen Teil der von Bulgarien erworbenen Güter dem Weltmarkt angeboten und damit, gewiß unter finanziellen Einbußen, aber mit politischem Gewinn, bulgarische Direktverkäufe an den Westen praktisch unterbunden. Darin lag eine Fesselung, die es unschädlich, ja vom deutschen Standpunkt aus vorteilhaft erscheinen ließ, wenn Paris einen Kredit von 375 Mill. Franken zum Kauf französischer Eisenbahnmaterialien und Waffen an Bulgarien gewährte. Gleichzeitig konnte Funk einen 12-Jahresaustausch bulgarischer Ernten zu festen Preisen und deutscher

²⁶ Völkischer Beobachter 18. 10. 1938.

²⁷ A. a. O. 12. 10. 1938.

Maschinen, Waren, Facharbeiter, Ingenieure und Wirtschaftsberater empfehlen. Auch das war Lockung und Gefahr zugleich²⁸.

Als Funk am 16. 10. 1938 nach Berlin zurückkehrte, konnte er mit Befriedigung auf die seit 4 Jahren erreichten Erfolge zurückblicken und erklären, es bestünde eine „Wirtschaftsachse“ von der Nordsee bis zum Schwarzen Meer. Das bedeutete zugleich, daß die Südoststaaten in Deutschlands Interesse im Sinne des Versorgungswie des Großwirtschaftsraumes landwirtschaftliche Rohstoffbasen bleiben und entgegen allen Lockbildern künftig nicht in bemerkenswertem Umfange industrialisiert werden sollten²⁹. Als Trost und Ausgleich für das Fixiertwerden im landwirtschaftlichen Bereich und für die Verhinderung des Entstehens von Industriegebieten mit entsprechenden Wohnvierteln von politisch schwierig zu behandelnden Industriearbeitern hielt man den Südoststaaten vor, daß Deutschland einmal an einem bolschewismusfesten Lebensstandard im Südosten interessiert sein müsse und andererseits sein Handel mit ihnen schon 1936 wertmäßig 85 Prozent des Handels von 1928 ausgemacht habe, während der deutsche Gesamtaußenhandel um 66 Prozent zurückgegangen sei. „Hier liegt“, so sagte man, „der Kern des Problems“³⁰, d. h. die Lebenssicherung für die abhängig gewordenen Völker. In einem Artikel „Deutschland – der große Bruder“, hieß es im Sommer 1939: „Sprechen wir es ruhig und deutlich aus, daß Deutschlands Interessen, soweit man sie auch spannen möge, eine „Liquidierung“ oder militärische Beeinflussung anderer kleinerer Länder im mitteleuropäischen Raume gar nicht nötig haben. Erstmals ist unsere geopolitische Lage im Herzen Europas heute so stark, daß ohne die geringsten gewaltsamen und künstlichen Mittel die wirtschaftliche Zusammenarbeit gesichert ist..., so daß die Bildung des mitteleuropäischen Großraumes sich mit automatischer Sicherheit von selbst vollziehen wird. Wir werden auch für das allerdings noch ungelöste gegenseitige Währungsproblem... in diesem Raume eine brauchbare

²⁸ Während das Dritte Reich so zielbewußt nach Südosten drängte, interessierte man sich in London mehr für die restlichen Werte der Tschechoslowakei. Unmittelbar nach dem Münchener Abkommen bemühte sich die englische Regierung vom 20. 10. 1938 ab um den Erwerb der „überflüssig“ gewordenen tschechoslowakischen Waffenbestände zur Verstärkung der eigenen Rüstung, aber auch, um zu vermeiden, daß diese halbfertigen und fertigen Waffen in andere Hände gerieten, womit Spanien und Palästina gemeint waren (!). Zu diesem Zweck sandte der britische Kriegsminister Hore Belisha Anfang November zwei Fachleute für Rüstungsfragen nach Prag (Dok. der. dtsh. Politik Bd. VII, 1 S. 139/50 Anm. 2). Auf die englisch-französischen Anleiheverhandlungen für die Tschechoslowakei Anfang 1939 wie überhaupt auf die bedeutungsvollen Wirtschaftsfragen, die zwischen der Tschechoslowakei und England/Frankreich bzw. Deutschland auftauchten und die das über den Südosten Ange deutete vielfach ergänzen und illustrieren, kann hier aus Raumgründen nicht eingegangen werden. Interessantes Material dazu in „Documents on British Foreign Policy 1919 – 39“ ed. by L. Woodward and Rohan Butler, 3rd series, vol. III 1938/39, vol. IV 1939, London 1950 bzw. 1951. Zwei Dissertationen über das Verhältnis des Dritten Reiches zur Tschechoslowakei und zum Protektorat sind in Vorbereitung.

²⁹ „Die Deutsche Volkswirtschaft“ 1938 Nr. 12.

³⁰ G. L. Nicolaidis: Die Handelspolitik der reichen Länder gegenüber den armen Ländern, in „Der Vierjahresplan“ 1938 Folge 2.

Lösung finden – nur brauchen wir dazu die Bank von England und den Londoner Geldmarkt nicht, und auch nicht Wallstreet³¹.“ Das war die Auffassung, die sich auf dem Hintergrunde der Geschehnisse von 1938 und einer leicht aktiven deutschen Handelsbilanz im ersten Halbjahr 1939 entwickeln und behaupten konnte. Man kontrastierte sie gern mit den Versuchen der Gegenseite, die deutsche Ware gerade auf den Märkten, wo sie sich seit vielen Jahren durchgesetzt hat, mit unfairen Mitteln zu verdrängen³².“

So fand zwischen dem Herbst 1938 und dem Frühjahr 1939 eine den „Volks-genossen“ in Deutschland selbst schwer durchschaubare neue Auffassung vom Außenhandel ihren Abschluß. Sie wandte sich endgültig ab von den alten Formulierungen der Weltwirtschaft und richtete sich immer eindeutiger im Sinne der rüstungs- und kriegswirtschaftlichen Vorbereitungen gegen die Möglichkeit einer Blockade; sie war nicht auf den weltweiten Austausch, wie ihn die Technik ermöglichte, sondern auf in sich gegliederte Großraumwirtschaften eingestellt; sie erinnerte an alte merkantilistische und jüngere neomerkantilistische Auffassungen vom ständigen Wirtschaftskrieg aller gegen alle, strebte nach völliger Unabhängigkeit ohne jede internationale Bindung und mit dem Ziel der Herrschaft souveräner Großmächte, zu denen Deutschland gehörte, über die abhängigen Mittel- und Kleinstaaten: Freiheit war in dieser Auffassung und Lehre von der Politik ein Privileg der Großmächte, und wirtschaftliche Unabhängigkeit galt als ein integrierender Bestandteil der politischen Souveränität – was bedeutete, daß die Zahl der souveränen Staaten auf eine ganz kleine Gruppe zusammenschmolz. Die „Braune Wirtschaftspost“ vom 15. 10. 1938 sprach unverhohlen aus, daß die Sicherheit jener kleinen Staaten allein durch die Anerkennung der Ansprüche der Großen gewährleistet sei, die wiederum in erster Linie wehrwirtschaftlicher Natur waren.

Es war nun die Frage, wie sich die westeuropäischen Mächte zu dieser nationalsozialistischen Philosophie der Großräume mit allen ihren Konsequenzen verhielten. Ihre Einstellung war zunächst uneinheitlich, „and this divergence of outlook was no doubt in part responsible for a certain lack of decisiveness in official announcements of policy³³“. Die Anhänger der Auffassung, die man in der Hohen Politik später als die Männer des appeasement in mancher Hinsicht für Hitlers Erfolge und damit für die Notwendigkeit eines Krieges verantwortlich machte, waren geneigt, Hinweise auf den politischen Gehalt der deutschen wirtschaftlichen Expansion als Übertreibungen unzufriedener oder unfähiger Kaufleute und die Gefahr als Unbequemlichkeit für kleinere Kreise zu bezeichnen. Auch betonte man zuweilen, daß die deutsche Ausdehnung im Südoosten in erster Linie auf Kosten Italiens, Österreichs und der Tschechoslowakei stattfand – wengleich ohne Zweifel auch britische Exporteure unter der Schutz- und Druckpolitik des Dritten Reiches litten. Weiter gab es, wie die „Times“ hervorhob, durchaus Kreise, in denen man die Berechtigung der deutschen Großraumwirtschaftspolitik anzuerkennen geneigt war, zumal

³¹ „Die Deutsche Volkswirtschaft“ 1939 Nr. 17.

³² „Die Deutsche Volkswirtschaft“ 1939 Nr. 22.

³³ The Times 5. 4. 1939.

man sich etwa auf die Zufriedenheit der betroffenen Völker selbst mit den Ereignissen berufen und z. B. Kroftas Bemerkung zitieren konnte: „Central European economic rapprochement can be realised only in full agreement with the two powers, Germany and Italy, whose participation in the economic life of Central Europe is the most important“³⁴.“ Ja, in völliger Verkennung der politischen Konsequenzen glaubte man eine Lehre aus dem deutschen Vorgehen ziehen zu können, so wenn der „Evening Standard“ schrieb: „Our Board of Trade should regard the German drive with equanimity. Would not our Government be wise to take a leaf from Dr. Funk's book? In our own Empire we possess a trade hinterland far more extensive, far richer in resources than Germany possesses in the Balkans“³⁵.“ In der Hauptlinie aber setzte sich eine Handelspolitik durch, die eine Parallele des politischen appeasement war.

Ebenso sehr wie Chamberlain gewillt war, einen Krieg mit den Waffen zu verhindern, war Oliver Stanley, President of the Board of Trade, entschlossen, einen Wirtschaftskrieg zu vermeiden³⁶. Und als R. S. Henderson, Unterstaatssekretär für Überseehandel, eine für diese Kreise erstaunliche Einsicht bewies, indem er beklagte, „that Germany was by her methods destroying trade throughout the world“, hatte er auf eine Anfrage der deutschen Botschaft hin am nächsten Tage sofort der Presse gegenüber zu betonen, daß er sich in keiner Weise in Gegensatz zu seinem Premierminister stellen wollte. Er fügte, vermutlich nicht ohne Ironie, hinzu, England werde fortfahren, seinen Handel und seine Wirtschaftsbeziehungen „along orthodox and traditional financial lines“ zu führen³⁷, was angesichts des Selbstbewußtseins und Selbstlobes in der deutschen Presse so kurze Zeit nach Funks Rückkehr vom Balkan noch den Ton des um gar keinen Preis Belehrt-werden-Wollens erhielt.

So begnügte man sich am 8. 12. 1938 mit dem Entwurf eines neuen Gesetzes über Ausfuhrgarantien, das diese von 50 Mill. auf 75 Mill. £ erhöhen und dem Board außerordentliche Rechte zubilligen sollte, jedoch erst im Februar 1939 dem Plenum des Unterhauses vorlag. Inzwischen war allerdings der Umfang der Geschäfte, die über das Export Credits Guarantee Department liefen, von 7,5 Mill. £ im Jahre 1933/34 auf fast 43 Mill. £ im Jahre 1937/38 gestiegen. Offenbar um eine Wiederholung und Fortsetzung solcher Maßnahmen und die schnelle Verabschiedung des Gesetzes zu verhindern, mußte Schacht im Dezember 1938 nach London reisen, interessierten sich deutsche Wirtschaftszweige plötzlich für unmittelbare Verhandlungen mit ihrem britischen Vis-à-vis über die Aufteilung von Exportmärkten, fanden in London Besprechungen zwischen der Federation of British Industry und der Reichsgruppe Industrie über Ausfuhrsteigerung und Vermeidung des Wettbewerbs auf heimischen und ausländischen Märkten statt. Ende Januar 1939 wurde bekanntgegeben, daß die deutschen und englischen Kohlenexporteure, die insgesamt 80 Prozent der europäischen Exportkohle beherrschten³⁸, sich geeinigt hatten und

³⁴ Journal des Nations 27. 9. 1937.

³⁵ 28. 10. 1938.

³⁶ Debatte im Unterhaus 1. 11. 1938, zitiert in „Surveys“ a. a. O. 1938 S. 64f.

³⁷ Surveys a. a. O. S. 65.

einem europäischen Kohlenkartell zustrebten. Schließlich kam es im März 1939 in Bielefeld zu einem privaten Industrieabkommen zwischen beiden Ländern, das Deutschlands Vorrang im Südosten Rechnung trug. So zeigte sich also auf der ganzen Linie im britischen Bereich eine genaue Parallele der Wirtschaftspolitik zur Politik des appeasement. Darin lag gewiß Gradlinigkeit und Konformität. Aber auch für die Außenhandelspolitik wie für die Diplomatie erhob sich die Frage, ob hier die „orthodoxen und traditionellen“ Mittel und Wege denen des Dritten Reichs gewachsen sein würden.

Frankreich konnte der englischen Haltung gegenüber mit verhältnismäßig mehr Recht auf die Kapitalien hinweisen, die nach wie vor in der rumänischen Erdölindustrie und im jugoslawischen Bergbau angelegt waren. Freilich durfte dabei nicht übersehen werden, daß mindestens 50 Prozent des im Ausland befindlichen französischen Kapitals Aktiengesellschaften gehörte, die damit nur Steuergewinne machen und Abwertungsmanövern entgehen wollten, ohne im geringsten außenpolitischen Zwecken dienstbar gemacht zu werden³⁹. Im Bereich des Südosthandels war zudem stets nur wenig französisches Kapital tätig gewesen, da die französischen Agrarinteressen in der staatlichen Wirtschaftspolitik entschieden überwogen. Während Großbritannien geneigt war, die nationalsozialistische Gefahr auf dem Balkan aus Bequemlichkeit und Sorge vor unerwünschten Zusammenstößen zu unterschätzen, ja sogar einer Interessenteilung das Wort zu reden, beschränkte Frankreich sich traditionellerweise im Bereich der politischen Kredite auf die militärische oder, spezieller ausgedrückt, auf die strategische Seite⁴⁰. Es war obendrein in seiner Wirtschaftsaktivität durch die finanziellen Krisen im allgemeinen⁴¹ und dem Führerstaat gegenüber durch seinen labilen Parlamentarismus insbesondere entschieden behindert. Nachdem schon Daladier als Premierminister Ende Oktober 1938 in Marseille nach dem Prestigeverlust der Nation in München die Wendung des Blickes auf das Kolonialreich empfohlen hatte, griffen bald danach auch der Luftfahrtminister La Chambre wie der Minister für die Kolonien, Mandel, diesen Rat auf und erklärten Frankreich solle sich dort mit aller Energie die kriegswichtigen Rohstoffe beschaffen. Zwar wurde diese für französisches Denken höchst unorthodoxe und untraditionelle Linie des Ausweichens nach Übersee schließlich doch nicht verfolgt. Vielmehr unternahmen französische Politiker Balkanreisen; es wurden Wirtschaftsverträge auf der Basis von Ausnahmezolltarifen und anderen Begünstigungen mit Bulgarien und Ungarn abgeschlossen, mit Jugoslawien und Rumänien vorbereitet. Auch entstand eine jugoslawisch-französische Handelskammer in Belgrad. Gleichwohl war doch jene erste Reaktion auf München bezeichnend für die Tendenz des Rückzugs und Appeasement auch in Frankreichs Wirtschafts-

³⁸ Vgl. dazu meinen Aufsatz: Politische Kohle im ersten und zweiten Weltkrieg, in „Die Welt als Geschichte“, 1951, Heft 5, besonders S. 192 ff.

³⁹ The Manchester Guardian 6. 4. 1938.

⁴⁰ Wilhelm Treue: Die russische Verschuldung an Frankreich zum Zwecke des strategischen Eisenbahnbaues, Preußische Jahrbücher Bd. 240, 1955, S. 127 ff.

⁴¹ Frankfurter Zeitung 9. 12. 1938.

politik. Im Grunde mit Recht konnte der ungarische Außenminister Graf Csaky am 26. 1. 1939 erklären, daß „seit München die Westmächte einen vollständigen Mangel an Interesse für Mitteleuropa gezeigt und dieses Gebiet mehr oder weniger den Achsenmächten überlassen hätten“⁴². Denn alles, was Großbritannien und Frankreich im Südosten taten, geschah sporadisch, zufällig, planlos und war daher der Planwirtschaft des Dritten Reiches von vornherein unterlegen. Es bot in der Tat den südosteuropäischen Produzenten nicht die Sicherheit ständigen Absatzes, den sie im Großdeutschen Reich zu hohen Preisen fanden. Im Oktober 1938 fragte der Herausgeber der rumänischen Zeitung „Timpul“, Gafencu, der im Januar 1939 Außenminister wurde: „Deutschland hat seine Pläne – haben andere Staaten auch welche?“⁴³, und antwortete selbst: „Falls sie keine Pläne haben, müssen wir unbedingt mit Deutschland gehen („we must perforce go with Germany“)“. Das war in der Tat die Situation, in die sich die Südoststaaten nach München und im Jahre 1939 mehr denn je zuvor gestellt sahen. Gafencu erkannte naturgemäß die Lage besser als Chamberlain und die Franzosen, die in der Wirtschafts- wie in der Großen Politik nach Verständigung mit einem Gegner strebten, der, wie man bereits Gelegenheit gehabt hatte festzustellen, nur Sieg oder Niederlage kannte und die Diplomatie und Politik des abendländischen 19. Jahrhunderts zutiefst verachtete.

Die Ereignisse der folgenden Monate bis zum Kriegsausbruch und dem durch deutsche Erfolge bestimmten ersten Abschnitt des Krieges selbst bestätigten nur die Entwicklung der vergangenen Jahre. Wertvoll an der Betrachtung dieser Zusammenhänge ist die Erkenntnis, daß nicht allein im Führerstaat, wo es nicht anders zu erwarten ist, sondern auch in Großbritannien und Frankreich Große Politik und Wirtschaftspolitik (und man ist geneigt hinzuzufügen: auch die Kulturpolitik) jeweils auf den gleichen, häufig nicht ausdrücklich formulierten Grundsätzen beruhten, die gleichen Wege verfolgten und den gleichen Zielen zustrebten. Wie im 17. und 18. Jahrhundert die einzelnen Staaten entsprechend ihren speziellen Absolutismen auch ihre besonderen Merkantilismen und selbst die entsprechenden eigenen Formen für Überseehandelsgesellschaften entwickelten, und wie es im 18. und 19. Jahrhundert nationale Spielformen des Liberalismus und Neomerkantilismus gab, die genau den staatlichen Strukturen entsprachen, so gab es erst recht in den Jahrzehnten des Faschismus und des Nationalsozialismus Strukturzusammenhänge, die, trotz einiger Angleichung in der Praxis eines gelenkten Kapitalismus, in den beiden hier betrachteten Lagern Diplomatie und Außenhandelspolitik gleichmäßig, aber antithetisch durchdrangen.

⁴² Daily Telegraph 27. 1. 1939, zitiert in „Surveys“ a. a. O. 1938 S. 68.

⁴³ Zitiert in „The Financial News“ 10. 10. 1938; von dort zitiert in „Surveys“ a. a. O. 1938, S. 69.

Miszelle

HELMUT KRAUSNICK

ERWIN ROMMEL UND DER DEUTSCHE WIDERSTAND GEGEN HITLER

Die furchtbare Kraftprobe, die Hitler im zweiten Weltkrieg dem deutschen Volke zugemutet hat, ist trotz aller warnenden Anzeichen für ihren negativen Ausgang, von ihm bis zum bitteren Ende durchgeführt worden. Ihr Ergebnis war eine Katastrophe, die nicht sowohl in einzelnen Fehlern als vielmehr im Wesen des Regierungssystems überhaupt, seinen innerpolitischen wie seinen außenpolitischen Methoden wurzelt. Dennoch wird von gewissen Kreisen heute in einer Weise gesprochen und geschrieben, als ob der innerdeutsche Widerstand gegen Hitler, der in dem fehlgeschlagenen Attentat vom 20. Juli 1944 gipfelte, schuld an diesem Ausgang gewesen sei. Durch eine ebenso sorgfältige wie einfältige Addition aller Widerstandshandlungen versuchen jene Kreise ohne Rücksicht auf das unterschiedliche Gewicht der einzelnen Aktionen geflissentlich den Eindruck zu erwecken, als ob die Summe dieser Handlungen alle vermeintliche Genialität der Führung und allen Opferwillen eines ganzen Volkes notwendig hätte scheitern lassen. Der Ablauf der Dinge stellt sich den Anhängern dieser These recht einfach dar: Von Anbeginn des großen Krieges, ja vom ersten Tage der Machtergreifung Hitlers an, haben verschiedene „Gruppen“, einig allein in ihrer haßerfüllten Abneigung gegen den vom Volke erkorenen Führer, begonnen, in die komplizierte Maschinerie seines großen Unternehmens „Sand zu streuen“. Nicht zuletzt hat eine unbeschäftigte „Gruppe ehemals einflußreicher Politiker und hoher Militärs“ mangels „genügender Anerkennung“ nach zusätzlicher politischer Betätigung gedrängt. Sie hat diese ihrer „Arroganz“ gemäß vornehmlich auf dem „interessanten“ Gebiet der Außenpolitik versucht. Höchst bedauerlicherweise hat nun Hitler diese „größte Armee (1), die dem Feind zur Verfügung stand, übersehen“, deren „abgründiger Haß alle Vernunft, und jede Gewissensregung erstickte“. Die ungünstige außenpolitische, erst recht aber die verhängnisvolle militärische Entwicklung — darin gipfelt diese Beweisführung — ist ihrem Tun und Treiben zuzuschreiben. Das Scheitern des Putsches vom 20. Juli aber bot die „letzte Chance“, der Gefahr der gewissenlosen Saboteure „doch noch Herr zu werden“!

Nur einen Mann in den Reihen dieser geflissentlich diffamierten, angeblich bar „jeder Vernunft und Gewissensregung“ handelnden Politiker und Militärs zu erblicken, schmerzt die Verbreiter der neuen Dolchstoßlegende unendlich: den Feldmarschall Erwin Rommel, den Soldaten ohne Furcht und Tadel, an dessen Gestalt alle noch so weit hergeholt Diffamierungen für alle Unvoreingenommenen abprallen. Seine Beteiligung am Widerstand droht ihrer gesamten These vom böartigen Dolchstoß ehrgeiziger Müßiggänger und eingefleischter Feinde des National-

1 Zeitgeschichte 5

sozialismus den Boden zu entziehen. Sie versuchen daher, koste, es was es wolle, Rommels Haltung umzudeuten, ihn zum mindesten durch eine teilweise „Ehrenklärung“ aus dem Kreise der Verschworenen so weit wie irgend möglich herauszulösen. Zu diesem Zwecke klammern sie sich an den Umstand, daß Rommel die Attentatsabsichten zwar kannte, jedoch nicht billigte. Es stehe vielmehr fest, daß er, „lediglich glaubte, aus militärischen und außenpolitischen Gründen einen Wechsel in der Spitzenführung fordern zu müssen“. Als Hitler in Rommel einen Mitwisser an der Verschwörung und an dem Attentat erkannte, habe er zwar „die vom Standpunkt der absoluten Staatsautorität einzig richtige, wenn auch harte Lösung getroffen“, indem er dem Feldmarschall das Gift schickte – aber Rommel, in jeder Hinsicht Soldat, habe dies auch „eingesehen und danach gehandelt“, ohne den „durchaus möglichen Widerstand“ zu leisten oder eine Verhandlung vor dem Volksgerichtshof vorzuziehen! Ja, man geht noch weiter: Seine Familie und seine engsten Mitarbeiter, „die sich auf die Seite der Feinde Hitlers gestellt“ hätten, würden, so möchte man es darstellen, damit Rommels Rang und seiner Seelenhaltung nicht gerecht. Auf solche Weise suchen diese Umdeuter für die Gestalt des Feldmarschalls eine in ihrem Sinne „makellose Größe“ zu reklamieren. In dem „tragischen“ Auseinandergehen Hitlers und Rommels, werden wir belehrt, „erschüttert die schweigende Geste, mit der Rommel das Gift annahm“. In diesem Augenblick sei er an die Seite der großen Demütigten des Schicksals getreten und habe sich zur Höhe eines Sokrates erhoben. Der überlegene Gehorsam dieses Heldentums entrücke Rommel dem Streit der Parteien.

Diese Darstellung enthält bei näherem Zusehen die wichtigsten Momente für ihre Widerlegung schon in sich selbst. Es bleibt den sonderbaren Verteidigern Rommels angesichts der klaren Tatsachen nichts weiter übrig, als durch wortreiche Umkleidung seine Beteiligung möglichst zu verschleiern und dem Feldmarschall eine von seinen Mitverschworenen abweichende seelische Haltung zu unterstellen. Worin bestehen die Tatsachen? Rommels Stellungnahme gegen Hitler erfolgte nicht unter dem plötzlichen Eindruck der unhaltbaren militärischen und politischen Lage des Sommers 1944. Sie war vielmehr das folgerichtige Ergebnis allmählich ausgereifter klarer Erkenntnis und Überzeugung. In den beiden ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft stand der damalige Bataillonskommandeur in Goslar nach dem Zeugnis seines späteren Generalstabschefs¹ Hitler innerlich ablehnend gegenüber. Nach den Morden des 30. Juni 1934 hat er einem Freunde gesagt: „Jetzt wäre es Zeit gewesen, Hitler und die ganze Gesellschaft wegzujagen.“ In der Folge vermochte Hitler ihn allerdings über Ziel und Geist seiner Politik ebenso zu täuschen wie viele andere Gutwillig-Naive im In- und Ausland. Rommel besaß jedenfalls nicht den untrüglichen Scharfblick für die konstitutive Amoral und Unwahrhaftigkeit in Hitlers System und politischer Praxis wie etwa Beck und andere frühe Gegner. Seit Ende des Frankreich-Feldzuges aber ließ bittere Erfahrung seine zu tiefst geradlinig-gesunde Natur den Abstand erstaunlich schnell aufholen und führte

¹ Hans Speidel, *Invasion 1944. Ein Beitrag zu Rommels und des Reiches Schicksal*. Tübingen und Stuttgart 1949, S. 182. Ebenda das Folgende.

auch diesen ursprünglich zur Gefolgschaft Bereiten unweigerlich in grundsätzlichen Gegensatz zu Hitler. Der Eindruck der dilettantisch-oberflächlichen Behandlung entscheidender militärisch-politischer Fragen im Führerhauptquartier im Frühjahr 1942 zeitigte die erste Enttäuschung². Die unbeherrschte Ablehnung, die Hitler Rommels wohlüberlegtem Vorschlag rechtzeitiger Aufgabe Afrikas bei seinem ungebetenem Erscheinen im Hauptquartier Ende November 1942 entgegensetzte, bedeutete den Beginn der Wandlung³. Mehr und mehr befestigte sich in ihm, der keineswegs Pessimist von Hause aus war, in der Folge die Überzeugung, daß es militärisch abwärts gehe. „Der Krieg ist verloren“, erklärte er nach seiner Abberufung aus Afrika, also bereits im Frühjahr 1943, einem Duzfreunde unumwunden⁴. Über das Militärische hinaus aber erregte Rommel, genau wie die übrigen Männer des 20. Juli, zunehmend auch die Untergrabung des Rechtsstaates durch die Methoden der Gestapo, die Maßlosigkeit Hitlers im menschlichen, militärischen und staatlichen Bereich, seine Unterdrückung der Kirchen und seine Ausrottungspolitik gegen die Juden, seine Verachtung jeder echten Humanität überhaupt⁵. Eine Denkschrift, die Dr. Goerdeler und ein Gesinnungsgenosse, der Stuttgarter Oberbürgermeister Strölin, im Herbst 1943 mit dem Ziele der Wiederherstellung rechtsstaatlicher Zustände, des inneren und äußeren Friedens verfaßten und die Strölin dem Reichsinnenministerium vorlegte, aber auch Rommel mitteilte, entsprach dessen Anschauungen völlig und beeindruckte ihn stark⁶. Entsetzt hatte sich Rommel im Sommer 1943 zu Feldmarschall von Manstein über den von ihm gewonnenen Einblick in den Wirkungsbereich der Gestapo geäußert. Hitler selbst legte er damals die Abstellung ihrer Übergriffe, ja eine kritische Überprüfung der gesamten „militärischen und politischen Situation nahe⁷. Mit Manstein faßte er schließlich den Plan, bei weiterer Unzulänglichkeit Hitlers das Führerhauptquartier durch zuverlässige Truppen zu umstellen, Göring, Keitel und Jodl zu verhaften und dadurch Hitler selbst zu einem durchgreifenden Wandel in der militärischen Führung zu zwingen. Eine plötzliche Berufung Mansteins zu Hitler, von der man noch einiges erhofft hatte, endete trotz der sehr offenen Sprache des Feldmarschalls mit völligem Mißerfolg⁸. Als Rommel selbst nach dem italienischen Regimewechsel Hitler im August 1943 eine Denkschrift seines Ic über die wahre politische Lage in Italien, die Mißstände in der faschistischen Partei und die leichtfertige Regierungsführung des wiedereingesetzten Mussolini vorlegte, schrie Hitler ihm mit den Worten an: „Ich verbitte mir, daß die Militärs Politik machen. Ich setze ja auch keine Gauleiter als Generale ein!“⁹

² Lutz Koch, Erwin Rommel. Die Wandlung eines großen Soldaten. Stuttgart 1950, S. 64 ff.

³ Koch, a. a. O., S. 104 ff, S. 109 ff.

⁴ Koch, a. a. O., S. 151.

⁵ Speidel, a. a. O., S. 82, S. 183.

⁶ Karl Strölin, Verräter oder Patrioten, Der 20. Juli 1944 und das Recht auf Widerstand. Stuttgart 1952, S. 32; Koch, a. a. O., S. 187; Speidel, a. a. O., S. 81.

⁷ Koch, a. a. O., S. 141.

⁸ Koch, a. a. O., S. 145 f.

⁹ Koch, a. a. O., S. 152 ff.

Sorge um Deutschland brachte Rommel, der noch im Sommer 1943 dem ersten Versuch, ihn nach dem Sturz des „Führers“ für den Posten eines Reichspräsidenten zu gewinnen, mit dem Bedenken begegnet war, von Politik verstehe er nichts, in der Folge immer mehr zu der Überzeugung, daß er der einzige sei, der mit Aussicht auf Erfolg etwas gegen Hitler unternehmen könne¹⁰. Auch nach Ansicht eines Teils des Goerdeler-Kreises besaß nur Rommel die nötige Popularität in der Heimat wie auch das Ansehen im Ausland, um in einem solchen Falle die Lage ohne Bürgerkrieg zu meistern¹¹. Bei der entscheidenden Besprechung mit Oberbürgermeister Strölin im Hause Rommels in Herrlingen bei Ulm, Ende Januar oder Anfang Februar 1944, bekannte sich der Feldmarschall zu der Überzeugung, daß der Krieg nicht mehr zu gewinnen sei. Entschieden verurteilte er zugleich die Wege Hitlerischer Innenpolitik: hier müsse unter allen Umständen durchgegriffen werden. „Ich glaube auch“, erklärte Rommel schließlich, „daß ich mich für die Rettung Deutschlands einsetzen muß¹².“ In einer Besprechung des Feldmarschalls mit dem Militärbefehlshaber von Frankreich, General von Stülpnagel, und einer weiteren, die sein Stabschef mit Strölin und dem früheren Außenminister von Neurath führte, wurden die nötigen Maßnahmen für eine Beendigung des Krieges im Westen und für den Sturz des nationalsozialistischen Regimes erörtert¹³. Dem Buchstaben nach ist es richtig, daß Rommel hierbei die ihm mitgeteilten Attentatspläne „nicht gebilligt“ hat, worauf die Kritiker des 20. Juli so viel Gewicht legen. Aber das geschah nicht etwa, weil Rommel Hitler schonen, sondern weil er ihn, was auch für andere Gegner des Diktators ein Punkt des Bedenkens war, nicht zum Märtyrer gestempelt wissen wollte. Er plante vielmehr, Hitler durch zuverlässige Panzerverbände verhaften und ihn sodann vor einem deutschen Gericht für seine Verbrechen am eigenen Volk und gegen die Menschlichkeit aburteilen zu lassen¹⁴. Ein Aufruf sollte dem Volk die wahre Lage und die Verbrechen der Staatsführung enthüllen. Das alles sollte nach Möglichkeit geschehen, solange die Westfront noch hielt. Verließ auch eine letzte Aussprache mit Hitler ergebnislos, so wollte Rommel handeln¹⁵. Dies und nichts anderes waren seine Absichten, die die Kritiker des 20. Juli mit der in ihren Augen und für ihre Zwecke offenbar nicht gar so peinlichen Formel umschreiben: Rommel habe „lediglich (!) geglaubt, aus militärischen und außenpolitischen Gründen einen Wechsel in der Spitzenführung fordern zu müssen“. Diese Kritiker können sich aber nicht gut darüber im unklaren sein, was „ein Wechsel in der Spitzenführung“ im Dritten Reich bedeutete. Ohne Umschweife gesagt: keinen Austausch von Personen, sondern mit dem Fall Hitlers den Sturz des nationalsozialistischen Regimes überhaupt, und zwar trotz des tobenden Krieges. Dies gebot Rommel – auch Rommel – in der einmaligen Lage des Augenblicks sein Verantwortungs-

¹⁰ Koch, a. a. O., S. 142 f., S. 166.

¹¹ Strölin, a. a. O., S. 52; Koch, a. a. O., S. 188; Speidel, a. a. O., S. 86.

¹² Speidel, a. a. O., S. 81 f.; Strölin, a. a. O., S. 52 f.; Koch, a. a. O., S. 187 ff.

¹³ Speidel, a. a. O., S. 83 ff.; Strölin, a. a. O., S. 54; Koch, a. a. O., S. 190.

¹⁴ Speidel, a. a. O., S. 84, S. 92; Strölin, a. a. O., S. 35.

¹⁵ Speidel, a. a. O., S. 91 ff.; Strölin, a. a. O., S. 35.

gefühl gegenüber der Nation, das ihm ein übersteigertes Führerprinzip nicht abzunehmen vermochte.

Nach den bitteren Erfahrungen bei der alliierten Landung von Nettuno, nach seiner Kenntnis des Atlantik-„Walls“ und der feindlichen Luftüberlegenheit hatte Rommel im Mai 1944 das schwerwiegende Urteil abgegeben: „Wenn es uns nicht gelingt, den Gegner in den ersten Stunden der Landung . . . zurückzuschlagen und ihn an der Bildung eines Brückenkopfes zu verhindern, dann ist die Invasionschlacht verloren und damit der Krieg praktisch zu Ende¹⁶.“ Der feindliche Brückenkopf wurde gebildet. Als Rommel am 17. Juni in Margival (bei Soissons) Hitler offen die militärische und politische Lage schilderte, unter Hinweis auf das Treiben von Sicherheitspolizei und SD die verfehlte Frankreich-Politik charakterisierte und die Notwendigkeit darlegte, den Krieg zu beenden, fertigte ihn Hitler mit den Worten ab: „Kümmern Sie sich nicht um den Weitergang des Krieges, sondern um Ihre Invasionsfront¹⁷.“ Rommel aber unterstrich seine Klage über die wirklichkeitsfremde Beurteilung der Frontsituation durch das Führerhauptquartier mit dem vielsagenden Hinweis: „Sie verlangen, wir sollen Vertrauen haben, und man traut uns selber nicht¹⁸!“ Doch Hitler kam auch jetzt nicht an die Front, und Rommel bereitete seine Unterführer auf selbständiges Handeln der Wehrmacht im Westen vor¹⁹. Am 25. Juni besprach er mit dem neuen Oberquartiermeister, Oberst Finckh, die notwendige Gleichordnung der geplanten Maßnahmen im Westen und im Führerhauptquartier. Erneut plädierte er dabei für Verhaftung und Aburteilung Hitlers statt eines Attentates²⁰. Seine letzte Hoffnung, diesen am 29. Juni in Berchtesgaden gemeinsam mit Rundstedt von den Erfordernissen der Lage überzeugen zu können, blieb unerfüllt. Hitler wick den Feldmarschällen aus und kündigte den Einsatz von Wunderwaffen an. Keitel, dem Rommel darauf die Notwendigkeit darlegte, unter Aufgabe aller Wunschträume den Krieg im Westen zu beenden, um die Ostfront zu halten und Deutschland vor der Katastrophe zu bewahren, gestand ihm damals: „Auch ich weiß, daß nichts mehr zu machen ist²¹.“ Als am 9. Juli Oberstleutnant von Hofacker als Vertrauensmann des Goerdeler-Kreises an Rommel den entscheidenden Appell richtete, versagte der Feldmarschall sich nicht. Der geplante Anschlag auf Hitler ist dabei offenbar nicht näher besprochen worden, wohl aber die Rommel zuge dachte Aufgabe, im Westen Waffenstillstand zu schließen und als vorläufiger Reichspräsident zu fungieren. Der Feldmarschall gab der deutschen Invasionsfront noch eine Dauer von höchstens 14 Tagen bis 3 Wochen²². In seiner berühmten letzten Denkschrift vom 15. Juli forderte er unter Hinweis hierauf von Hitler, „die Folgerungen aus dieser Lage unverzüglich zu ziehen“²³.

¹⁶ Koch, a. a. O., S. 171, 178, 181 u. 183; Speidel, a. a. O., S. 67.

¹⁷ Speidel, a. a. O., S. 80, 118; Koch, a. a. O., S. 205.

¹⁸ Speidel, a. a. O., S. 117; Koch, a. a. O., S. 204 ff.

¹⁹ Speidel, a. a. O., S. 125.

²⁰ Speidel, a. a. O., S. 126.

²¹ Speidel, a. a. O., S. 127 f.; Koch, a. a. O., S. 217 f.

²² Koch, a. a. O., S. 220 f.; Speidel, a. a. O., S. 135 ff.

²³ Speidel, a. a. O., S. 137 ff.; Koch, a. a. O., S. 222 ff.

Zwei Tage später wurde Rommel durch seine schwere Verwundung handlungsunfähig.

Über das weitere Schicksal Rommels ist genügend bekannt, um auch den Rest der Umdeutung seiner Haltung durch die Kritiker des 20. Juli zu entkräften. Daß er der einmal gewonnenen Überzeugung treu blieb, beweist sein Wort von dem „pathologischen Lügner“, der „seinen wahren Sadismus gegen die Männer des 20. Juli gerichtet“ habe, beweist seine erneute Bereitschaft, zum Zwecke der Ausschaltung Hitlers Verantwortungen jeglicher Art zu übernehmen²⁴. Hoffnungen eines Freundes aber, Hitler werde sich an ihn, seinen populärsten Heerführer, nicht heranwagen, wies er illusionslos zurück: „Doch, Du wirst sehen, er läßt mich umbringen, Du solltest als Politiker diesen Verbrecher besser kennen als ich“²⁵. Auch Hitler war über Rommels Einstellung ohne Illusionen, und daß er ihn beseitigt hat, ist eine Bestätigung für Rommels Haltung. Nach außen hin war Rommel nicht kompromittiert, insofern wäre seine Beseitigung nicht nötig gewesen. Hitler scheute sich zwar im eigenen Interesse, das gleiche Schauerverfahren gegen Rommel anzuwenden wie gegen seine Gesinnungsgenossen – das gleiche Ziel aber wollte er auf Wegen der Tarnung, des Hinterhalts und der Lüge erreichen, die für ein Gelingen jede Gewähr boten. Rommel nahm das Gift, das Hitler ihm nach der Meinung jener Kritiker „schicken mußte“ – doch nichts spricht dafür, daß es für Rommel aus den Händen einer „Staatsautorität“ kam, die er noch für sich und für Deutschland als eine solche moralisch legitimiert betrachtet und der gegenüber er irgend etwas „eingesehen“ hätte. Oft genug hat er ja jenes Hitlerwort zitiert, nach dem gegen eine Regierungsgewalt, die ein Volk dem Untergang entgegenführe, „die Rebellion eines jeden Angehörigen eines solchen Volkes nicht nur Recht, sondern Pflicht“ sei²⁶. Noch eine Woche vor seinem Tode sagte er zu seinem Arzt: „Ich fürchte, dieser Wahnsinnige wird den letzten Deutschen opfern, ehe es mit ihm selbst zu Ende geht“²⁷. Im Konflikt zwischen seinen Pflichten gegen Hitler und denen gegen Deutschland hat Rommel sich für sein Volk entschieden. Nicht ein sogenannter „höherer Gehorsam seines Heldentums“ also, der noch immer Hitler geleistet worden wäre – wie es die Vertreter der neuen Dolchstoßlegende wollen –, sondern die Eindeutigkeit seiner Stellungnahme gegen den Diktator „entrückt Rommel dem Streit der Parteien“! Von den anderen Männern des 20. Juli unterscheidet ihn im letzten keine abweichende innere Haltung, sondern allenfalls der Zeitpunkt seiner Erkenntnis und die Frage der Form einer Ausschaltung Hitlers als Person. Eben weil aber, wie einer seiner Biographen²⁸ sagt, unter den Marschällen und Generalen des Dritten Reiches wohl keiner um die Erhaltung und Rechtfertigung „seiner“ Welt tiefer gerungen und gelitten hat als Rommel, besitzt seine Wandlung um so größeren Wert in sich selbst und für eine noch vielfach irrende Nachwelt.

²⁴ Speidel, a. a. O., S. 176 f.

²⁵ Speidel, a. a. O., S. 177.

²⁶ Speidel, a. a. O., S. 88.

²⁷ Speidel, a. a. O., S. 177.

²⁸ Koch, a. a. O., S. 15 f., 8 ff., 329.

Dokumentation

ZUR ERMORDUNG DES GENERALS SCHLEICHER

Vorbemerkungen des Herausgebers

Der Reichskanzler a. D. von Schleicher und seine Frau waren am 30. Juni 1934 in ihrer Wohnung erschossen worden. Nach dem amtlichen Communiqué hätte sich Schleicher einer Verhaftung durch Kriminalbeamte mit der Waffe zu widersetzen versucht. Durch den dabei erfolgten Schußwechsel wären sowohl er wie seine dazwischentretende Frau tödlich verletzt worden¹. Die Verhaftung Schleichers sollte nach dieser Lesart wegen des Verdachtes erfolgen, daß er mit dem Stabschef der SA, Röhm, der am folgenden Tage auf Befehl Hitlers erschossen wurde, und mit „auswärtigen Mächten“ konspiriert habe. Hitler selbst gab in seiner großen Rechtfertigungsrede eine andere Version, indem er an den beiden Vorwürfen gegen Schleicher festhielt, aber nicht undeutlich und im Grunde mit Stolz erklärte, er habe ihn „totschießen“ lassen². Bezeugt sind weiter die Beschwichtigungsversuche

¹ Der 30. Juni war ein Samstag. Die Erschießung war gegen 12.30 Uhr erfolgt. Abends gegen 22.00 Uhr brachte zum erstenmal der Rundfunk eine Nachricht über den Tod von Schleicher. Die gleiche Meldung veröffentlichte am darauffolgenden Sonntag (1. Juli) die Berliner Ausgabe des Völkischen Beobachters. Diese Berliner Ausgabe war uns nicht mehr zugänglich. Die Norddeutsche Ausgabe des Völkischen Beobachters (Provinzausgabe) brachte auffälligerweise erst am 3. Juli folgende Meldung: „In den letzten Wochen wurde festgestellt, daß der frühere Reichswehrminister, General a. D. von Schleicher, mit den staatsfeindlichen Kreisen der SA-Führung und mit auswärtigen Mächten staatsgefährdende Verbindungen unterhalten hat. Damit war bewiesen, daß er sich in Worten und Wirken gegen diesen Staat und seine Führung betätigt hat. Diese Tatsache machte seine Verhaftung im Zusammenhang mit der gesamten Säuberungsaktion notwendig. Bei der Verhaftung durch Kriminalbeamte widersetzte sich General a. D. Schleicher mit der Waffe. Durch den dabei erfolgten Schußwechsel wurde er und seine dazwischentretende Frau tödlich verletzt.“ Die Süddeutsche Ausgabe des Völkischen Beobachters brachte die gleiche Meldung in der Nummer vom 2. Juli 1934 unter Berlin, 1. Juli 1934. Diese Meldung wurde von der ganzen deutschen Presse übernommen. Nach einer mündlichen Auskunft des Generals a. D. Foertsch, der s. Z. Pressereferent im Reichswehrministerium war, ist der Text dieser Zeitungsmeldung über den Tod Schleichers und seiner Frau im Reichswehrministerium aufgesetzt und noch am 30. Juni abends über das Propagandaministerium bekanntgegeben worden. Der General von Reichenau, der Chef des Wehrmachtsamts im Reichswehrministerium, hatte auf eine ungehende, amtliche Bekanntgabe des Todes und der Todesursache gedrängt. Er hatte den Text verfaßt, der von dem Reichswehrminister von Blomberg und dem Preussischen Ministerpräsidenten Göring genehmigt worden war.

² Vgl. Reichstagsrede vom 13. Juli: „Ohne mich jemals davon zu verständigen, und ohne daß ich es zunächst auch nur ahnte, hat Stabschef Röhm durch Vermittlung eines durch und durch korrupten Hochstaplers, eines Herrn von A., die Beziehung zu General Schleicher aufgenommen.“

gegenüber Hindenburg³ und Görings Begründungen, die jede eigene Schuld leugnen und wiederum Hitler als den eigentlichen Urheber der Tat erscheinen lassen⁴. Abweichend ist Gisevius geneigt, mit dem Plan der Ermordung entweder Göring oder Himmler-Heydrich zu belasten.⁵ Die offizielle Version wird, was die Vorwürfe

General Schleicher war der Mann, der dem inneren Wunsche des Stabschefs Röhm den äußeren Ausdruck verlieh. Es war es, der konkret die Auffassung fixierte und vertrat, daß

1. das heutige deutsche Regiment unhaltbar sei, daß
2. vor allem die Wehrmacht und sämtliche nationalen Verbände in einer Hand zusammengefaßt werden müßten, daß
3. der dafür allein gegebene Mann nur Stabschef Röhm sein könnte, daß
4. Herr von Papen entfernt werden müßte und er bereit sein würde, die Stelle eines Vizekanzlers einzunehmen, daß weiter auch noch andere wesentliche Veränderungen des Reichskabinetts vorgenommen werden müßten. Wie immer in solchen Fällen, begann nunmehr das Suchen nach Männern für die neue Regierung, immer unter der Annahme, daß ich selbst in meiner Stellung, wenigstens für zunächst, belassen würde.

Die Durchführung dieser Vorschläge des Generals von Schleicher mußte schon im Punkte 2 auf meinen nie zu überwindenden Widerstand stoßen. Es wäre mir weder sachlich noch menschlich jemals möglich gewesen, meine Einwilligung zu einem Wechsel im Reichswehrministerium zu geben und die Neubesetzung durch den Stabschef Röhm vorzunehmen . . .“

„ . . . Die Notwendigkeit des eigenen Vorgehens der SA wurde begründet mit dem Hinweise auf meine Entschlußunfähigkeit, die erst dann behoben sein würde, wenn Tatsachen geschaffen wären.

Vermutlich unter diesen unwahren Vorwänden wurde die außenpolitische Vorbereitung der Aktion Herrn von Dettens übertragen. General von Schleicher nahm das außenpolitische Spiel teilweise persönlich wahr bzw. ließ es durch seinen Kurier, General von Bredow, praktisch betreiben . . .“

„ . . . Ein ausländischer Diplomat erklärt, daß die Zusammenkunft mit Schleicher und Röhm selbstverständlich ganz harmloser Natur gewesen wäre. Ich hatte mich darüber mit niemandem zu unterhalten. Die Auffassungen über das, was harmlos ist und was nicht, werden sich auf politischem Gebiet niemals decken.

Wenn aber drei Hochverräter in Deutschland mit einem auswärtigen Staatsmann eine Zusammenkunft vereinbaren und durchführen, die sie selbst als „dienstlich“ bezeichnen, unter Fernhaltung des Personals durchführen und mir durch strengsten Befehl verheimlichen, dann lasse ich solche Männer totschießen, auch wenn es zutreffend sein sollte, daß bei einer vor mir so verborgenen Beratung nur über Witterung, alte Münzen u. dgl. gesprochen worden sein soll . . .“, Völkischer Beobachter, vom 15./16. Juli 1934, Ausgabe A Nr. 196/197.

³ Vgl. dazu Otto Meißner, „Staatssekretär unter Ebert-Hindenburg-Hitler“, Hamburg 1950, S. 568.

⁴ Vgl. Meißner, a. a. O., S. 369.

Auch nach Papens Memoiren, „Der Wahrheit eine Gasse“, München 1952, hat Göring erklärt, die Gestapo habe von Hitler persönlich den Befehl zur Verhaftung gehabt.

In seiner eigenen Aussage in Nürnberg hat Göring eine neue Variante gegeben: „Es ist bei der Verhaftung des ehemaligen Reichskanzlers Schleicher dazu gekommen, daß bei der Verhaftung Schleicher, nach Aussagen der beiden Leute, nach einer Pistole griff, um sich selbst vielleicht zu erschießen. Darauf hoben die beiden Leute ihre Pistolen, und Frau von Schleicher warf sich dem einen an den Hals, um ihn zu fassen, und er behauptet, daß dabei seine Pistole losgegangen sei. Wir bedauerten diesen Vorfall außerordentlich.“ (IMT IX, S. 305.)

⁵ Vgl. seine Aussage in Nürnberg: „Zunächst haben wir festgestellt, daß von Himmler, Heydrich und Göring genaue Mordlisten aufgestellt waren; denn ich habe selber angehört im Palais Göring – und habe es von Daluge, der dort anwesend war, bestätigt erhalten, auch von

gegen Schleicher betrifft, weitgehend wiederholt in den Erinnerungen des damaligen Reichsfinanzministers Graf Schwerin-Krosigk⁶ und es finden sich Kreise, die auch heute noch an ihr selbst bezüglich der Todesursache festhalten⁷. Auf der anderen Seite geht die sogenannte Ehrenrettung Schleichers durch eine Erklärung v. Mackensens an den Vorwürfen wie an der Todesursache mit einem Verlegenheitswortlaut vorbei⁸.

Wir sind in der Lage, an Hand einiger Dokumente Aufklärung zum mindesten über die Umstände, die zum Tode Schleichers geführt haben, zu geben. Wir veröffentlichen die Berichte des Oberstaatsanwalts beim Landgericht Potsdam, Tetzlaff, sowie des damals bei der gleichen Staatsanwaltschaft tätigen Gerichtsassessors Dr. Grützner über die Erschießung Schleichers, ferner eine dienstliche Äußerung des Staatsanwaltschaftsrats von Haacke von der Zentralstaatsanwaltschaft in Berlin zu der gleichen Angelegenheit. Diese Berichte befanden sich in den Personalakten des Herrn Dr. Grützner, der sie uns mit Zustimmung des Bundesjustizministeriums zur Verfügung gestellt hat. Dr. Grützner, der jetzt Ministerialrat im Bundesjustizministerium ist, hat gleichzeitig einen nachträglichen Bericht über seine eigenen

Nebe, der von der ersten Sekunde an dabei war —, daß keiner der Ermordeten beim Namen genannt wurde, sondern man sagte nur, „Nummer soundso ist jetzt weg“, dann „Nummer soundso fehlt noch“, und „Nummer soundso kommt gleich dran“. Es ist aber zweifellos, daß bei dieser Gelegenheit Heydrich und Himmler auch noch eine Sonderliste hatten. Auf dieser Sonderliste standen mehrere Katholiken, Klausner und andere, und ich kann beispielsweise hier nicht unter Eid aussagen, ob die Ermordung Schleichers auf Geheiß von Göring erfolgte, oder ob das ein Mann von der Sonderliste Heydrich-Himmler war“ (IMT, XII, S. 278).

⁶ „Es geschah in Deutschland“, Tübingen und Stuttgart 1951, S. 121.)

⁷ Vgl. Generaladmiral a. D. Boehm in „Nation Europa“, II. Jg., Heft 4.

⁸ In dem Bericht über die Mitgliederversammlung des Vereins der Angehörigen des ehemaligen Generalstabs (Vereinigung Graf Schlieffen e. V.) vom 28. Februar 1955, der vervielfältigt an alle Mitglieder versandt wurde, heißt es wörtlich: „Ziff. 2. Die Versammlung erhob sich zu Ehren der im vergangenen Vereinsjahr Verstorbenen, deren Namen der 1. Vorsitzende, (Generalfeldmarschall v. Mackensen) bekanntgab.“ (Es folgen die Namen, unter denen aber nicht die Namen der Generale von Schleicher und von Bredow aufgeführt sind, Bredow war ebenfalls am 30. Juni ermordet worden.) Ferner verlas der 1. Vorsitzende folgende Erklärung: „Was den Tod der Generale von Schleicher und von Bredow betrifft, so ist festgestellt, daß bei den rein politischen Machtkämpfen, um die es sich damals handelte, die persönliche Ehre der genannten Offiziere nicht berührt worden ist, daß sie aber Wege beschritten, die als regierungsfeindlich angesehen worden sind und daher zu den verhängnisvollen Folgen führten. Eine Diskussion über die Frage kann ich nicht zulassen, da die Reichsregierung durch einen gesetzgebenden Akt erklärt hat, daß der Tod der am 30. Juni und 1. Juli Gebliebenen als im Interesse des Staates erfolgt zu betrachten sei. Durch weitere Durchforschung der Materie würden wir uns auf das politische Gebiet begeben, das nach unseren Satzungen der Vereinigung Graf Schlieffen verschlossen ist.“ Dieser selbstverständlich nur für die Vereinsmitglieder und nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Erklärung fügte der 1. Vorsitzende ohne Zusammenhang mit der Erklärung die Worte hinzu, daß unsere Kameraden ohne Verletzung ihrer Ehre auf einem Schlachtfelde gefallen seien, auf das sie ihr Geschick geführt habe. „Alle über diese Worte bedauerlicherweise in die Presse gebrachten sinnentstellenden Mißdeutungen gehören in das Gebiet der Fabel.“

Diese Erklärung Mackensens ist um so erstaunlicher, als Hitler in seiner Rede vom 13. Juli (s. Anm. 2) Schleicher des Landes- und Hochverrats bezichtigt hatte. Hoch- und Landesverrat

Erlebnisse im Zusammenhang mit der Ermordung Schleichers, den er am 18. Januar 1952 aufgesetzt hat, zur Publikation überlassen.

Auch diese Dokumente vermögen keine vollständige Aufklärung über die Erschießung Schleichers zu geben. Sie sind schon deswegen unvollständig, weil die nationalsozialistischen Machthaber die polizeiliche Untersuchung noch am Todestage selbst abgebrochen und eine Wiederaufnahme nicht geduldet haben. Immerhin ergibt sich aus den vorliegenden Dokumenten einwandfrei, daß Schleicher nicht wegen Widerstandes mit der Waffe bei seiner Verhaftung erschossen, sondern ermordet worden ist. Andererseits fehlt es nach wie vor an jeglichen Nachweisen über die Personen der Täter und ihre Auftraggeber, über die Art des Auftrags sowie über den Anlaß zur Tötung.

Gleichzeitig geben diese Berichte einen interessanten Einblick in die politische Geistesverfassung und Berufsvorstellung der Beamtschaft im zweiten Jahr des nationalsozialistischen Regimes.

Einige Bemerkungen rechtlicher und organisatorischer Art mögen zum Verständnis der Berichte im einzelnen dienen.

Die Staatsanwaltschaft ist nach § 152 Abs. 2 der Strafprozeßordnung verpflichtet, „wegen aller gerichtlich strafbaren und verfolgbaren Handlungen einzuschreiten, sofern zureichende tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen“ (Legalitätsgrundsatz). Die Staatsanwaltschaft hatte demnach im vorliegenden Falle zu prüfen, ob derartige Anhaltspunkte für eine strafbare Handlung vorlagen. Reine Zweckmäßigkeitserwägungen und politische Motive durften für die Handlungen der Staatsanwaltschaft nicht bestimmend sein. Ebenso durfte die Staatsanwaltschaft das einmal eingeleitete Verfahren entsprechend dem Legalitätsprinzip nur in den von der Strafprozeßordnung festgelegten Formen beenden.

Der Tatort Neubabelsberg gehörte zum Landgerichtsbezirk Potsdam. Zuständig war daher die Staatsanwaltschaft in Potsdam. Nach § 144 des Gerichtsverfassungsgesetzes handeln die dem ersten Beamten beigeordneten Beamten der Staatsanwaltschaft stets in Vertretung des ersten Beamten und sind zu allen Amtsverrichtungen desselben ohne den Nachweis eines besonderen Auftrages berechtigt. Zuständig war in erster Linie der Oberstaatsanwalt Tetzlaff. Todesermittlungssachen bearbeitete bei der Staatsanwaltschaft in Potsdam an Stelle des damals im Urlaub befindlichen Dezernenten, Gerichtsassessor Dr. Grützner.

Die Staatsanwaltschaft Potsdam mußte nach § 160 der Strafprozeßordnung einschreiten, nachdem sie durch den Gendarmerieposten und durch den Amtsvorsteher Schiche von der Erschießung des Ehepaars von Schleicher Kenntnis erhalten hatte.

galten aber in der nationalsozialistischen Vorstellungswelt als ehrenrührige Verbrechen im höchsten Maße. Von der Erschießung wegen Widerstandes war mit keinem Wort, auch nicht andeutungsweise, die Rede. Diese Erklärung mußte auf die Mitglieder als eine Ehrenrettung wirken. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß die Erklärung Mackeasens, zum mindesten in dem im vervielfältigten Bericht wiedergegebenen Wortlaut, mit den maßgebenden Parteinstanzen vorher abgestimmt war.

Die Beamten der Kriminalpolizei sind Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft, die ihnen gegenüber weisungsbefugt ist. Im allgemeinen führt die Kriminalpolizei die Ermittlungen in großer Selbständigkeit durch; immer aber bleibt der Staatsanwalt Herr der Ermittlungen und kann jederzeit auch in kleinsten Einzelteilen eingreifen. Dabei steht allerdings die Auswahl der mit den Ermittlungen zu betrauenden Beamten der Polizei selbst zu. Nach der damaligen Rechtslage waren die Beamten der Geheimen Staatspolizei⁹ ebenfalls Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft im Sinne des § 152 Abs. 2 GVG (vgl. hierzu die Verfügung des Preuß. Justizministers vom 17. Oktober 1933 – Preuß. Justiz S. 528 – ferner den Runderlaß des Ministers des Innern vom 26. April 1933, Mitteilungsblatt der Inneren Verwaltung I 503, in dem die Beamten der Geheimen Staatspolizei ausdrücklich als Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft bezeichnet waren). Auf Grund dieser Rechtslage war die Staatsanwaltschaft befugt, die Ermittlungen der Geheimen Staatspolizei zu übertragen. Die Geheime Staatspolizei hatte die Aufgabe, Angelegenheiten „mit politischem Einschlag“ zu bearbeiten (vgl. hierzu den Runderlaß des Ministers des Innern vom 26. April 1933 – Mitteilungsblatt der Inneren Verwaltung S. 503).

Am Tage der Ermordung gegen 18.30 Uhr erhielt die Staatsanwaltschaft in Potsdam von der Zentralstaatsanwaltschaft¹⁰ die Weisung, die Sache vorerst nicht weiter zu bearbeiten. Die Ermittlungen sollten der Geheimen Staatspolizei überlassen bleiben. Binnen 48 Stunden würden neue Weisungen erfolgen. Während die Staatsanwaltschaft, nachdem sie die Ermittlung der Geheimen Staatspolizei überlassen hatte, jederzeit berechtigt gewesen wäre, in das Verfahren einzugreifen, Einzelanweisungen zu erteilen oder gar die Sache wieder an sich zu ziehen, wurde

⁹ Durch Gesetz vom 26. April 1933 (Preußische Gesetzessammlung 1933, S. 122) war ein Geheimen Staatspolizeiamt mit dem Sitz in Berlin eingerichtet. Dieses hatte die Stellung einer Landespolizeibehörde und unterstand direkt dem Minister des Innern. Minister des Innern war damals der Preußische Ministerpräsident Hermann Göring. Nach dem Gesetz vom 30. Mai 1933 (Preußische Gesetzessammlung 1933, S. 413) bildete die Geheime Staatspolizei einen selbständigen Zweig der inneren Verwaltung. Mit der Wahrnehmung der laufenden Geschäfte hatte Göring den Reichsführer SS, Heinrich Himmler, als Inspekteur der Geheimen Staatspolizei beauftragt. Nach einer Verordnung vom 8. März 1934 (Preußische Gesetzessammlung 1934, S. 445) hatte der Inspekteur die Oberaufsicht über die Staatspolizeistellen nach Weisungen des Ministerpräsidenten.

¹⁰ Gemäß einer allgemeinen Verordnung des Justizministeriums vom 24. Juni 1933 wurde zur Abwehr gegen staatsfeindliche Angriffe die Zentralstaatsanwaltschaft gebildet. Der Leiter der Zentralstaatsanwaltschaft unterstand unmittelbar dem Justizminister. Er hatte die Bearbeitung der politischen Strafsachen von besonderer Bedeutung zu übernehmen. Er konnte Strafsachen dieser Art an sich ziehen und selbst Klage führen (Deutsche Justiz 1933, S. 235). Rudolf Diels, der damals gerade sein Amt als Regierungspräsident in Köln angetreten hatte und bis zum April 1934 als Ministerialrat im Innenministerium stellvertretender Chef der Geheimen Staatspolizei gewesen war, berichtet, daß nach der Vereinigung des Preußischen mit dem Reichsjustizministerium im Januar 1934 auf Veranlassung des Reichsjustizministers Gürtner die Zentralstaatsanwaltschaft vom Preußischen Justizministerium übernommen worden war. Die Aufgabe dieser Zentralstaatsanwaltschaft war nach Diels, Willkürakte von Parteifunktionären strafrechtlich zu verfolgen und überall in Erscheinung zu treten, wo die Partei die ordnungsgemäße Durchführung von Strafverfahren hinderte. Da die Staatsanwaltschaften

dies nunmehr von der Zentralstaatsanwaltschaft untersagt. Die Weisung hatte die Bedeutung, daß die Staatsanwaltschaft Potsdam während der bezeichneten Zeit ihrer eigenen Ermittlungspflicht nicht nachkommen durfte (§ 160 Strafprozeßordnung). Die Zentralstaatsanwaltschaft hatte eine Übernahme des Falles, die nach § 145 des Gerichtsverfassungsgesetzes möglich gewesen wäre, abgelehnt.

Auch für die Zentralstaatsanwaltschaft galt das Legalitätsprinzip, d. h. sie durfte diese Weisung nur erteilen, wenn sie nach pflichtgemäßer Überlegung zu der Überzeugung kam, daß diese Weisung notwendig war. Die Vermutung spricht dafür, daß die Gestapo nicht beabsichtigte, aufklärend wirkende Ermittlungen im Falle Schleicher anzustellen¹¹. Diese Vermutung wird dadurch bestärkt, daß Himmler die Ermordung Schleichers als eine Aktion der SS bezeichnet hatte¹². Es war nicht anzunehmen, daß er die Aufklärung seiner eigenen Maßnahmen in diesem Verfahren dulden würde.

sich bei derartigen Willkürakten von Parteifunktionären gegenüber den Gauleitern und bezirklichen Parteistellen nicht durchzusetzen vermochten, sollte nunmehr derartige Verfahren die dem Reichsjustizminister direkt unterstellte Zentralstaatsanwaltschaft durchführen. Es wurden zwei „fliegende Staatsanwälte“ eingesetzt, Dr. Joel für das Gebiet westlich, und von Haacke, eben jener, dessen Bericht hier auch veröffentlicht wird, und der mehrfach in den beiden Berichten von Tetzlaff und Grützner genannt wird, für die Gebiete östlich der Elbe („Lucifer Ante Portas“ Stuttgart 1950, S. 308 ff.).

¹¹ Hierzu H. B. Gisevius: „Bis zum bitteren Ende“, Bd. I, S. 228, im Kapitel über den 30. Juni 1934: „Während Daluege (SS-Gruppenführer seit 1933, Ministerialdirektor im Preußischen Innenministerium, General der Landespolizei, als solcher Befehlshaber der gesamten preußischen Polizei) und ich dasitzen und lauter unszusammenhängendes Zeug reden, werde ich nebenan ans Telephon gerufen. Der Regierungspräsident in Potsdam teilt mit, nach einer Meldung des zuständigen Landrats seien in ihrer Wohnung zu Neubabelsberg heute morgen der General von Schleicher nebst Ehefrau von unbekanntem Tätern erschossen worden. Der Landrat habe die Leichen beschlagnahmt sowie eine sofortige Untersuchung eingeleitet.

Ich stürze mit dieser Nachricht zu Daluege. Der hat davon bei Göring nichts gehört. Die Häischer waren wohl noch unterwegs. So kommen wir gar nicht auf den Gedanken, diesen Vorfall mit der Angelegenheit Röhm in Verbindung zu bringen. Wir sind zunächst einmal fünf oder zehn Minuten sprachlos. Länger wird uns nicht Zeit gelassen, weil ich schon wieder ans Telephon gerufen werde. Diesmal ist es der Landrat selber. Er wiederholt seine Meldung und fügt hinzu, soeben habe er erfahren, die beiden Schleichers seien im Auftrage der Gestapo erschossen worden. Jede Untersuchung bleibe verboten. Hingegen wolle er Weisung erhalten, was mit den Leichen zu geschehen habe. Man könne diese doch nicht stundenlang im Hause herumliegen lassen.

Nun wissen Daluege und ich Bescheid. Es wird also gemordet . . . Daluege schickt mich mit dieser Nachricht zu Grauert (Staatssekretär des Preußischen Innenministeriums) hinunter, der gerade von Göring zurückgekommen ist. Indes, als ich versuche, wohl ein bißchen erregt, meinen Bericht anzubringen, wehrt er gelassen ab, als handle es sich um die selbstverständlichste Sache der Welt. Das habe er schon längst bei Göring vernommen. Schleicher sei am Putsch beteiligt gewesen; bei der Verhaftung habe er sich gewehrt und sei mitsamt seiner Frau erschossen worden. Im übrigen seien das nicht die einzigen Toten. Offensichtlich ist damit für Grauert der Vorfall erledigt. Zum mindesten beabsichtigt er nicht, sich deswegen sein Wochenende stören zu lassen. So gebe ich zwar meine Frage hinsichtlich der Leichen beider Schleichers weiter, ohne jedoch eine klare Antwort zu erhalten. Er will jetzt nichts hören. Die Gestapo werde das schon regeln.“

¹² S. Bericht Dr. Grützners vom 18. Januar 1952.

Am 3. Juli wurde im Reichsgesetzblatt das Gesetz über Maßnahmen der Staatsnotwehr verkündet (RGBl. I 529), in dem die zur Niederschlagung hochverräterischer Angriffe am 30. Juni, 1. und 2. Juli vollzogenen Maßnahmen als Staatsnotwehr für rechtmäßig erklärt worden sind. Durch dieses Gesetz wurde der Staatsanwaltschaft jede Möglichkeit genommen, den Fall Schleicher weiter aufzuklären.

Aus den Dokumenten selbst ergibt sich, daß der Assessor Dr. Grützner, unvoreingenommen, mit frischem Eifer die Ermittlungen zunächst durchzuführen gewillt war. Auch die polizeilichen Erhebungen am Tatort scheinen, wie sich aus den Vernehmungsprotokollen ergibt, zunächst durchaus vorschriftsmäßig vorgenommen worden zu sein. Daß die Mordkommission infolge des Alarms im Potsdamer Polizeipräsidium zunächst an der Abfahrt zum Tatort verhindert wurde, mag noch keinen Eingriff in das Ermittlungsverfahren bedeuten. Aber schon 2¹/₂ Stunden nach dem Mord erfolgten die ersten Eingriffe. Der Polizeipräsident Graf Helldorf und der Regierungspräsident Fromm waren am Tatort erschienen. Grützner erfuhr, daß keine Vernehmungen gemacht werden sollten, sondern daß der ganze Sachbefund nur in Berichtsform niederzulegen sei. Die Kriminalpolizei erhielt Anweisung, sich zurückhaltend zu benehmen. Die protokollarischen Vernehmungen von Zeugen mußten eingestellt werden. Grützner sagt allerdings nicht, wer ihm diese Instruktion gegeben hat. Der Oberstaatsanwalt Tetzlaff, der wesentlich vorsichtiger als der Assessor Grützner war, lenkte in einem Gespräch mit Grützner zwischen 15.30 Uhr und 16.00 Uhr die Ermittlung in bestimmte Richtungen, nämlich die, daß Schleicher von Röhm-Anhängern, die sich von ihm verraten glaubten, ermordet worden sei. Die andere Version, die Grützner aufgebracht hatte, nämlich die Ermordung durch Anhänger des Regimes, verwarf der Oberstaatsanwalt. Es erschien ein SS-Kommando mit mehreren Kriminalbeamten vom Geheimen Staatspolizeiamt (Gestapo) unter SS-Sturmführer Meisinger. Dieser versuchte, Grützner an der Fortsetzung der Ermittlungen zu hindern. Ihm gegenüber setzte sich Grützner, dem inzwischen der politische Charakter des Mordes klar geworden war, dennoch durch. Der Oberstaatsanwalt, der durch diese Eingriffe und wahrscheinlich auch aus politischer Erfahrung unsicher geworden war, ob er die Ermittlungen fortsetzen sollte, andererseits pflichtgemäße Bedenken hatte, sie ohne weiteres einzustellen, ließ telephonisch durch den Assessor Grützner bei dem Staatsanwaltschaftsrat von Haacke von der Zentralstaatsanwaltschaft anfragen, ob diese die weitere Bearbeitung der Sache übernehmen würde. Diese Anfrage war berechtigt, da es ja gerade Aufgabe der Zentralstaatsanwaltschaft gewesen war, politische Strafsachen selbst zu bearbeiten. Haacke lehnte aber ab. Auch eine Obduktion der Leiche durfte nach seiner Anweisung nicht stattfinden. Gegen 18.30 Uhr fragte von Haacke bei der Staatsanwaltschaft in Potsdam, die ihm zwar nicht unterstand, der er aber die Ermittlung wegzunehmen in der Lage war, an, ob diese keine besonderen Anweisungen, also beispielsweise vom Justizministerium, vom Generalstaatsanwalt oder vielleicht auch vom Ministerpräsidenten Göring, erhalten habe. Haacke war wahrscheinlich um diese Zeit über die Zusammenhänge wesentlich besser orientiert als Tetzlaff und Grützner. Er wußte wohl auch aus Erfahrungen, daß die national-

sozialistischen Machthaber häufig Weisungen unmittelbar und unter Umgehung der zuständigen Stellen gaben. Als Grützner die Anfrage Haackes verneinte, gab dieser die Anweisung, die Ermittlungen zunächst einzustellen. Diese Weisung in Verbindung mit der Ablehnung der Übernahme und das strikte Verbot der Obduktion waren immerhin erstaunliche Maßnahmen für einen Rechtsstaat.

Grützner hatte der Justizangestellten Velder bei der Zentralstaatsanwaltschaft telephonisch am 30. Juni um 14.00 Uhr übermittelt: „Der Reichskanzler a. D. von Schleicher ist aus politischen Gründen ermordet worden.“ Die Formulierung dieser Meldung war in diesem Augenblick vom Standpunkt des damaligen Regimes höchst leichtfertig. Sie durfte auf keinen Fall in die Öffentlichkeit dringen. Die Ermittlungen von Staatsanwaltschaft und Polizei waren zu weit fortgeschritten, als daß man noch von einem Selbstmord hätte reden können. Die offizielle Meldung über den Tod Schleichers und die Todesursache zeigt, daß man auch hier zum mindesten den Schein der Legalität, der legalen Notwehr, wahren wollte. Das Telefongespräch Grützners war abgehört worden. Diese Meldung, die u. U. unangenehme politische Folgen haben konnte, veranlaßte den Staatssekretär Freisler zu dem ungewöhnlichen Entschluß, zusammen mit dem persönlichen Referenten des Justizministers, Oberregierungsrat von Dohnányi, und drei Beamten der Gestapo den Assessor Grützner nachts um 11.30 Uhr in dessen Privatwohnung aufzusuchen. Es ist anzunehmen, daß Himmler sich über den Eingriff Grützners und über die Art seiner Meldung beschwert hatte.

Freisler, der der Vertrauensmann der Partei im Reichsjustizministerium war, wollte wahrscheinlich durch persönliche Vernehmung Grützners feststellen, ob dieser bei seinen Ermittlungen gegen das Regime gearbeitet habe, beispielsweise dadurch, daß er seine Auffassung über die Todesart Schleichers, nämlich die Ermordung, Dritten mitgeteilt hatte. Ein Mitwisser der wahren Todesart Schleichers hätte, falls dieser im Gegensatz zur Partei stehen würde, gefährlich werden können. Es läge auch im Bereich der Möglichkeiten, daß der Reichsjustizminister Gürtner Freisler selbst mit der Vernehmung beauftragt hatte. Hätte sich herausgestellt, daß Grützner „staatsfeindlich“ gehandelt hätte, so wollte man sofort gegen ihn einschreiten. Auf der anderen Seite wollte Gürtner, oder vielleicht sogar Freisler, eine unmittelbare Aktion der Gestapo gegen Grützner verhindern. Für diese letztere Überlegung spricht, daß an dem nächtlichen Besuch bei Grützner der persönliche Referent des Justizministers, Oberregierungsrat von Dohnányi, der zugleich dessen persönlicher Vertrauter war, teilgenommen hatte. Vielleicht sollte auf diese Weise Freisler wiederum überwacht werden. Gürtner versuchte ja in jener Zeit immer noch soweit er überhaupt dazu in der Lage war, die Legalität in seinem Ministerium zu wahren. Das Ergebnis dieser nächtlichen Untersuchung war wohl, daß für Freisler kein Anlaß zum Einschreiten der Gestapo gegen Grützner bestand. Um sich aber selber wiederum zu schützen, wies Freisler Tetzlaff und Grützner an, am nächsten Morgen einen schriftlichen Bericht zu erstatten. Wie aus der Darstellung Grützners vom 18. Januar 1952 zu ersehen ist, wußten beide, was ihnen drohte, nämlich Konzentrationslager. Sie hatten am nächsten Tage durch Presse und Rund-

funk die offizielle Verlautbarung der Regierung über den Tod Schleichers gehört und standen bei der Abfassung ihrer Berichte zweifellos unter dem Eindruck dieser Meldung und des bedrohlichen Besuchs Freislers in der vorhergehenden Nacht.

Der Reichsjustizminister Gürtner hat sich wenige Tage darauf gegenüber Göring in dieser Angelegenheit in einer mündlichen Unterredung rechtfertigen müssen. Das ergibt sich aus dem Aktenvermerk des Oberregierungsrats von Dohányi vom 9. Juli. Diese Rechtfertigung scheint Gürtner gelungen zu sein.

Derjenige, der am wenigsten die Gefahren des Regimes kannte oder sie am wenigsten zu fürchten schien, war der Assessor Grützner. Diese Haltung kommt auch deutlich in seinem Bericht vom 1. Juli zum Ausdruck. Wesentlich behutsamer verhielt sich der Oberstaatsanwalt Tetzlaff. Auch er war sich seiner Pflichten als Staatsanwalt bewußt. Sobald er an Hand der ersten Ermittlungen den heiklen Charakter des Falles erkannt hatte, hielt er sich aber zurück, um Weisungen abzuwarten und handelte nur nach Weisungen. Noch deutlicher tritt dieser Unterschied gegenüber Grützner in dem Bericht des Staatsanwaltschaftsrats von Haacke in Erscheinung. Von Haacke verfügte auf Grund seiner Stellung über reiche Erfahrungen auf dem Gebiete nationalsozialistischer Illegalitäten und im Umgang mit hohen nationalsozialistischen Funktionären. Er kannte besser und genauer als die beiden anderen die Methoden des nationalsozialistischen Regimes aus unmittelbarem Erleben. Aus seinem Bericht ergibt sich, daß er beim ersten Anruf Grützners schon unterrichtet war und den Mord in größerem politischem Zusammenhang gesehen hatte. Haacke kannte wahrscheinlich die Grenzen seiner eigenen Möglichkeiten. Er wußte, daß, wenn er nach Recht und Vorschrift die Ermittlungen durchzusetzen versuchen würde, ihm dies doch nicht gelingen könnte, daß er aber durch ein solches Unterfangen seine eigene Person in Gefahr bringen würde. Er konnte sich im wesentlichen wohl nur auf Verfolgung von Straftaten beschränken, die zwar von politischen Persönlichkeiten, aber auf vorwiegend unpolitischem Gebiet, oder wenn aus politischem Anlaß, nicht auf höhere Weisung, sondern aus eigener Initiative begangen waren. Daß Haacke der Geheimen Staatspolizei die Fortsetzung der Ermittlung überließ, war ein gesetzwidriges Ausweichen, denn die Geheime Staatspolizei war nur Gehilfe, nicht Herr der Ermittlung. Haacke machte den Gehilfen der Ermittlung zum Herrn der Ermittlung und verbot dem eigentlichen Herrn der Ermittlung, dem Gehilfen noch Anweisungen in dieser Angelegenheit zu erteilen. Zu einer solchen Weisung wäre er aber nur gesetzlich berechtigt gewesen, wenn er selbst die Ermittlung übernommen hätte. Andererseits hätte der Oberstaatsanwalt Tetzlaff auf die gesetzlichen Bedenken gegen die Selbstausschaltung der Staatsanwaltschaft Haacke aufmerksam machen müssen. Das scheint er aber nach dem vorliegenden Bericht unterlassen zu haben. Denn die Gestapo war nur formal Gehilfe der Staatsanwaltschaft. Tatsächlich hatte die Gestapo schon damals in der Rangordnung des nationalsozialistischen Regimes begonnen, eine selbständige Position neben der Staatsanwaltschaft einzunehmen. Praktisch bezog die Gestapo in politischen Ermittlungssachen ihre Weisungen nicht von der Staatsanwaltschaft, sondern von ihrer obersten Leitung.

Streng nach dem Gesetz war Haacke zu dieser Weisung nicht befugt. Die Zentralstaatsanwaltschaft konnte nur eine Ermittlung übernehmen, nicht aber zu deren Einstellung ohne gleichzeitige Übernahme eine Staatsanwaltschaft veranlassen. Aber auch in dieser Beziehung hat Tetzlaff widerspruchslos nach seinem Bericht die Weisung entgegengenommen, wahrscheinlich weil er dadurch von dieser heiklen Aufgabe entlastet war. Es ist auffällig, daß Tetzlaff diese wichtigen Telefongespräche nicht selbst führte, sondern sie dem Assessor Grützner überließ. Der eigentliche Vorgesetzte der Staatsanwaltschaft, der Generalstaatsanwalt, scheint sich erst um 20.30 Uhr näher mit der Angelegenheit befaßt zu haben.

Auffallenderweise erwähnt Haacke in seinem Bericht nicht, daß er die Übernahme der Ermittlung durch die Zentralstaatsanwaltschaft abgelehnt und die Potsdamer Staatsanwaltschaft zur vorläufigen Einstellung der Ermittlung veranlaßt habe. Er will lediglich die Zurückziehung der Kriminalpolizei und die Benachrichtigung der Geheimen Staatspolizei empfohlen haben. Man könnte aus seinem Bericht entnehmen, daß die Staatsanwaltschaft bei der Ermittlung eingeschaltet geblieben wäre. Haacke will nur die Weisung gegeben haben, die Freigabe der Leichen um 48 Stunden zurückzustellen. Er sicherte sich in seinem Bericht sowohl nach der politischen wie nach der gesetzlichen Seite. Aus dem Verhalten Haackes gewinnt man den Eindruck, als ob er nach Möglichkeit mit dieser Angelegenheit, für deren Behandlung er in erster Linie zuständig war, nicht befaßt werden wollte. Auch er versicherte sich zunächst durch Rückfrage bei Grützner, ob die Staatsanwaltschaft in Potsdam nicht von anderer Seite Weisung erhalten hatte. Erst dann veranlaßte er die vorläufige Einstellung der Ermittlung, nachdem er schon vorher die Übernahme durch die Zentralstaatsanwaltschaft abgelehnt hatte. Vielleicht hatte er selbst Skrupel, die Einstellung der Ermittlung anzuweisen und hätte es lieber gesehen, die Weisung wäre von anderer Seite erteilt worden. Ebenso beachtlich ist, daß der Oberstaatsanwalt Tetzlaff und der Gerichtsassessor Grützner sich auf Erklärungen und Weisungen Haackes berufen, die dieser mit keinem Wort in seiner eigenen Darstellung erwähnt hat.

Aber auch der SS-Sturmführer Meisinger zeigte damals noch einen gewissen Respekt vor den zuständigen Behörden und den geltenden Vorschriften. Er befolgte zunächst die Weisungen Grützners und holte Instruktionen der Gestapo ein. Auch er hielt sich in diesem Falle zunächst an die Vorstellungen der alten Verwaltungshierarchie.

Der Reichsjustizminister tritt in diesen Berichten am 30. Juni überhaupt nicht auf. Es hätte ja nahegelegen, ihn als ersten zu informieren und von ihm Instruktionen einzuholen. Entweder war er nicht erreichbar, oder aber er wollte im Hintergrund bleiben, was Haacke respektiert hat, indem er ihn nicht erwähnte. Es ist daher verständlich, daß die Beamten sich politisch selber sicherten, weil sie in ihrer Entscheidung nicht wußten, ob sie von ihrem Chef gedeckt würden. Haacke und Tetzlaff hatten sehr schnell gemerkt, daß sie einer revolutionären Situation gegenüberstanden und waren sich daher wohl im Zweifel, inwieweit sie die normalen gesetzlichen Verfahren anwenden könnten.

Der Beamte war einerseits nach dem damals noch gültigen Reichsbeamten-gesetz vom 17. Mai 1907 zu gesetzmäßigem Handeln verpflichtet (§ 17) und für die Gesetzmäßigkeit seiner amtlichen Handlungen verantwortlich (§ 15). Anderer-seits war er an die dienstlichen Anweisungen seiner Vorgesetzten gebunden (für die Staatsanwälte siehe § 144 Gerichtsverfassungsgesetz). Bis 1933 mögen Aus-einandersetzungen über die Auslegung von Gesetzesverpflichtungen zwischen Vor-gesetzten und Untergebenen vorgekommen sein, wohl kaum aber Konflikte wegen strafbarer Handlungen. In diesem Fall aber hatten die Regierung oder ihre Be-auftragten selbst eine strafbare Handlung veranlaßt, gefördert und wollten diese jetzt decken. Sie waren die von der Staatsanwaltschaft zu verfolgenden Verbrecher. Die Staatsanwaltschaft war also in die Zwangslage versetzt, die Ermittlungen gegen ihre eigene Obrigkeit anzustrengen. Die Staatsanwälte waren vor die Alternative der Begünstigung oder des Widerstandes gestellt. Die entscheidende Voraussetzung des Gesetzes, nämlich daß die Regierung gesetzesmäßig handelt, wie es der Eid den Regierungsmitgliedern vorschreibt, war fortgefallen. Die Staatsanwälte stan-den einer ihrer Vorstellungswelt völlig fremden Situation gegenüber. Sie befanden sich in diesem erregenden Augenblick in einer für sie lebensgefährlichen Lage, weil das Bekanntwerden dieses Regierungsverbrechens für die Existenz der Re-gierung selbst gefährlich war. Der Totalisierungsprozeß des nationalsozialistischen Regimes wurde durch den 30. Juni entscheidend vorwärtsgetrieben. Noch bemühte sich die alte Beamenschaft, korrekt ihre Amtspflichten nach den gesetzlichen Vor-schriften zu erfüllen. Aber sie begann schon unter dem Druck der Recht und Gesetze mißachtenden Regierung, beraubt des Schutzes durch Pressefreiheit, durch parlamentarische Kontrollen und Unabhängigkeit der Gerichte, unsicher zu wer-den. Das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 (Fassung vom 22. September 1933), wonach nationalsozialistisch unzuverlässige und den „rassischen Anforderungen nicht entsprechende“ Beamte entlassen werden konnten, sowie die Einrichtung von Konzentrationslagern hatten das sichere Funda-ment des Beamtenrechts erschüttert.

Der Ablauf des Mordes, der ersten Ermittlungen und ihrer Einstellung zeigt auch, daß Gestapo und SS noch im Anfangsstadium ihrer Entwicklung sich be-fanden. Sie besaßen auf dem Gebiet der Verbrechensverdunkelung, der Tarnung von Illegalitäten, noch keine Praxis und Erfahrung. Sonst wäre es nicht möglich gewesen, daß die Staatsanwaltschaft sich in die Ermittlung überhaupt eingeschaltet hätte.

T. E.

1. Bericht des Oberstaatsanwalts Tetzlaff

Der Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht.

3. J. 852. 34.

Betrifft die Todesermittlungssache
von Schleicher.

Mündl. Auftrag vom 30. 6. 34.
9 Anlagen.

Potsdam, den 1. Juli 1934.

An den
Herrn Pr. Justizminister
Berlin.

I Zeitgeschichte 6

Gestern um 12.55 Uhr wurde mir von dem Gendarmeriehauptwachtmeister Baumgarten in Neubabelsberg telefonisch gemeldet, daß der frühere Reichskanzler und General von Schleicher und seine Ehefrau in ihrer Wohnung Neubabelsberg, Griebnitzstraße 4 erschossen worden seien. Ich begab mich sofort zu dem Polizeipräsidenten Grafen von Helldorff und bat um die Entsendung von Kriminalbeamten mit denen ich in Begleitung von Gerichtsassessor Dr. Grützner eilends an den Tatort fuhr. Wir sind um 13.50 Uhr dort angekommen. Von dem Grafen Helldorff hatte ich erfahren, daß Verhaftungen von staatsfeindlichen SA-Führern vorgenommen worden seien, und ich rechnete mit der Möglichkeit, daß die Erschießung Schleichers vielleicht hiermit in Zusammenhang stehe. Die Besichtigung der Leiche des Herrn von Schleicher, die zahlreiche Schußwunden aufwies, und die Aussagen seiner Hausangestellten, die ich in Abschrift beifüge, zwangen zu der Annahme, daß Herr von Schleicher einem Attentat zum Opfer gefallen sei. Es wurde festgestellt, daß ein rotbraunes Auto mit sechs Personen gegen 12.30 Uhr vor der Villa des Herrn von Schleicher gehalten hatte und daß diesem Auto fünf Personen entstiegen waren, die sich nach der Villa begaben. Nach Schilderung der Köchin, Marie Güntel, sind zwei von den Herren in der Villa erschienen, um Herrn von Schleicher zu sprechen. Als die Zeugin ihnen sagte, der General sei spazieren gegangen, verlangten die Herren in energischem Tone Einlaß. Nach vielem Hin- und Herreden entschloß sich die Köchin im Arbeitszimmer des Generals nachzusehen, ob er zu Hause sei. Der eine der Herren folgte ihr auf dem Fuße bis in das Arbeitszimmer und fragte den am Schreibtisch sitzenden General von Schleicher, ob er der General von Schleicher sei. Als von Schleicher sich umwandte und die Frage bejahte, krachten auch schon die Schüsse. Diese Schilderung der Zeugin bestärkte den Verdacht eines Attentats.

Es wurde zunächst versucht, die Nummer und Herkunft des Autos und die Persönlichkeit der Insassen zu ermitteln. Es konnte jedoch nur festgestellt werden, daß das Auto das Kennzeichen I A hatte. Die Nummer konnte keiner der Befragten angeben.

Bei Besprechung der Sachlage mit Herrn Assessor Dr. Grützner neigte ich zu der Annahme, daß von Schleicher vielleicht von seinen eigenen Anhängern getötet worden sei, weil sie sich von ihm verraten fühlten. Bei der Bedeutung des Falles hielt ich es für notwendig, sofort die Zentralstaatsanwaltschaft des Justizministeriums und den Generalstaatsanwalt beim Kammergericht zu benachrichtigen. Herr Assessor Dr. Grützner erbot sich, die Benachrichtigung vorzunehmen. Er benutzte zu diesem Zweck, ebenso wie es die Kriminalpolizei für ihre Gespräche tat, das in der Schleicherschen Villa befindliche Telefon. Ich hatte Herrn Assessor Dr. Grützner nicht gesagt in welcher Fassung und mit welchen Worten die Benachrichtigung erfolgen sollte. Meist geschieht sie in zwangloser Form, in Rede und Gegenrede. In diesem Falle wollte es der Zufall, daß der Dezerent der Zentralstaatsanwaltschaft nicht zu erreichen war, sonst wäre das Gespräch wohl anders ausgefallen. Assessor Dr. Grützner sah sich deshalb genötigt, der Auskunftsstelle im Ministerium nur eine ganz kurze Meldung zu hinterlassen. Er tat dies, wie ich nachher erfuhr, mit den Worten: „Der frühere Reichskanzler von Schleicher ist aus politischen Gründen ermordet worden.“ Die Meldung entsprach dem Eindruck, den Herr Assessor Dr. Grützner und ich zu dieser Zeit – 15 Uhr – von der Sachlage hatten. Sie war erklärlich nach dem Leichenbefund und den Aussagen der von dem Kriminalkommissar Schwenner vernommenen Zeugen. Ob ich selbst den Ausdruck ermordet gebraucht hätte, kann ich natürlich jetzt nicht sagen. Es wäre wohl besser gewesen, ein anderes Wort – etwa erschossen – zu wählen.

Bis zu dieser Zeit war von keiner amtlichen Stelle oder sonst einem Beteiligten die Vermutung oder Annahme ausgesprochen oder auch nur angedeutet worden, daß Herr von Schleicher verhaftet werden sollte und daß er seiner Verhaftung mit der

Waffe Widerstand geleistet hätte und durch den dabei erfolgten Schußwechsel tödlich verletzt worden sei. Dieser Gedanke war dem Gerichtsassessor Dr. Grützner und mir zu keiner Zeit gekommen. Der Abteilungsleiter im Geheimen Staatspolizeiamt und Sturmführer Meisinger, der etwa gegen 16 Uhr mit seinen Beamten am Tatort erschien, hat mir und Herrn Grützner keine weitere Aufklärung gegeben. Gegen 18.30 Uhr erhielt ich von der Zentralstaatsanwaltschaft des Justizministeriums den Auftrag, daß die weiteren Ermittlungen in dieser Sache der Geheimen Staatspolizei in Berlin überlassen bleiben sollten, und daß die Staatsanwaltschaft vorläufig weitere Weisungen abwarten solle. Erst am Abend gegen 10 Uhr erhielt ich durch den Rundfunk und heute früh durch den Völkischen Beobachter Kenntnis von der wahren Sachlage.

(gez.) Tetzlaff.

2. Anlagen zum Bericht des Oberstaatsanwalts Tetzlaff

Bericht

über die Erschießung des Generals a. D. von Schleicher.

Am 30. Juni d. J. gegen 12.45 Uhr erhielt ich von dem Gend.Hauptw. Baumgarten die telefonische Mitteilung, daß gegen 12.30 Uhr der General von Schleicher, hier Griebnitzstr. 4 wohnhaft, überfallen worden sei. Ich fuhr sofort mit meinem Fahrrad vom Bahnhof Neubabelsberg zum Tatort. Als ich daselbst eintraf war bereits Gend.Hauptw. Baumgarten, sowie Pol.Hptw. Kittendorf am Tatort anwesend. Bei meinem Eintreffen wurde die Frau von Schleicher auf einer Tragbahre in das bereits vor dem Hause stehende Krankenauto getragen und in das Krankenhaus überführt.

Ich begab mich darauf in die Wohnung des Generals von Schleicher und fand ihn liegend vor seinem Schreibtisch vor. Irgendwelche Lebenszeichen gab er nicht mehr von sich.

Hierzu stellte ich Folgendes fest:

Am 30. 6. d. J. gegen 12.30 Uhr erschien ein offenes Auto mit 6 Personen, welche¹³ die Griebnitzstraße bis zur Villa Markus entlang fuhr und dortselbst in schnellem Tempo wendete. Dieses Auto machte dann plötzlich vor dem Nachbargrundstück von Alten/Reuß „Halt“. Während der Chauffeur im Wagen verblieb, gingen die übrigen 5 Personen mit einem Revolver in der Hand zu dem Grundstück von Schleicher. Nachdem ihnen von der Köchin geöffnet worden war, drängte einer der Täter, welcher einen grau-karierten Anzug trug, sofort nach in das Zimmer von General von Schleicher. Gleich darauf fielen 3 Schüsse nach Aussage des Chauffeurs von Schleicher.

Kurz darauf traf die Mordkommission in Potsdam ein, die das Weitere veranlaßte.

(gez.) Unterschrift (unleserlich)
Gendarmerie-Wachtmeister.

J. 852/34.

Abteilung

Potsdam, den 30. Juni 1934.

Verhandelt.

Es erscheint der Rittmeister a. D. und Referent in der Rano Berlin, Bogislav von Schleicher, am 23. 10. 92 in Perleberg geboren, Potsdam, Burggrafensir. 33 wohnhaft und erklärt:

Etwa 10 Minuten vor 13 Uhr rief meine Frau in Berlin in meinem Büro an und teilte mir mit, daß soeben auf meinen Vetter, den General von Schleicher ein Attentat

¹³ Die Berichte sind wörtlich genau abgeschrieben worden. Sie enthalten eine Reihe orthographischer, grammatikalischer und sachlicher Fehler, die unverändert übernommen sind. Polizeiliche Vernehmungsprotokolle, vor allem, wenn sie von unteren Beamten und in Eile aufgenommen sind, weisen sehr häufig derartige Fehler auf.

verübt worden ist. Näheres konnte sie mir nicht mitteilen. Zu der Tat selbst kann ich keine Angaben machen, denn ich bin erst gegen 14 Uhr hier angelangt.

Lt. diktiert g. u.
(gez.) Bogislav von Schleicher
Geschlossen:
Krim.Komm.

Es erscheint Frau Anneliese von Schleicher, geb. Freiin von Loen, am 25. 3. 91 in Posen geboren, Potsdam, Burggrafenstr. 33 wohnhaft und erklärt auf Vorhalt: Heute gegen 12½ Uhr wurde ich von dem Hausmädchen Otilie von General von Schleicher angerufen, daß ein Attentat auf den General verübt worden sei. Der General wäre tot, die gnädige Frau scheine noch am Leben zu sein, aber sie könne nichts Genaues sagen. Daraufhin begab ich mich nach Neubabelsberg in das Haus von Schleicher. Zu der Tat selbst kann ich keinerlei Angaben machen.

Es erscheint Frau Ottony Nitka, geb. von Schleicher, am 28. 12. 94 in Perleberg geboren, Potsdam, Burggrafenstr. 28 wohnhaft und erklärt:

Der verstorbene General von Schleicher war mein Vetter. Zur Sache selbst kann ich nichts bekunden. Von der Tat habe ich erst durch meine Schwägerin Frau Rittmeister von Schleicher gehört, worauf ich mich sofort hierher begab.

Es erscheint Frau Anna Braune, geb. Stengert, am 8. 7. 91 in Selchow, Schwiebus-Land, geboren, Neubabelsberg, Wannseestr. 3 wohnhaft und erklärt:

Heute in der Mittagsstunde übte ich in der Griebnitzstr. für das Hilfswerk Mutter und Kind Sammelstätigkeit aus. Bei dieser Gelegenheit fiel mir ein rotbraunes Auto auf, das die Griebnitzstr. in schnellem Tempo durchfuhr, am Ende der Griebnitzstr. kehrt machte und dann etwa in Höhe des Hauses Griebnitzstr. 4 hielt. In dem Auto befanden sich einige junge Herren, die sich in das Haus Griebnitzstr. 4 begaben. Was sie dort wollten und suchten, weiß ich nicht. Ich habe mich darum nicht interessiert. Von dem Attentat hörte ich erst, als das Auto fort war und ich in dem Hause Nr. 4 sammeln wollte. Sonstige Angaben kann ich nicht machen. Auch nicht die Nummer und Kennzeichen des Autos.

Es erscheint die Stütze Minna Goldmann, am 15. 3. 09 in Glogau geboren, Neubabelsberg, Griebnitzstr. 8 bei Hirschfeld wohnhaft und erklärt:

Ich bin bei der Familie Hirschfeld, Griebnitzstr. 8 als Hausangestellte tätig. Das Haus meiner Herrschaft steht gegenüber der Villa des General von Schleichers. In der Mittagstunde sah ich die Griebnitzstraße ein rotbraunes Auto entlang fahren. In dem Auto saßen 6 junge Menschen im Alter von 25 bis 30 Jahren. Das Auto hielt zwischen den Nummern 3 und 4 und 5 Personen stiegen aus und begaben sich in das Haus Nr. 4 während der 6. am Steuer sitzen blieb. Was in dem Hause vorging, habe ich nicht gesehen, ich hörte nur 3 Schüsse fallen. Die Leute kamen dann heraus und stiegen in das vorgefahrene Auto. Das Auto fuhr dann davon in Richtung Böttcher Berg. Eine besondere Beschreibung, nach der die Personen wieder zu erkennen wären, weiß ich nicht. Das Auto hatte das Kennzeichen IA, jedoch kann ich die Nummer nicht angeben.

Es erscheint die unverehelichte Betty Helpert, am 17. 1. 15 in Stralsund geboren, Neubabelsberg, Böttcherberg 1 wohnhaft und erklärt:

In der Straße am Böttcherberg gegenüber dem Hause wo ich wohne, steht die Villa der Frau Dr. Lippmann. Sie unterhält in dem Hause eine Pension. In den letzten 14 Tagen habe ich etwa 3mal beobachtet, daß vor dem Lippmannschen Haus ein rot-

braunes Auto hielt. Das Auto war teils offen, teils verdeckt. Dem Auto entstiegen etwa 4 Herren die sich in die Lippmannsche Villa begaben. Wie lange sie sich dort aufhielten kann ich nicht sagen. Näher beschreiben kann ich die Herren nicht. Nur zwei von Ihnen fielen mir besonders auf, weil sie sehr groß waren. Kennzeichen und Nummer des Autos kann ich nicht angeben. Die Herren kamen mit dem Auto immer zwischen 17 und 18 Uhr. Über die Tat selbst kann ich keine Angaben machen.

Es erscheint die Ehefrau Lucie Weiß, geb. Schameit, am 21. 12. 01 in Groß-Austupönen Kreis Wehlau Ostpreußen geboren, Neubabelsberg, Am Böttcherberg 1 wohnhaft und erklärt:

In den letzten 14 Tagen ist mir aufgefallen, daß ein rotbraunes Auto mit vier bis sechs männlichen Insassen vor der Lippmannschen Villa hielt. Das Auto kam gegen 16 $\frac{1}{2}$ Uhr¹⁴. Ein Herr blieb im Auto sitzen, während die anderen in die Villa ging. Was sie dort zu tun hatten, weiß ich nicht, weiß auch nicht, wann sie fortfuhren. Kennzeichen und Nummer des Autos weiß ich nicht. Zu der Mordsache selbst kann ich keine Angaben machen.

Es erscheint die Ehefrau Anna Fritsch, geb. Quast, am 24. 7. 79 in Neuwurow Kreis Dramburg in Pommern geboren, wohnhaft Neubabelsberg 1, und erklärt:

Vor einigen Tagen sah ich hinter der Lippmannschen Villa ein Auto stehen, in dem sich etwa 6 Männer befanden. Was die Männer dort wollten, weiß ich nicht, denn ich bin an dem Auto vorbeigegangen ohne darauf zu achten. Nähere Angaben weiß ich nicht.

Es erscheint Frl. Marie Güntel geb. am 1. 5. 81 zu Krimitten Ostpr.

Zur Sache.

Seit Mai 1929 bin ich als Köchin bei General von Schleicher tätig. Heute in der Mittagsstunde, es kann gegen 12 $\frac{1}{2}$ Uhr gewesen sein. Ich sah durch das Fenster nach der Straße und erblickte dort zwei Herren. Ich fragte nach ihrem Begehren. Es wurde mir geantwortet „Sie müssen zu Herrn General von Schleicher“. Daraufhin setzte ich den Türöffner der Gartenpforte in Tätigkeit und die beiden Herren kamen zur Eingangstür der Villa, wo sie wieder klingelten und Einlaß begehrten. Ich öffnete die Haustür, worauf einer der beiden Herren fragte, ob General v. Schleicher zu Hause wäre? Ich erwiderte Ihnen¹⁵, daß General v. Schleicher spazieren gegangen wäre. Nach einigem hin und her verlangte der eine der Herren in ganz energischem Tone zu Herrn General v. Schleicher vorgelassen zu werden. Der Herr zeigte mir eine vier-eckige Marke, die ich aber nicht beachtete, drängte vorgelassen zu werden. Als der Herr immermehr drängte und sagte, sagen sie jetzt die Wahrheit sie sind in Gefahr oder so ähnlich. Erwiderte ich: Dann werde ich einmal nachsehen!“ Ich begab mich nun in das Arbeitszimmer des Herrn General, während der fremde Herr auf dem Fuße folgte. Im Arbeitszimmer angelangt stand der Herr dicht hinter mir und fragte den am Schreibtisch sitzenden Herrn von Schleicher, ob er der General von Schleicher sei. Herr General v. Schl. saß am Schreibtisch im Sessel und arbeitete. Auf die an ihn gerichtete Frage und wandte seinen Körper etwas um, um den Herren zu sehen und sagte jawohl. In diesem Augenblick krachten auch schon die Schüsse. Was weiter geschehen ist, weiß ich nicht, den aus Angst schrie ich und lief aus dem Zimmer. In meiner Bestürzung war ich durch die Zimmer gelaufen um nach dem Garten zu gelangen. Im Wintergarten begegnete ich den Täter wieder. Ich kann aber nicht

¹⁴ Es muß heißen 12 $\frac{1}{2}$ Uhr. Wahrscheinlich liegt hier ein Schreibfehler vor.

¹⁵ Auch hier liegt wohl ein Schreibfehler vor. „Ihnen“ mußte klein geschrieben sein. Gemeint sind die im Vorsatz genannten beiden Herren.

sagen, wo er geblieben ist. In dem Arbeitszimmer des General von Schleicher hat Frau von Schleicher am Radio gesessen. Als ich nachdem das Zimmer wieder aufsuchte fand ich Frau v. Schleicher so mit dem General erschossen auf dem Fußboden wieder.

Näher beschreiben kann ich den Täter nicht, weil ich zu aufgeregt war. Ich glaube kaum, daß ich ihn bei einer Gegenüberstellung wiedererkennen würde¹⁶.

Potsdam, den 30. Juni 1934.

Vorläufiges ärztliches Gutachten.

Der Tote liegt auf dem Rücken. Hemd und Unterhemd auf der Brust offen, ebenso der Kragen vorne offen. Krawatte ebenfalls gelöst. An der rechten Halsseite oberhalb des inneren Endes des rechten Schlüsselbeinknochens kleine Einschußwunde. An der linken oberen Brustseite 2 Schußwunden in einer Entfernung von etwa 5 bis 6 cm, die innere etwa 4 Quer-Finger breit unterhalb des linken Schlüsselbeinknochens, die 2. an der Grenze nach der linken Achselhöhle hin. Aus dem Munde des Toten fließt Blut. Eine 4. Schußverletzung findet sich an der rechten vorderen Achselhöhlenlinie. Eine 5. Schußwunde findet sich an der Rückseite des rechten Schultergelenks. Eine 6. Schußwunde am inneren Rande des rechten Schulterblattes. Eine 7. Schußwunde befindet sich an der Außenseite des rechten Oberarmes, etwa in der Mitte.

Den Schußverletzungen am Körper entsprechen die Durchschläge durch die Kleidungsstücke. Anzeichen für Schüsse aus allernächster Nähe sind nicht vorhanden.

Inwieweit die einzelnen Schußverletzungen des Ein- oder Ausschusses entsprechend, kann bei der Kleinheit des Kalibers nicht entschieden werden.

Nach dem vorläufigen ärztlichen Befund dürfte mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit Unfall oder Selbstmord als ausgeschlossen erscheinen.

Entsprechende nähere Fragen können nur durch eine Obduktion geklärt werden.
gez. Dr. Starke, Neubabelsberg,
Böckmannstr. 76 (Telefon: Potsdam 7447)

3. Bericht des Gerichtsassessors Dr. Grützner

Bericht
des Gerichtsassessors
Dr. Grützner.

Potsdam, den 1. Juli 1934.

Betrifft: Todesermittlungssache von Schleicher.

An den
Herrn Preußischen Justizminister
Berlin W 8

Mündlicher Auftrag vom 30. Juni 1934.

„Am 30. Juni 1934 gegen 13 Uhr ließ mich der Herr Oberstaatsanwalt zu sich kommen. In seinem Zimmer teilte er mir mit, daß ihm soeben der Gendarmeriehauptwachtmeister Baumgarten aus Neubabelsberg telefonisch gesagt habe, „Der Reichskanzler a. D. von Schleicher sei ermordet worden“. Der Herr Oberstaatsanwalt, der nichts Näheres wußte, erörterte den Gedanken, einen Mordspezialisten von der Berliner Landeskriminalpolizei anzufordern. Auf mein Vorbringen, daß der Leiter der Potsdamer Kriminalpolizei Herr Kriminalrat Werneburg Spezialist in Mordsachen sei, gab mir der Herr Oberstaatsanwalt den Auftrag, sofort Herrn Kriminalrat Werneburg zu benachrichtigen und bei der Polizei einen Kraftwagen zwecks Hinfahrt zum Tatort zu bestellen. Während ich mich vergeblich bemühte, Herrn Kriminalrat Werneburg zu erreichen, rief mich der Herr Amtsvorsteher Schiche von Neubabelsberg an und

¹⁶ H. R. Berndorff veröffentlicht in „General zwischen Ost und West“, S. 306 eine spätere Niederschrift der Marie Güntel.

sagte ebenfalls, „daß General von Schleicher ermordet sei“. Bevor der bestellte Kraftwagen erschien, begab sich der Herr Oberstaatsanwalt, der sich vorher fernmündlich mit dem Herrn Polizeipräsidenten Graf Helldorf als Leiter der hiesigen Staatspolizeileitstelle in Verbindung gesetzt hatte, zu dem Herrn Polizeipräsidenten.

Nach seinem Fortgang rief mich Herr Kriminalkommissar Schwenzner vom Polizeipräsidium hier an und bat mich, auf dem Wege zum Tatort beim Polizeipräsidium vorbeizukommen. Auf dem Polizeipräsidium wartete ich nach Benachrichtigung des Herrn Kriminalkommissars Schwenzner mit anderen Herren der Potsdamer Mordkommission vor dem Ausgang, weil wir wegen der inzwischen erfolgten Alarmierung das Polizeipräsidium nicht verlassen durften. Auf meine Frage, weshalb die Alarmierung erfolgt sei, konnte oder wollte mir keiner der anwesenden Herren Auskunft geben. Auf der Fahrt zum Tatort erkundigte ich mich bei Herrn Kriminalkommissar Schwenzner, ob er näheres über den Mord wisse, was von ihm verneint wurde. Er erwähnte hierbei, daß die Vermutung aufgetaucht sei, von Schleicher habe Selbstmord begangen. Weiterhin teilte mir Herr Schwenzner mit, daß Stabschef Röhm von dem Führer wegen hochverräterischer Beziehungen zu dem Vertreter einer ausländischen Macht, verhaftet worden sei. Wann die Verhaftung erfolgte, ist mir nicht gesagt worden. In diesem Zusammenhange wurde nur ganz kurz auch davon gesprochen, daß General von Schleicher mit Röhm zusammen gearbeitet habe. Am Tatort angekommen – es war 13.50 Uhr – interessierte ich mich zunächst für die Feststellung, ob Selbstmord vorläge oder ob von Schleicher von dritter Hand erschossen worden sei. Auf Grund der Lage der Leiche und auf Grund der von mir aufgefundenen fünf Patronenhülsen kam ich zu der Überzeugung, daß Selbstmord nicht vorliegt. Dann begab ich mich mit dem Herrn Oberstaatsanwalt zu einem Raume, wo gerade eine Frau vernommen wurde, die den Kraftwagen mit den mutmaßlichen Tätern gesehen haben wollte. Vorher hatte mir ein Polizeibeamter der Gemeinde Neubabelsberg erzählt, daß die mutmaßlichen Täter nach Angaben der bis dahin vernommenen Zeugen mit einem roten Kraftwagen angekommen seien. Einige von ihnen seien in das Haus gegangen und in das Arbeitszimmer des Generals von Schleicher eingedrungen. Einer dieser Leute hätte von Schleicher gefragt: „Sind sie der General von Schleicher?“ Als von Schleicher antwortete: „Ja“, hätten die Täter ohne weiteres auf General von Schleicher geschossen. Hierbei sei auch Frau von Schleicher getroffen worden, die aber noch lebend zum Krankenhaus Nowawes gebracht worden sei. Erst von dem Amtsvorsteher Schiche hörte ich einige Zeit darnach, daß auch Frau von Schleicher ihren Verletzungen erlegen sei. Während ich noch in Gegenwart des Herrn Oberstaatsanwalts der Vernehmung der Zeugen beiwohnte, wurde gesagt, daß der Herr Polizeipräsident Graf Helldorf und der Herr Regierungspräsident Dr. Fromm am Tatort eingetroffen seien. Der Herr Oberstaatsanwalt entfernte sich daraufhin aus dem Vernehmungszimmer. Ich folgte ihm, nachdem ich noch einen kurzen Blick in den Garten des Grundstücks getan hatte. Ich persönlich sprach weder mit dem Herrn Polizeipräsidenten, noch mit dem Herrn Regierungspräsidenten, die hauptsächlich mit dem inzwischen eingetroffenen Herrn Kriminalrat Werneburg verhandelten. Auf Grund der mir gemachten oben erwähnten Angaben und auf Grund des Augenscheins gelangte ich zu der Annahme, daß General von Schleicher von Angehörigen der Kreise um Röhm ermordet worden sei, sei es, weil sie glaubten, daß er die von Röhm geplante, mir in keiner Weise näher bekannte Aktion, die zur Verhaftung Röhm geführt hatte, im letzten Augenblick verraten habe, oder sei es, weil sie befürchteten, Schleicher würde irgend welche, Röhm und seine Kreise betreffenden Pläne preisgeben. Eine andere Möglichkeit kam für mich in diesem Zeitpunkt nicht in Betracht, wurde auch nicht von dem Herrn Oberstaatsanwalt in Erwägung gezogen. Aus diesem Gedankengang heraus fragte ich bei dem Herrn Oberstaatsanwalt an, ob ich nicht den Herrn Generalstaatsanwalt Dr. Jung und die Zentralstaatsanwaltschaft benach-

richtigen sollte. Nachdem mir der Herr Oberstaatsanwalt den betreffenden, nicht im einzelnen festgelegten Auftrag erteilt hatte, versuchte ich Herrn Generalstaatsanwalt Dr. Jung fernmündlich von der Wohnung von Schleicher aus zu benachrichtigen. Da der Herr Generalstaatsanwalt im Kammergerichtsgebäude nicht zu erreichen war, ließ ich mich etwa gegen 15.00 Uhr mit dem preußischen Justizministerium verbinden und verlangte dort Herrn Staatsanwaltschaftsrat von Haacke oder einen anderen Dezernenten der Zentralstaatsanwaltschaft sehr dringend zu sprechen. Nach mehreren Rückfragen wurde mir von der Zentrale des Justizministeriums die Auskunft zuteil, daß Herr Staatsanwaltschaftsrat von Haacke wegen einer Prüfung nicht ans Telefon kommen könne. Da ich die ganze Angelegenheit für sehr dringend hielt und ein anderer Herr der Zentralstaatsanwaltschaft nicht zu erreichen war, gab ich der Dame am Telefon folgenden Auftrag: „Teilen Sie sobald wie möglich Herrn Staatsanwaltschaftsrat von Haacke mit: Der Reichskanzler a. D. von Schleicher ist aus politischen Gründen ermordet worden.“ Jede weitere Einzelheit hatte ich bewußt nicht mit in diesen Auftrag hineingebracht. Kurz darnach benachrichtigte der Herr Oberstaatsanwalt fernmündlich den Herrn Generalstaatsanwalt am Kammergericht. Während meines Telefongesprächs mit dem Kammergericht kam nur Herr Amtsvorsteher Schiche ganz vorübergehend in den Raum, wo sich das Telefon befand. In der übrigen Zeit, insbesondere in der Zeit, wo ich mit dem Justizministerium sprach, ist kein Beamter, geschweige denn eine Privatperson in dem Telefonraum gewesen. Bis zu diesem Augenblick war ich der festen Überzeugung, daß General von Schleicher von Angehörigen der Verräterkreise von Röhm ermordet worden ist. Über den tatsächlichen Zusammenhang war mir bis zu diesem Augenblick nichts bekannt. In meiner Überzeugung wurde ich erstmalig schwankend, als ich nach dem Gespräch mit dem Justizministerium zufällig hörte, daß keine Vernehmungen gemacht werden sollten, sondern daß der ganze Sachbefund nur in Berichtsform niedergelegt werden sollte. Hinzu kam, daß auf einmal der Abteilungsleiter im geheimen Staatspolizeiamt und Sturmführer Meisinger mit mehreren Kriminalbeamten und SS-Männern erschien und erklärte, er habe von dem Herrn Reichsführer der SS Himmler den Auftrag, das Grundstück zu bewachen und die Wohnung zu durchsuchen, er habe aber nicht den Auftrag, die kriminalistischen Ermittlungen weiter zu führen. Erst auf Wunsch des Herrn Oberstaatsanwalts erkundigte¹⁷ Sturmführer Meisinger bei dem Gestapa, ob dieses auch die kriminalistischen Ermittlungen übernehmen werde, was bejaht wurde.

In einer Pause, etwa zwischen 15.30 Uhr und 16.00 Uhr erörterte der Herr Oberstaatsanwalt mit mir nochmals eingehend die mutmaßliche Täterschaft: Bei dieser Erörterung vertrat ich die Auffassung, daß es nur zwei Möglichkeiten gäbe, nämlich daß die Täter Leute seien, die befürchten mußten, daß von Schleicher sie verraten würde, oder die glaubten, daß von Schleicher sie an die Regierung verraten hätte, oder daß die Täter aus regierungsfreundlichen Kreisen stammten, die wegen des geplanten hochverräterischen Vergehens gegen die Regierung sich an Schleicher rächen wollten. Der Herr Oberstaatsanwalt gab seiner Überzeugung dahin Ausdruck, daß er die erste Version für die allein zutreffende halte.

Am Tatorte haben der Herr Oberstaatsanwalt und ich noch der Leichenbesichtigung durch den praktischen Arzt Dr. Starke aus Nowawes beigewohnt. Sofort nachdem wir eine Abschrift des Protokolls über den Leichenbefund erhalten hatten, begaben wir uns nach Potsdam zurück. Im Auftrage des Herrn Oberstaatsanwalts rief ich von dem Dienstzimmer des Herrn Oberstaatsanwalts nochmals Herrn Staatsanwaltschaftsrat von Haacke an und fragte bei ihm an, ob die Zentralstaatsanwaltschaft die weitere Bearbeitung der Sache übernehmen würde. Herr von Haacke erklärte aber, daß eine

¹⁷ Hier fehlt das Wort „sich“.

Übernahme nicht in Betracht komme. Als ich auf ausdrückliche Aufforderung des Herrn Oberstaatsanwalt nochmals bei Herrn von Haacke anfragte, ob eine Obduktion der Leiche der Eheleute Schleicher beantragt werden solle, und mir Herr von Haacke antwortete, das sei nicht erforderlich, gelangte ich zu der Annahme, daß Schleicher nicht von seinen früheren eigenen Anhängern erschossen sei. Bei diesen kurz hintereinander geführten Telefongesprächen (etwa um 18.30 Uhr) fragte Herr Staatsanwaltschaftsrat von Haacke, ob die Staatsanwaltschaft Potsdam keine besonderen Anweisungen erhalten habe. Auf eine verneinende Antwort ersuchte Herr von Haacke darum, die Sache zunächst nicht weiter zu bearbeiten. Es würden binnen zweimal 24 Stunden nähere Anweisungen ergehen. Gegen 20.30 Uhr traf dann der Herr Generalstaatsanwalt bei dem Kammergericht in Potsdam ein, der mit dem Herrn Oberstaatsanwalt Rücksprache nahm.

Von keiner amtlichen Stelle ist mir während meiner ganzen Ermittlungstätigkeit gesagt worden, daß General von Schleicher verhaftet werden sollte und daß er sich dieser Verhaftung widersetzt habe.

(gez.) Dr. Grützner
Gerichtsassessor.

4. Dienstliche Äußerung des Staatsanwaltschaftsrats von Haacke.

Am 30. Juni 1934 rief mich nach 16 Uhr im Zimmer des Herrn Ministerialdirektors Dr. Crohne der Gerichtsassessor Grützner von der Staatsanwaltschaft in Potsdam an. Er erklärte, daß er bereits vor Stunden vergeblich versucht habe, mich zu erreichen. Er habe mir im Auftrage seines Oberstaatsanwalts mitzuteilen, daß General von Schleicher und seine Ehefrau erschossen worden seien. Ob er dabei den Ausdruck „erschossen“ oder „ermordet“ gebraucht hat, vermag ich nicht zu sagen. Da ich über den Fall schon anderweitig vorher unterrichtet war, habe ich auf den Wortlaut der Meldung, die mir nichts Neues brachte, nicht so genau geachtet. Ich warf auch gleich ein, daß ich bereits unterrichtet sei. Grützner machte dann eine Bemerkung dahin, daß die Angelegenheit politische Hintergründe habe. Ich erwiderte ihm darauf, daß ich auch insoweit unterrichtet sei und daß das alles wohl im Rahmen einer größeren Aktion liege. Grützner erklärte sofort: „Ja, ich bin im Bilde!“ Ich kann mich an den Wortlaut dieses Gesprächsteiles ebenfalls nicht mehr genau erinnern, habe aber aus diesem Gesprächsteil die feste Überzeugung gewonnen, daß Grützner über die Geschehnisse des 30. Juni bereits bei Beginn des Gespräches in großen Zügen unterrichtet war und daß er mit seiner erwähnten Bemerkung von den politischen Hintergründen vorsichtig den ihm bekannten Zusammenhang mit diesen Geschehnissen des 30. Juni hatte andeuten wollen. Er hat sich auch auf Grund meiner Antwort jede nähere Erklärung über die Tateinzelheiten erspart und hat lediglich noch mitgeteilt, daß er Beamte der Kriminalpolizei angesetzt habe. Auf meinen Einwurf, daß die Benachrichtigung der Geheimen Staatspolizei vor allen Dingen erforderlich sei, erwiderte er, daß diese Benachrichtigung bereits auf Weisung seines Oberstaatsanwalts erfolgt sei. Er fragte dabei an, ob er die Kriminalbeamten zurückziehen könne. Ich erklärte ihm, daß dagegen keine Bedenken beständen, daß das sogar empfehlenswert sei.

Grützner rief dann nach etwa 20 Minuten erneut an und fragte nochmals ob er mich dahin richtig verstanden habe, daß er sein Ermittlungersuchen an die Kriminalpolizei zurückziehen könne. Ich bejahte das. Er fragte dann noch, ob er die Leichen obduzieren lassen solle. Ich erklärte ihm, daß er die Leichen zwar nicht freigeben, aber von einer Obduktion unter allen Umständen absehen solle. Weitere Weisungen über die Frage der Freigabe würden binnen zweimal 24 Stunden seitens der Zentralstaatsanwaltschaft ergehen.

Berlin, den 1. Juli 1934
(gez.) von Haacke
Staatsanwaltschaftsrat

5. Vermerk der Justizangestellten Velder.

Am Sonnabend, den 30. VI., mittags gegen 2 Uhr wurde mir vom Kammergericht, StARat Dr. Grützner, StA. Potsdam, folgende Mitteilung durchgegeben, die ich an Herrn von Haacke weitergeben sollte.

Der frühere Reichskanzler a. D. Schleicher ist heute mittag gegen 1 Uhr aus politischen Gründen ermordet worden.

Berlin, den 2. Juli 1934
(gez.) Velder.

6. Vermerk zur aktenmäßigen Behandlung der Vorgänge.

1. Vermerk: Dienstliche Äußerungen des OStAnw. b. d. LG in Potsdam Tetzlaff, des Ger.Ass. Dr. Grützner in Potsdam, des StAnwRats von Haacke, der Justizangest. Frau Velder.

Die Angelegenheit ist durch eine persönliche Rücksprache des Herrn Ministers mit Herrn MinPräs. Göring am 3. Juli d. J. erledigt.

2. H. MinDir. Dr. Nadler gehorsamst zur geneigten Kenntnisnahme. — H. Staatssekretär ist unterrichtet¹⁸.
Ges. (gez.) Na. 9. 7.

Berlin, den 9. Juli. 34
(gez.) von Dohnanyi.

¹⁸ Es wurde schon darauf hingewiesen, daß der Reichsjustizminister Gürtner sich gegenüber dem Ministerpräsidenten Göring bezüglich des Verhaltens Grütznern am 3. Juli gerechtfertigt hatte. Das ist wahrscheinlich an Hand der vier Berichte von Tetzlaff, Grützner, Haacke und Velder erfolgt. Über diese Meldung wird Gürtner seinen persönlichen Referenten, den Oberregierungsrat von Dohnanyi, kurz informiert haben. Dohnanyi hatte daraufhin diese Aktennotiz aufgesetzt und sie dem Minister vorgelegt, nachdem sie vorher der Leiter der Personalabteilung, Ministerialdirektor Nadler, zur Kenntnisnahme erhalten und der Staatssekretär Freisler unterrichtet worden war. Gürtner selbst sollte wahrscheinlich nur durch Abzeichnung die Richtigkeit des Inhalts bestätigen. Gürtner vermerkte auf dieser Aktennotiz, der die vier genannten Berichte beigelegt waren, „zu den Personalakten“. Da es sich um eine politische Mordsache handelt, hätten die Akten von der Zentralstaatsanwaltschaft an sich aufbewahrt werden müssen. Da aber die Berichtenden politisch angegriffen waren, wollte Gürtner die Berichte selbst zu den Personalakten gelegt wissen. Er vermerkte aber nicht, ob diese Berichte auf die Personalakten der vier Berichtenden verteilt werden sollten, wahrscheinlich weil er sich im Moment darüber keine Gedanken gemacht hat. Während die Aktennotiz selbst mit der Maschine geschrieben war, sind die übrigen Vermerke alle handschriftlich gemacht. Ein Beamter, dessen Name nicht entziffert werden konnte, scheint am 17. Juli auf den Gedanken gekommen zu sein, diesen Vermerk zu den Akten der Zentralstaatsanwaltschaft zu übernehmen, was an sich richtig gewesen wäre, aber den Weisungen des Ministers widersprochen hätte. Diese Frage wurde von dem Oberstaatsanwalt Dr. Krug, dem Hilfsarbeiter in der Zentralabteilung des Staatssekretärs Dr. Freisler, verneint. Am 18. Juli hatte ein Referent der Abteilung I Verw.(altung) die Übernahme der Akten abgelehnt. Die Abteilung I Verw. dürfte ein Referat der Abteilung I (Personalsachen und Gerichtsorganisation) gewesen sein. Am gleichen Tage hatte Oberregierungsrat Bender von der Personalabteilung die Entscheidung ihres Leiters, des Ministerialdirektors Dr. Nadler, herbeigeführt, ob die Vorgänge zu den Personalakten Tetzlaff oder Grützner genommen werden sollten. Nadler hatte verfügt, daß der Vorgang geschlossen bei den Personalakten Grützner aufzubewahren sei. Aus einer Aufschrift auf einem Briefumschlag, in welchem der Vorgang zu den Personalakten Grützner genommen wurde, ist zu entnehmen, daß dies am 20. November 1934 geschehen ist. Die Auseinandersetzung wegen der Aktenübernahme, die sich

Zu den Personalakten

14/7

(gez.) Gtr.

Soll der Vorg. zur Z.St.A. übernommen werden?

(gez.) Unterschrift (unleserlich) 17. 7.

Der Abt. I übergeben!

(gez.) Kg. 17. 7.

Nach Rücksprache mit Herrn OStA. Dr. Krug Herrn Min. Direktor Dr. Nadler mit der Bitte um Entscheidung geh. vorgelegt, ob die Vorgänge über den Tod des von Schleicher zu den Personalakten des OStA. Tetzlaff oder zu den des Ger. Assess. Grützner genommen werden sollen.

(gez.) Bender 18. 7. 34

Gehört nicht in die I Verw. am 14. 7. ist verfügt „zu den Personalakten“

I Verw.

(gez.) Unterschrift

(unleserlich)

Verschlossen zu den Pers. Akten

Grützner

(gez.) Nadler 18. 7.

7. Niederschrift des Ministerialrats Dr. Grützner über die Ermordung des Reichskanzlers und Generals von Schleicher vom 18. Januar 1952.

Bonn, den 18. Januar 1952.

Betr.: Ermordung des früheren Reichskanzlers und Generals v. Schleicher am 30. Juni 1934.

Im Sommer 1934 war ich in Stellvertretung des beurlaubten ordentlichen Dezenten mit der Bearbeitung der Todesermittlungssachen bei der Staatsanwaltschaft in Potsdam beauftragt.

Am 30. 6. 1934 gegen 13 Uhr teilte mir der Oberstaatsanwalt Tetzlaff in Potsdam mit, daß der Gendarmeriehauptwachtmeister Baumgarten aus Neu-Babelsberg ihm telefonisch berichtet habe, der Reichskanzler a. D. von Schleicher sei ermordet worden. Nähere Angaben seien bei diesem Telefongespräch nicht gemacht worden. Von der Absicht, die Mordkommission der Berliner Landeskriminalpolizei anzufordern, wurde Abstand genommen, weil der Leiter der Potsdamer Kriminalpolizei Kriminalrat Werneburg Spezialist in Mordsachen war. Entsprechend einer Anweisung des Oberstaatsanwaltes versuchte ich, Kriminalrat Werneburg zu benachrichtigen und bei der Polizei einen Kraftwagen zwecks Hinfahrt zum Tatort zu bestellen. In der Zwischenzeit rief der Amtsvorsteher Schiche aus Neu-Babelsberg an und teilte gleichfalls mit, daß General v. Schleicher ermordet worden sei. Etwa zur gleichen Zeit begab sich der Oberstaatsanwalt auf Grund einer fernmündlichen Rücksprache zu dem damaligen Polizeipräsidenten Graf Helldorf. Kurz danach wurde ich von dem Krimi-

aus den Vermerken zeigt, ist bezeichnend. Der Ministerialbürokratie war es unbehaglich bei der Behandlung der Akten, die dieser Behörde so wesensfremd waren. Die aktenmäßige Einordnung der Vorgänge bestimmt im allgemeinen der Sachbearbeiter. Daß der Minister und ein Ministerialdirektor sich damit befassen, kommt relativ selten vor. Im Grunde wollte keiner mit dieser Angelegenheit etwas zu tun haben, andererseits sich aber auch nicht einem irgendwie gearteten politischen Verdacht aussetzen. Wenn man sich letztlich doch entschieden hat, diese Vorgänge zu den Personalakten Grützners zu übernehmen, so entweder weil man die Akten griffbereit haben wollte, um Grützner gegen etwaige weitere Angriffe zu schützen, oder weil man die Last dem jüngsten Beamten, der sich zwar rechtlich am korrektesten, persönlich am mutigsten, aber politisch am leichtfertigsten verhalten hatte, am ehesten zumuten zu können glaubte.

nalkommissar Schwenzner fernmündlich gebeten, auf dem Wege zum Tatort beim Polizeipräsidium vorbeizukommen.

Im Polizeipräsidium angekommen, stellte ich fest, daß alles alarmiert war und daß daher auch die Potsdamer Mordkommission mit dem Leiter der Kriminalpolizei, Kriminalrat Werneburg den Hof des Präsidiums nicht verlassen durfte. Über den Grund der Alarmierung konnte ich zunächst nichts in Erfahrung bringen. Nach einigen Verhandlungen durfte die Mordkommission unter Leitung von Oberstaatsanwalt Tetzlaff mit Kriminalrat Werneburg und mir nach Neu-Babelsberg abfahren. Auf diesem Wege erzählte mir der Kriminalkommissar Schwenzner „vertraulich“, daß Röhm von Hitler wegen hochverräterischer Beziehungen zu Vertretern einer ausländischen Macht verhaftet worden sei. Es bestehe der Verdacht, daß General v. Schleicher mit Röhm zusammengearbeitet habe. Man müsse annehmen, daß General v. Schleicher Selbstmord begangen habe.

Am Tatort angekommen, überließ Oberstaatsanwalt Tetzlaff mir die kriminalistischen Ermittlungen, die ich mit Rücksicht auf das vorhergegangene Gespräch mit dem Kriminalkommissar Schwenzner auf folgende zwei Punkte konzentrierte:

1. Hat General v. Schleicher Selbstmord begangen?
2. Liegen Anhaltspunkte dafür vor, daß General v. Schleicher sich an etwaigen hochverräterischen Unternehmungen von Röhm beteiligt hat?

Die erste Frage konnte nach kurzer Zeit einwandfrei dahin beantwortet werden, daß kein Selbstmord vorliegt, sondern nach dem objektiven Befund in Verbindung mit den Wahrnehmungen des damaligen Chauffeur von Schleicher und seiner damaligen Köchin, Marie Güntel, nur Mord in Frage kommen konnte. Als ich, gleich nach dem Eintreffen in der Villa v. Schleicher – etwa gegen 15.50 Uhr – mit der Mordkommission das Arbeitszimmer des Generals v. Schleicher betrat, lag seine Leiche noch zwischen dem Schreibtisch und seinem Schreibessel, und zwar mit den Füßen nach dem Schreibtisch, mit dem Kopf nach der Tür, teils auf dem Rücken, teils auf der rechten Seite. Der Schreibtischsessel war etwas schräg zurückgestellt. Es erweckte den Eindruck, als ob Schleicher beim Aufstehen aus dem Sessel erschossen worden sei. Hierfür sprachen auch die Lage der Leiche und der Schußwunden. Während die Leiche in dieser Stellung fotografiert wurde, suchte ich nach den Patronenhülsen, von denen ich fünf fand. Ich erinnere mich genau, daß sämtliche Patronenhülsen das gleiche Kaliber hatten, so daß ich zu der Schlußfolgerung kam, daß alle Schüsse wahrscheinlich aus ein und derselben Waffe abgegeben sein mußten. Die Lage der Leiche, wie auch der Schußwunden, schloß sowohl einen Selbstmord als auch eine Erschießung aus Notwehr einwandfrei aus.

Während meiner Untersuchung und anschließend gab mir ein Polizeibeamter, der als erster am Tatort eingetroffen war, einen kurzen Bericht über seine inzwischen getroffenen Feststellungen und über die Aussagen des Chauffeurs von Schleicher und der Köchin. Hiernach waren gegen $\frac{1}{2}$ 1 Uhr sechs Männer in einem rotbraunen Auto, welches in den vorangegangenen 14 Tagen schon mehrfach gesehen worden sein sollte, vor der Villa Schleicher vorgefahren, von denen einige in das Haus gingen und General v. Schleicher zu sprechen wünschten. Die Köchin, die die Männer an der Haustür empfing, versuchte diese mit dem Bemerkten, daß General v. Schleicher im Garten sei, abzuweisen. Da aber die Männer in energischem Tone eingelassen zu werden wünschten, erklärte sich die Köchin bereit, in dem Arbeitszimmer des Generals v. Schleicher nachzusehen. Einer von den Männern folgte ihr auf dem Fuße bis zum Eingang des Arbeitszimmers, wo er die Köchin beiseitedrückte. Von dort aus fragte er den General, der in seinem Schreibessel vor dem Schreibtisch saß, ob er General v. Schleicher sei. Bevor Schleicher, der sich inzwischen halb erhoben und etwas nach der Tür hin umgedreht hatte, etwas erwidern konnte, gab dieser betreffende Mann

mehrere Schüsse auf Schleicher ab, der sofort zwischen dem Schreibtisch und dem Schreibessel niederfiel. General Schleicher muß sofort tot gewesen sein. In dem gleichen Zeitraum hatte sich die Frau von Schleicher, die in dem Nebenzimmer saß – zu dem meiner Erinnerung nach eine Schiebetür führte, die zum Zeitpunkt der Tat offenstand –, erhoben und wollte zu ihrem Mann. Noch bevor sie das Arbeitszimmer selbst betreten hatte, wurde sie auf der Schwelle von mehreren Schüssen niedergestreckt. Da sie noch lebte, wurde sie durch einen sofort herbeigeeilten Unfallwagen in das Krankenhaus Nowawes, jetzt Babelsberg, gebracht, wo sie nach kurzer Zeit starb. Oberstaatsanwalt Tetzlaff wie auch Kriminalrat Werneburg hielten sich bei diesen Ermittlungen stark zurück.

Zur Durchsuchung der Leiche wurde noch der Arzt Dr. Starke, Neu-Babelsberg, hinzugezogen, der insgesamt sieben Schußwunden feststellte: eine Einschußwunde an der rechten Halsseite, zwei Schußwunden an der linken Seite unterhalb des linken Schlüsselbeinknochens, eine vierte Schußwunde an der rechten vorderen Achselhöhlenlinie, eine fünfte an der Rückseite des rechten Schultergelenkes, eine sechste am inneren Rand des rechten Schulterblattes und eine siebente an der Außenseite des rechten Oberarmes. Soweit mir erinnerlich ist, wurde der Arzt darauf hingewiesen, daß es zunächst offen bleiben sollte, welche Wunden als Einschuß oder als Ausschuß angesehen werden müßten. Einige Zeit vorher waren nämlich der Regierungspräsident Fromm und der Polizeipräsident Graf Helldorf von Potsdam erschienen, die sich nach kurzer Besichtigung des Tatortes mit dem Oberstaatsanwalt und Kriminalrat Werneburg kurz unterhielten und dann wieder gingen. Im Anschluß daran gab mir Kriminalrat Werneburg zu verstehen, daß es nicht ratsam sei, sich zu intensiv mit der Aufklärung der Angelegenheit zu befassen. Ich glaube, es war ebenfalls im Anschluß an diesen Besuch, daß die protokollarische Vernehmung der Zeugen abgebrochen wurde.

Nachdem ich den ersten Überblick über den Sachverhalt hatte, fragte ich den Oberstaatsanwalt, ob ich gemäß den generellen Anweisungen den Generalstaatsanwalt von dem Sachverhalt unterrichten sollte. Oberstaatsanwalt Tetzlaff gab mir auch die Anweisung dazu, ohne in irgendeiner Form nähere Einzelheiten für das Telefongespräch festzulegen. Da ich den Generalstaatsanwalt nicht erreichen konnte, versuchte ich Staatsanwaltschaftsrat v. Haacke im Reichsjustizministerium zu erreichen. Als mir gesagt wurde, daß v. Haacke in einer Prüfung sei, gab ich der Sekretärin den Auftrag, ihm folgendes mitzuteilen: der frühere Reichskanzler Schleicher ist heute mittag gegen 1 Uhr aus politischen Gründen ermordet worden. Ich wußte in diesem Zeitpunkt, daß die Telefonleitung aus dem Hause Schleicher von der SS überwacht wurde, und zwar hatte mir dieses meiner Erinnerung nach der zuständige Polizeibeamte von Neu-Babelsberg gleich bei seinem Sachvortrag erzählt. Über das Motiv der Tat habe ich mich lange mit Oberstaatsanwalt Tetzlaff unterhalten, wobei wir uns beide allein im Garten aufhielten. Auf Grund der Andeutungen, die mir der Kriminalkommissar Schwenzner gemacht hatte, und aus den Bemerkungen, die insbesondere der Polizeipräsident Graf Helldorf dem Oberstaatsanwalt abgegeben hatte, gab es für uns damals nur zwei Möglichkeiten: einmal, daß General v. Schleicher von Anhängern des Röhm ermordet worden war in der Annahme, daß Schleicher sie verraten habe. Zum anderen, daß die gleichen Kreise, die die Aktion gegen Röhm und – wie wir inzwischen auch erfahren hatten – gegen den SA-Gruppenführer Ernst durchführten – bei dieser Gelegenheit auch Schleicher beseitigt hatten. Oberstaatsanwalt Tetzlaff ermahnte mich zum Abschluß dieses Gesprächs noch ausdrücklich, diese zweite Version, die er für die nächstliegende hielt, nicht zu erwähnen, obwohl wir beide ziemlich sicher waren, daß die Täter nur aus den Kreisen der SS herrühren konnten. In dieser Meinung wurden wir dadurch bestärkt, daß die Kriminalpolizei Anweisung hatte, sich zurückhaltend

zu benehmen, die protokollarische Vernehmung von Zeugen eingestellt werden mußte und insbesondere dadurch, daß im Laufe des Nachmittages ein SS-Kommando erschien, das angeblich den Befehl hatte, das Gelände zu sichern und das Haus zu durchsuchen. Bei dieser Gelegenheit kam es noch zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Führer des SS-Kommandos, Sturmführer Meisinger, und mir, da Meisinger mir verbieten wollte, meine weiteren Durchsuchungen fortzusetzen. Ich war nämlich gerade dabei, sämtliche Schriftsachen im Schreibtisch des Generals Schleicher und in seinem Bücherschrank durchzusehen, um etwaige Anhaltspunkte für die mir bereits auf der Herfahrt angedeuteten hochverräterischen Unternehmungen des Generals zu finden. Da Meisinger auf meine Aufforderung hin, eine schriftliche Bescheinigung darüber vorzulegen, daß er im Einverständnis mit dem Justizministerium mit den Ermittlungen beauftragt war, eine solche nicht vorweisen konnte, gab er nach und erklärte, daß er nicht beauftragt sei, selbst Ermittlungen durchzuführen. Unter Hinweis darauf, daß er mit seinem Kommando die Ermittlungen im Haus stören würde, wurde er veranlaßt, das Haus zu verlassen. Auf Grund dieser Auseinandersetzung rief ich erneut Staatsanwaltschaftsrat v. Haacke an und fragte ihn bei dieser Gelegenheit, wer die weiteren Ermittlungen durchführen solle. Es wurde vereinbart, daß die Kriminalpolizei zurückgezogen und die weiteren Ermittlungen der Geheimen Staatspolizei überlassen werden sollten. Die Kriminalpolizei wurde jedoch erst zurückgezogen, als die Durchsuchung des Schreibtisches und des Arbeitszimmers des Generals beendet war.

Bei dieser Durchsuchung wurde kein Schriftmaterial gefunden, aus dem unmittelbar oder mittelbar entnommen werden konnte, daß Schleicher in irgendeiner Weise Hochverrat begangen hatte. Der einzige Hinweis, daß Schleicher nicht mit der Regierung Hitlers einverstanden war, konnte man nur aus der Widmung eines ihm kurz vorher geschenkten Buches entnehmen, die lautete: „Auch über uns wird einmal wieder die Sonne aufgehen.“ Der Name desjenigen, der General Schleicher dieses Buch geschenkt hatte, ist mir entfallen.

Bei dem Telefongespräch mit Staatsanwaltschaftsrat von Hake habe ich ihm in der vorsichtigsten Form angedeutet, daß ich der Überzeugung sei, daß die Täter in denselben Kreisen zu suchen seien, die die ganze Aktion des 30. Juni ausgelöst hätten. Ich wagte diese Andeutung, weil ich von Hake bereits seit 1924 gut kannte und zum anderen, weil ich Gewißheit haben wollte, ob meine Ansicht zutraf. Schon die Tatsache allein, daß von Hake nicht widersprach, genügte mir, um eine Bestätigung meiner Ansicht zu erhalten. Ich weiß noch, daß ich daraufhin von Hake sagte, dann wäre es zweckmäßig gewesen, daß uns das Justizministerium rechtzeitig von der geplanten Aktion unterrichtet hätte. Meine bereits abgegebene rechtliche Beurteilung des Sachverhaltes mußte ich jedoch aufrechterhalten. Nach diesem Telefongespräch haben Oberstaatsanwalt Tetzlaff und ich den Tatort verlassen. Gegen Abend erhielten wir vom Staatsanwaltschaftsrat von Hake die Anweisung übermittelt, daß wir die Sache nicht weiter bearbeiten sollten. Nähere Anweisungen erhielt Oberstaatsanwalt Tetzlaff am späten Abend.

Etwa gegen 22.30 Uhr kam ich nach Hause, wo ich meiner Frau nur sagte, daß es eine Schweinerei sei, den General Schleicher in dieser Weise zu ermorden. Etwa gegen 23.30 erschien in meiner Wohnung der damalige Staatssekretär Freißler, Oberregierungsrat von Dohnanyi, ein seither mir unbekannter Herr aus dem Reichsjustizministerium, drei Beamte der Gestapo und Oberstaatsanwalt Tetzlaff. Letzterer flüsterte mir beim Eintritt in die Wohnung zu: „Herr Kollege, wir kommen ins Konzentrationslager.“ Auf Aufforderung von Staatssekretär Freißler mußte ich ihm nun eingehend Bericht darüber erstatten, wie ich zu meiner Auffassung gekommen sei, daß Schleicher ermordet wurde. Von den Parteidienststellen war nämlich zunächst

die Meldung verbreitet worden, Schleicher habe Selbstmord begangen, die aber im Laufe des Nachmittages dahin abgeändert wurde, Schleicher sei in Notwehr erschossen worden. Ich habe bei dieser Unterredung mit Staatssekretär Freißler erneut darauf hingewiesen, daß allein der objektive Befund bereits darauf hinweise, daß weder Selbstmord noch eine Erschießung in Notwehr vorliegen könnte. Bei dieser Unterredung stellte sich heraus, daß meine Telephonate mit dem Reichsjustizministerium angehört und meine Bemerkungen dem Reichsführer der SS Himmler vorgelegt worden waren, der sich über Göring bei Hitler darüber beschwert hatte, daß wieder ein Mann der Justiz eine Aktion der SS gestört hatte. So kam es, daß Minister Gürtner den Auftrag erhielt, mich sofort zur Rechenschaft zu ziehen, der seinerseits den Staatssekretär Freißler mit der Durchführung dieses Auftrages beauftragte. Zum Schluß der Unterredung fragte mich Freißler, ob ich mit jemanden über meine Auffassung gesprochen hätte, worauf ich wahrheitsgemäß erwiderte, daß ich sie meiner Frau gegenüber angedeutet hätte. Hierauf gab Freißler mir die Anweisung, sofort einen schriftlichen Bericht zu erstatten und diesen Bericht am nächsten Morgen um 10 Uhr dem Minister Gürtner persönlich vorzulegen. Erstaunt war ich, als Freißler sich nach dieser Unterredung formell verabschiedete, während er bei seinem Eintreffen gleich ausfallend gewesen war. Anweisungsgemäß habe ich am 1. 7. um 10 Uhr meinen Bericht, der erst im dritten Entwurf von Oberstaatsanwalt Tetzlaff gebilligt worden war, Minister Gürtner überreicht. Ich war überrascht, daß ich bei diesem Besuch im Reichsjustizministerium nicht – wie erwartet – festgenommen wurde, nachdem man schon in der Nacht von der befürchteten Verhaftung Abstand genommen hatte.

(gez.) Dr. Grützner

Notizen

DEUTSCHE ARCHIVE UND DOKUMENTE IN ALLIIERTER VERWAHRUNG

Die Archive und Akten der obersten Behörden des Reiches, der Wehrmacht und der NSDAP, sowie andere umfangreiche Dokumentenbestände, insgesamt die Masse der wichtigsten dokumentarischen Quellen zur Geschichte der nationalsozialistischen Zeit, sind bekanntlich nach Kriegsende von den Alliierten beschlagnahmt worden. Sie lagern bis heute in gemeinsamer amerikanisch-englischer Verwahrung in den Vereinigten Staaten, in England und in den Document Centers der Amerikanischen Armee in Deutschland und stehen bisher ausschließlich für Arbeiten im Auftrag der alliierten Regierungen zur Verfügung. Alle deutschen Bemühungen um Rückgabe oder auch nur um Freigabe zur wissenschaftlichen Benutzung waren bisher vergeblich. Die Alliierten haben auch eine von deutscher Seite vorgeschlagene Regelung im Rahmen des Generalvertrags abgelehnt und stattdessen diplomatische Verhandlungen angeregt, deren Beginn nach Mitteilung des Auswärtigen Amtes bevorsteht. Amerikanischerseits hat ein Regierungskomitee nach monatelangen Vorarbeiten den Entwurf zu allgemeinen Richtlinien für die Benutzung beschlagnahmter deutscher Dokumente fertiggestellt, über dessen Inhalt jedoch bisher nichts bekannt geworden ist.

Die systematische Verzeichnung der in den Vereinigten Staaten befindlichen deutschen Aktenbestände der nationalsozialistischen Zeit und des Zweiten Weltkriegs wurde im Sommer 1951 auf Anregung des Human Resources Research Institute

die Meldung verbreitet worden, Schleicher habe Selbstmord begangen, die aber im Laufe des Nachmittages dahin abgeändert wurde, Schleicher sei in Notwehr erschossen worden. Ich habe bei dieser Unterredung mit Staatssekretär Freißler erneut darauf hingewiesen, daß allein der objektive Befund bereits darauf hinweise, daß weder Selbstmord noch eine Erschießung in Notwehr vorliegen könnte. Bei dieser Unterredung stellte sich heraus, daß meine Telephonate mit dem Reichsjustizministerium angehört und meine Bemerkungen dem Reichsführer der SS Himmler vorgelegt worden waren, der sich über Göring bei Hitler darüber beschwert hatte, daß wieder ein Mann der Justiz eine Aktion der SS gestört hatte. So kam es, daß Minister Gürtner den Auftrag erhielt, mich sofort zur Rechenschaft zu ziehen, der seinerseits den Staatssekretär Freißler mit der Durchführung dieses Auftrages beauftragte. Zum Schluß der Unterredung fragte mich Freißler, ob ich mit jemanden über meine Auffassung gesprochen hätte, worauf ich wahrheitsgemäß erwiderte, daß ich sie meiner Frau gegenüber angedeutet hätte. Hierauf gab Freißler mir die Anweisung, sofort einen schriftlichen Bericht zu erstatten und diesen Bericht am nächsten Morgen um 10 Uhr dem Minister Gürtner persönlich vorzulegen. Erstaunt war ich, als Freißler sich nach dieser Unterredung formell verabschiedete, während er bei seinem Eintreffen gleich ausfallend gewesen war. Anweisungsgemäß habe ich am 1. 7. um 10 Uhr meinen Bericht, der erst im dritten Entwurf von Oberstaatsanwalt Tetzlaff gebilligt worden war, Minister Gürtner überreicht. Ich war überrascht, daß ich bei diesem Besuch im Reichsjustizministerium nicht – wie erwartet – festgenommen wurde, nachdem man schon in der Nacht von der befürchteten Verhaftung Abstand genommen hatte.

(gez.) Dr. Grützner

Notizen

DEUTSCHE ARCHIVE UND DOKUMENTE IN ALLIIERTER VERWAHRUNG

Die Archive und Akten der obersten Behörden des Reiches, der Wehrmacht und der NSDAP, sowie andere umfangreiche Dokumentenbestände, insgesamt die Masse der wichtigsten dokumentarischen Quellen zur Geschichte der nationalsozialistischen Zeit, sind bekanntlich nach Kriegsende von den Alliierten beschlagnahmt worden. Sie lagern bis heute in gemeinsamer amerikanisch-englischer Verwahrung in den Vereinigten Staaten, in England und in den Document Centers der Amerikanischen Armee in Deutschland und stehen bisher ausschließlich für Arbeiten im Auftrag der alliierten Regierungen zur Verfügung. Alle deutschen Bemühungen um Rückgabe oder auch nur um Freigabe zur wissenschaftlichen Benutzung waren bisher vergeblich. Die Alliierten haben auch eine von deutscher Seite vorgeschlagene Regelung im Rahmen des Generalvertrags abgelehnt und stattdessen diplomatische Verhandlungen angeregt, deren Beginn nach Mitteilung des Auswärtigen Amtes bevorsteht. Amerikanischerseits hat ein Regierungskomitee nach monatelangen Vorarbeiten den Entwurf zu allgemeinen Richtlinien für die Benutzung beschlagnahmter deutscher Dokumente fertiggestellt, über dessen Inhalt jedoch bisher nichts bekannt geworden ist.

Die systematische Verzeichnung der in den Vereinigten Staaten befindlichen deutschen Aktenbestände der nationalsozialistischen Zeit und des Zweiten Weltkriegs wurde im Sommer 1951 auf Anregung des Human Resources Research Institute

(HRII) der Air University in Maxwell, Alabama, in Verbindung mit dem War Documentation Project des Institute of Applied Social Research der Columbia University in New York begonnen. Dr. Fritz T. Epstein, der bis 1951 als Professor am Hoover Institute und Curator der mittel- und osteuropäischen Abteilungen der Hoover Library an der Stanford University in Kalifornien tätig war und jetzt als „USSR and East European specialist“ der Library of Congress in Washington angehört, betreut als Leiter des War Documentation Project die Verzeichnung der deutschen Akten. F. T. Epstein, der Schüler von Meinecke, Schiemann, Staehlin und Hoetzsch ist, gehörte von 1946 bis 1948 der Berliner Gruppe des interalliierten German War Documents Project an und hat im Sommer-Semester 1950 Gastvorlesungen an den Universitäten Berlin, Göttingen und Kiel gehalten.

Veröffentlichungen über die Ergebnisse der von F. T. Epstein geleiteten Arbeiten an den beschlagnahmten deutschen Dokumentenbeständen sind vorläufig nicht zu erwarten. Dagegen wird nunmehr für Herbst 1952 die Veröffentlichung eines Wegweisers zu denjenigen deutschen Dokumenten, die an amerikanischen Archiven und Bibliotheken bereits öffentlich zugänglich sind, unter dem Titel „Guide to Captured German Documents“ angekündigt, dessen Redaktion Dr. Gerhard L. Weinberg besorgte. Teil I und II des Guide enthalten Bibliographien von Büchern und Zeitschriften, die auf deutsche Dokumente hinweisen oder Nachrichten über das Schicksal deutscher Archivalien geben. Der dritte Teil umfaßt Verzeichnisse deutscher Akten und Dokumente an den wichtigsten allgemein zugänglichen Aufbewahrungsstellen, vor allem der Library of Congress in Washington. Ferner sind die einschlägigen Bestände folgender Institutionen verzeichnet: The National Archives (Washington), The Hoover Institute and Library (Stanford, California), The Yiddish Scientific Institute (New York), das Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie (Amsterdam) und das Centre de Documentation Juive Contemporaine (Paris). Die in den genannten Institutionen zu uneingeschränkter Benutzung zur Verfügung stehenden Materialien machen indes nur einen geringen Bruchteil der beschlagnahmten deutschen Dokumente und Akten aus.

MITARBEITER DIESES HEFTES

Staatsrat Dr. Theodor Eschenburg, Professor für wissenschaftliche Politik an der Universität Tübingen.

Dr. Helmut Krausnick, Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte München, München 22, Reitmorstraße 29

Dr. Hans Rothfels, Professor der Geschichte an den Universitäten Chikago und

Tübingen, Tübingen, Wildermuthstraße 10

Helm Speidel, General der Flieger a. D., Schloß Talheim, Kreis Heilbronn/Neckar.

Dr. phil. Wilhelm Treue, Professor der Geschichte, Technische Hochschule Hannover, Universität Göttingen, Göttingen, Schildgraben 3